Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (2.2.2009)

Sand im Getriebe 71

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter **www.attac.de/rundbriefe** html-Version unter **http://sandimgetriebe.attac.at**, mail an die Redaktion: **sig@attac.de**



Epochenumbruch ?

Die Weltwirtschaft befindet sich in der tiefsten Krise seit 1945, der Neoliberalismus hat seinen Offenbarungseid geleistet. Adam Smiths unsichtbare Hand des Marktes hat sich blamiert bis auf die Knochen. Der Kapitalismus als System zeigt, was er kann. Gleichzeitig wachsen die Gegenkräfte. Das Land, in dem Che Guevara ermordet wurde, gibt sich – nach jahrelangen militanten Massenkämpfen - eine neue, eine sozialistische Verfassung. Die USA erlebt nach einem Prozess der intensiven selbstkritischen Politisierung und Mobilisierung einen leichten Linksruck. In Frankreich beginnen die ersten großen Massenaktionen. Auf dem Weltsozialforum in Belem, dem Treffen der „zweiten Supermacht", dürfte ein internationaler Aktionstag am 28.3. angestoßen werden.

Die Tektonik des Weltsystems ist in Bewegung geraten. Die **G8** „Weltregierung" wirkte schon in Heiligendamm eher lächerlich. Jetzt will sie sich durch Kooptation einiger handverlesener Länder erneuern. **Samir Amin** analysiert die mageren Ergebnisse des ersten Treffens der **G20**. Einerseits zeigt sich hier ein historischer Machtverlust der Triade des Nordens, anderseits bietet gerade die Krise dem globalen Süden eine Chance, aus der Logik der globalen Märkte auszusteigen und sich auf den Binnenmarkt und die Süd-Süd-Vernetzung zu konzentrieren.

Karl Heinz Roth versucht, wie schon 2005 auf dem Ratschlag in Mannheim, eine Einschätzung der aktuellen und strukturellen Widersprüche der Welt: *„Wir bewegen uns in eine weltgeschichtliche Situation hinein, in der alle Weichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens neu gestellt werden. Für meine Generation wird es nach den Jahren 1967 bis 1973 der zweite Epochenumbruch sein."* Er vergleicht die jetzige Krise mit den vergangenen und fragt, wie sich das soziale Gefüge der Weltgesellschaft durch die „Globalisierung" in den vergangenen Jahrzehnten verändert hat, wer die Gewinner und Verlierer sind und wie das historische Subjekt, das „Multiversum der Weltarbeiterklasse" auf die Krise des Weltkapitalismus reagieren wird.

Mit einem etwas anderen Ansatz untersucht **Elmar Altvater** in einem langen Grundsatzartikel die Ursachen der kapitalistischen Plagen. Für ihn ist die Finanzkrise nur ein, wenn auch besonders wichtiges Moment der kapitalistischen Systemkrise, denn die *„Mutter aller Krisen" ist das Produktions- und Konsummodell der kapitalistischen Metropolen."* Er warnt vor „einfachen" keynesianischen Lösungen: *„Keynesianer können angesichts der massiven Interventionen in die Wirtschaft einen Sieg vermelden? Vielleicht, doch ist es ein Pyrrhus-Sieg!"*

Walden Bello meint, dass die Qualität der Krise von vielen noch nicht so richtig erkannt ist, ja dass sich *„viele Progressive immer noch im letzten Krieg befinden, dem Krieg gegen den Neoliberalismus*." Er warnt vor einem heraufziehenden **neuen kapitalistischen Konsens**, vor einem „Grünen Keynesianismus", auf den sich die Eliten einigen könnten, um den Status Quo zu bewahren. Die geschichtliche Funktion dieses neuen kapitalistischen Konsenses bestehe darin, *„die Widersprüche des derzeitigen globalen Kapitalismus zu glätten und ihm nach der vom Neoliberalismus verursachten Krise und Chaos wieder Legitimität zu verschaffen..*

Am Beispiel der Autoindustrie (VW,Volvo) diskutiere die Betriebsräte **Stefan Krull** (VW)und **Lars Henriksson(**Volvo) die Notwendigkeit der radikalen Arbeitszeitverkürzung, aber auch des Umbaus(**Konversion**) überkommender Industriestrukturen.

Nicht nur die **Attacies aus Argentinien, Marokko, Togo Tunesien** und sind entsetzt über die brutale Aggression Israels gegen die Eingeschlossenen von **Gaza**, wenn sie schreiben: *„Wir unterstützen den palästinensischen Widerstand angesichts der systematischen Aggression, dem sie durch die israelische Regierung und Armee ausgesetzt sind. Wir unterstützen das Recht des palästinensischen Volkes auf einen Staat, der es ihm erlaubt, in Frieden auf ihrem Gebiet zu leben.*

Auch die Weltwirtschaftkrise 1929 stellte einen Epochenbruch dar – sie wurde letztlich nur durch den Aufrüstungswettlauf hin zum zweiten Weltkrieg überwunden. Die Option des **Militärkeynesianismus**, heute unter dem Dach der NATO, ist nicht völlig auszuschließen, wenn sie nicht aktiv konterkariert wird. Im Aufruf **„Nein zum Krieg – Nein zur Nato"** heißt es daher: *„Um unsere Vision einer friedlichen Welt zu erreichen, lehnen wir militärische Antworten auf globale und regionale Krisen ab – sie sind Teil des Problems und nicht der Lösung. Wir weigern uns, unter dem Terror von Atomwaffen zu leben, und widersetzen uns einem neuen Rüstungswettlauf. Wir müssen die Militärausgaben reduzieren und die dadurch frei werdenden Ressourcen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einsetzen.* ***Alle ausländischen Militärstützpunkte sind zu schließen****. Wir lehnen alle militärischen Strukturen ab, die für Militärinterventionen genutzt werden. Wir müssen die Beziehungen zwischen den Völkern demokratisieren und demilitarisieren und neue Formen der friedlichen Zusammenarbeit einrichten, um eine sicherere und gerechtere Welt zu schaffen."*

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:
1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.
Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de

Die Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz), *2.korr. Version*

Karl Heinz Roth
Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven



Vorbemerkung der SiG-Redaktion: Karl-Heinz Roth, ein renommierter Historiker und Veteran der rebellischen Bewegungen in Deutschland, hatte auf dem Ratschlag von Attac-D in Mannheim 2005 den schwierigen Versuch gewagt, die Widersprüche in der Welt von heute mit weitem Zeithorizont und von einer globalen Perspektive "von unten" aus zu verstehen. Nach der Veröffentlichung seiner Analyse in SiG44 (1) und in Buchform bei VSA (2) ergab sich eine intensive Debatte, die unter anderem in einem weiteren Buch ihren Ausdruck fand (3). Angesichts der neuen Weltwirtschaftskrise und kurz vor dem Treffen des Weltsozialforums in ***Belem*** *im Januar 2009 hat der Autor eine aktualisierte Analyse vorgelegt, in der er die gegenwärtige Krise mit den vorherigen Zyklen des kapitalistischen Weltsystems vergleicht. Er fragt nach den Opfern des vergangenen Zyklus der Globalisierung und stellt die auch in der „Bamako-Erklärung (4)" aufgeworfene Frage nach dem* ***historischen Subjekt****, das die andere Welt erstreiten kann, für die „Bewegung der Bewegungen" kämpft. Wir danken dem Autor dafür, dass wir Auszüge seines Buches hier veröffentlichen können.*

Karl Heinz Roth ist Historiker und Mitarbeiter der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Bremen.
Letzte Veröffentlichungen: Stichwort "**Revolution**" im "ABC der Alternativen" (Hamburg 2007);

(1) http://sandimgetriebe.attac.at/1755.html
(2) Karl Heinz Roth: **Der Zustand der Welt** Gegen-Perspektiven 96 Seiten (2005) EUR 8.80 sFr 16.10 ISBN 3-89965-138-3
(3) Marcel van der Linden / Christoph Lieber (Hrsg.):**Kontroversen über den Zustand der Welt**
Weltmarkt – Arbeitsformen – Hegemoniezyklen 256 Seiten (2007) EUR 17.80 ISBN 978-3-89965-244-
(4) http://sandimgetriebe.attac.at/2598.html

Einleitung

Wir bewegen uns in eine weltgeschichtliche Situation hinein, in der alle Weichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens neu gestellt werden. Für meine Generation wird es nach den Jahren 1967 bis 1973 der zweite Epochenumbruch sein. Alle wichtigen Fakten und Indikatoren der letzten Wochen weisen darauf hin, dass eine Weltwirtschaftskrise begonnen hat, die schon jetzt das Ausmaß der Krise von 1973 und der Zwischenkrisen von 1982 und 1987 überschreitet und sich an die Dimensionen der Weltwirtschaftskrise und der anschließenden Depression von 1929 bis 1940 annähert.

1. Die neue Weltwirtschaftskrise

Die erste Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts begann im Verlauf des Jahres 2006 als Überkapazitäts- und Strukturkrise in der Automobilindustrie und als Immobilienkrise in den USA, Großbritannien, Irland und Spanien. Sie beendete einen beispiellosen sechsjährigen globalen Boom, der zu einer kaum mehr für möglich gehaltenen weiteren Expansion des Kapitalverhältnisses mit allen ihren klassischen, aber auch einigen neuartigen spekulativen Begleiterscheinungen geführt hatte. Die überhöhten Preise für Häuser, Eigentumswohnungen und gewerbliche Immobilien begannen rapide zu fallen, und dieser Wertverfall machte die durch die Immobilien besicherten Hypotheken und Hypothekenderivate zunehmend notleidend. Hinzu kamen markante Absatzeinbrüche bei den drei US-amerikanischen und einigen europäischen und japanischen Autokonzernen: Sie signalisierten den Beginn einer weltweiten Branchenkrise im kapitalintensivsten Sektor der industriellen Produktion. *(Es folgt eine detaillierte Beschreibung des bisherigen Krisenablaufs - SiG-Redaktion)*

Was aber waren die wesentlichen Ursachen für den Schwelbrand, der vor zwei Jahren von einigen Dachstühlen des weltwirtschaftlichen Gebäudekomplexes ausging und inzwischen alle Sektoren und Territorien des globalen Wirtschaftskreislaufs erfasst hat? Schon ein oberflächlicher Blick auf die wesentlichen Schnittstellen dieses Prozesses macht klar, dass sie sich auf **drei** wesentliche Charakteristika zurückführen lassen. Es handelt sich **erstens** um eine Krise der weltweiten **Überakkumulation** des Kapitals in allen seinen Erscheinungsformen und Metamorphosen: Der Industriesektor ist durchschnittlich zu 25 Prozent (in der Autoindustrie noch wesentlich stärker), die globale Transportkette ist zu 30 bis 35 Prozent und der Banken- und Finanzsektor zu mindestens 50 Prozent überakkumuliert. Diese Überakkumulation geht **zweitens** mit einer massiven globalen **Unterkonsumtion** einher, weil das Kapital im vergangenen Zyklus die Masseneinkommen in den Zentren massiv senkte, in den Schwellenländern die überproportionalen Wachstumsraten auf der Basis von Niedrigstlöhnen erwirtschaftete und die Massenarmut des Südens (Slum Cities, Schattenwirtschaft) im Zustand des drohenden Hunger-Genozids belassen wurde. Zwar gelang es den Unterklassen genau jener entwickelten Weltregionen, von denen die Krise ausging, ihre Einkommensverluste teilweise durch diverse Techniken der Schuldenaufnahme zu kompensieren, aber ihre untersten Segmente blieben davon konstant ausgeschlossen, und im Vergleich mit den gewaltigen Steigerungen der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit verbreiterte sich die Schere zwischen Produktivkraftentwicklung und Arbeitseinkommen trotzdem auch in den USA, Großbritannien und Spanien massiv zum Nachteil der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter. Dennoch wurde dadurch **drittens** in den entwickelten Zentren des Weltsystems das Wechselspiel von Überkapazitäten und Unterkonsumtion zeitweilig durch die **Finanzpolitik des billigen Gelds** und der billigen Kredite kompensiert, aber dies vermochte den Ausbruch der Krise nur um ein paar Jahre hinauszuzögern.

Während sich die Niedriglohnsektoren ausdehnten und die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse zunehmend bis in die Mittelschichten vordrang, verschuldeten sich zig Millionen Menschen weltweit in einem Gesamtvolumen von mindestens 12 Billionen $ (Hauskredite ohne Eigenmittel, Kreditkartenschulden, Kauf- und Leasingschulden, Studentendarlehen

usw.) Dieser Mechanismus funktionierte so lange, weil die in die Unterklassen gepumpten Kreditschulden weltweit diversifiziert wurden. Aber er stieß im Verlauf des Jahrs 2006 an seine äußere Grenze und riss das gesamte Finanzsystem umso abrupter in die Tiefe. Er verstärkte dadurch die seit längerem bestehenden strukturellen Verwerfungen und Überkapazitäten in wirtschaftlichen Schlüsselbranchen (Baugewerbe, Automobilindustrie und deren Zuliefersektoren, aber auch IT-Branche und Stahlindustrie) und löste zusammen mit den Preisstürzen der Rohwaren, im Zirkulationssektor und auf den Aktienmärkten sowie der um sich greifenden Kreditrestriktion die neue Weltwirtschaftskrise aus. Die Folge war ein weltweiter Investitionsstreik der Kapitalvermögensbesitzer, der inzwischen auf alle wesentlichen Kapitalsphären übergreift, weil in ihnen innerhalb weniger Monate nacheinander die Zins- und Profitraten abgestürzt sind.

2. Der vorausgegangene Zyklus (1973-2006)

Um die innere Dynamik, die Entwicklungsperspektive und die wahrscheinlichen Folgen der aktuellen Weltwirtschaftskrise abschätzen zu können, ist ein kurzer Rückblick auf die wesentlichen Merkmale des vorausgegangenen globalen Zyklus der Jahre 1973 bis 2006 erforderlich. Dabei müssen wir uns zunächst darauf beschränken, die wesentlichen Charakteristika des Wirtschaftszyklus 1973 bis 2006 herauszuarbeiten.

2.1 Eigenschaften einer typischen langen Welle (Kondratieff)

Der Zyklus begann mit der Weltwirtschaftskrise 1973, die in eine mehrjährige Depression überleitete. Diese Krise war durch die weltweiten Arbeiter- und Sozialrevolten von 1967 bis 1973, eine Weltwährungskrise (Abkopplung der Goldbindung des Dollar, Übergang zu flexiblen Währungskursen) und den Erdölschock des Jahrs 1973 (Yom Kippur-Krieg) ausgelöst worden und hatte in den folgenden Jahren wegen des vorherrschenden Gebrauchs der Inflationspolitik gegen die Lohnrigidität der arbeitenden Klassen den Charakter einer so genannten Stagflation angenommen. In den folgenden 35 Jahren lösten mehrere fünfjährige Konjunkturzyklen einander ab, die durch teilweise schwere Teilkrisen unterbrochen wurden: 1982 (zweite Ölkrise), 1987 (USA), 1992/93 (Japankrise), 1997/98 Ostasien- und Risslandkrise) und 2000 -2001 (Kollaps der New Economy). Eine entscheidende Zäsur bildeten die Jahre 1989 bis 1991, als das Sowjetimperium implodierte und der Aufstieg Chinas begann.
Ohne den sich daraus ergebenden schlagartigen und gewaltigen Expansionsschub wäre die letzte »lange Welle« sehr viel früher zu Ende gegangen. Hinzu kam die Kreditexpansion vor allem der letzten Konjunkturperiode von 2001 bis 2006, die die Wechselwirkungen von Überakkumulation und geschrumpften Masseneinkommen nochmals überlagerte und den Kriseneinbruch um mehrere Jahre hinauszögerte.

2.2 Vom Krisenangriff zur Überausbeutung der globalen Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter

Der Krisenangriff des Kapitals zwang die Arbeiterklasse bis Ende der 1970er Jahre weltweit zum Rückzug und unterwarf sie in der Peripherie, in den Schwellenländern und den entwickelten Zentren trotz heftiger Klassenauseinandersetzungen auch in den 1980er Jahren ausgeprägten Prozessen der (Re-)Proletarisierung. Darauf werde ich weiter unten noch genauer eingehen. Hier interessieren zunächst nur die ökonomischen Folgen: Die Masseneinkommen sanken relativ und absolut zur Kapital- und Kapitalvermögensbildung, und dieser Prozess wurde durch eine systematische Strategie der Unterbeschäftigung bis zum Ende des Zyklus in Gang gehalten. Es gelang den Aktionszentren des Kapitals trotz aller temporären und regionalen Einbrüche und trotz teilweise heftiger Konstitutionskämpfe der neuen industriellen Arbeiterklasse in einigen Schwellenländern (vor allem Südkorea und einige südamerikanische Länder), in den konjunkturellen Aufschwungperioden hohe Zinsen und Profite einzuheimsen. Die Niederhaltung und überproportional starke Ausbeutung der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter und die Pauperisierung wesentlicher ihrer Segmente in Richtung »Arbeitsarmut« waren somit trotz aller entgegenwirkenden Tendenzen ein wesentliches Merkmal der vergangenen langen Welle – aber auch die Ursache ihres durch den Kreditboom des »verrückten“ ersten Jahrzehnts des Millenniums nur hinausgeschobenen Zusammenbruchs.

2.3 Neue Technologien

Ein weiterer entscheidender endogener Faktor war die Potenzierung der technologischen Herrschaft des Kapitals. Der »Kondratieff« des Zyklus 1973-2006 verhalf dem Kapital durch massive technische Innovationen zur Steigerung der Profitraten, indem er – bei fortschreitend sinkenden relativen Lohnraten – die organische Zusammensetzung des Kapitals in strategischen Bereichen verringerte: Umwälzung und Standardisierung der Transportketten durch den Container, Umwandlung der Kommunikationsstrukturen durch Informatik und Informationstechnologie, Mikrominiaturisierung und Roboterisierung der Produktionsanlagen und Umstellung der Maschinenparks auf numerisch gesteuerte Aggregate. Bis jetzt liegen keine gesicherten Daten über die im vergangenen Zyklus erreichte Steigerung der Ausbeutungsraten durch die weitere Verdichtung der Arbeitsprozesse, die Einführung der neuen technologischen Instrumente der reellen Subsumtion, die Indienstnahme und Verwertung der subjektiven Kreativität der Ausgebeuteten sowie die arbeitsorganisatorische Totalisierung betrieblicher Herrschaft (»total productive management« usw,) vor. Wir können aber mit Sicherheit davon ausgehen, dass sich die dem Umverteilungsprozess entzogene Produktivkraft des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters im vergangenen Zyklus mit jährlichen Steigerungsraten zwischen 2,5 und 3,0 Prozent mindestens verdoppelt hat.

2.4 Nochmalige Expansion des Weltmarkts und der weltweiten Arbeitsteilung

Als entscheidender exogener Faktor schlug die – oben schon angedeutete – Expansion der Kapitalanlagesphären und Märkte zu Buch, die zu Beginn der 1990er Jahre ihren Höhepunkt erreichte. In diesen Jahren konnte sich der Sohn eines Schrotthändlers von Kalkutta aus den Investitionsruinen Osteuropas und in den Sonderwirtschaftszonen der Peripherie ein Stahl-Imperium aufbauen – das ist nur ein Beispiel von vielen. Entscheidend war die Verknüpfung dieses geographischen Expansionsprozesses mit neuartigen Formen der internationalen Arbeitsteilung, die durch die Miniaturisierung der fixen Kapitalien, die neuen Informationstechnologien und die massive Senkung der Transportkosten ermöglicht wurde: Der Aufbau globaler Netzwerkunternehmen, deren Wertschöpfungsketten von zumeist in den Metropolen gelegenen Entwicklungs-, Design- und Marketingzentren gesteuert werden, war möglich geworden: Die segmentierten Arbeitsprozesse konnten über die Weltregionen mit den niedrigsten Ausbeutungsraten verteilt und miteinander verknüpft werden.

2.5 Die neue Weltwirtschaftsachse Washington – Peking

Dass die neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung in der Tat die entscheidende strategische Achse des vergangenen Zyklus darstellten, wird uns schlagartig klar, wenn wir unseren Blick auf die beiden wichtigsten Volkswirtschaften richten, die seit Beginn der 1990er Jahre eine folgenreiche stille Symbiose eingingen: Die USA und China. Diese symbiotische Beziehung bestand und besteht darin, dass der eine Partner spart und hart arbeitet, während der andere die ihm übereigneten Produkte und Revenuen mit beiden Händen ausgibt. Sicher ist dieses Bild sehr unscharf, aber es reflektiert die entscheidenden Tatbestände. Im Prozess der nachholenden kapitalistischen Entwicklung kettete der chinesische

Staatsdespotismus die ihm unterworfenen Bauern-Arbeiter und WanderarbeiterInnen an die verlängerte Werkbank der Welt, exportierte ihre Produkte zu Dumpingpreisen in die entwickelten Zentren – insbesondere die USA – und ließ sie sich überwiegend mit Zahlungsversprechen – Staatsanleihen – begleichen, was es den USA wiederum ermöglichte, die aus der eigenen Niedriglohnstrategie resultierende Pauperisierungsprozesse durch eine – ihrerseits wieder in die Welt umgeleitete – Kreditexpansion zu kaschieren.
Die verlängerte Werkbank avancierte auf diese Weise zusätzlich zur Hausbank der USA und ist auf Gedeih und Verderb an sie gekettet, weil ein markanter Sturz des Dollar beide Partner gleichzeitig ruinieren würde. Denn die chinesische Zentralbank hält seit längerem den größten Teil ihrer Devisenreserven in US-$ (2 Billionen) und hat US-Schatzanleihen in Höhe von fast 1 Billion $ aufgenommen: Ein unkontrollierter Kursverfall des US-Dollar würde also ihre Gläubigerposition dramatisch entwerten, während er die USA aufgrund der dann einsetzenden internationalen Kapitalflucht umgekehrt in den Staatsbankrott treiben würde. Aber auch ohne den Eintritt eines solchen Horrorszenarios erscheint die auf jeden Fall unausweichlich gewordene Überwindung der grotesk überspitzten Schuldner-Gläubiger-Position fast unmöglich. Eine einfache Rechenüberlegung zeigt, wie schwer es sein wird, den jetzt begonnen Rückgang der relativen Überkonsumtion der USA und die damit einher gehende Rückkehr ihrer Bevölkerung zur früher üblichen Sparquote von 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch eine komplementäre Steigerung des chinesischen Massenkonsums auszugleichen und dadurch die wechselseitigen Verwerfungen der Zahlungsbilanz zu überwinden: Der derzeit extrem niedrige chinesische Massenkonsum müsste schlagartig um 40 Prozent erhöht werden. Dies erscheint fast unmöglich, aber es wirft ein Schlaglicht auf die Tatsache, dass der Hebel zu einer weltweiten antizyklischen – und wohlgemerkt systemkonformen – Krisenüberwindung an erster Stelle in China liegt, und dass der weitere Verlauf der Krise und der sich mit großer Wahrscheinlichkeit daran anschließenden Überschuldungsdepression im Fall des Ausbleibens einer revolutionären Transformationsalternative in erster Linie durch die weitere Entwicklung des »Chimerica«-Projekts bestimmt werden wird.

2.6 Weltweite Expansion der Finanz- und Kreditmärkte

Die Umstrukturierung und Internationalisierung der Ausbeutungs- und Wertschöpfungsketten wäre ohne die internationale Ausweitung des Finanzsystems nicht möglich gewesen.(…)

2.7 Zunehmende Zerstörungen der materiellen Grundlagen der Produktion und Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft

Ein letzter bedeutender exogener Faktor des vergangenen Zyklus war die zunehmende Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Wirtschaftssystems. Dies war nicht nur Folge der gewaltigen qualitativen und quantitativen Expansion der unmittelbaren Produktionsprozesse und der sie vernetzenden Transportketten, sondern auch der gleichzeitigen Marginalisierung der Massenarmut des Südens, die zunehmend in die Nischen der noch intakten Ökosysteme hineingedrückt wurde, während umgekehrt die neuen Regime und Mittelklassen der Schwellenländer damit begannen, die Umweltsünden der Metropolen zu kopieren. So wie der vergangene Zyklus erbarmungslos mit den weltweiten Ressourcen des Arbeitsvermögens umsprang, so gnadenlos hat er auch die Vernutzung der Ökosysteme auf die Spitze getrieben. Zweifellos wurden inzwischen erhebliche Anstrengungen zur »Ökologisierung“ der Kapitalreproduktion in die Wege geleitet, aber sie waren bislang nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Trotzdem haben aber schon diese geringgradigen, durch ein zunehmendes Umweltbewusstsein erzwungenen Anstrengungen genügt, um Industriesektoren, die wie die Autoindustrie diesem Trend nicht oder nur verspätet folgten, in eine schwere Strukturkrise hineinzutreiben.
(Es folgt ein Kapitel über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Vergleich mit den früheren Weltwirtschaftskrisen (1857/58¸1873 bis 1895)

3.3 Die Weltwirtschaftskrise von 1929-1932 und die Depression von 1933-1940

Die Weltwirtschaftskrise des vergangenen Jahrhunderts gibt heute noch immer viele Rätsel auf, obwohl über sie seit Jahrzehnten intensiv geforscht wird. Als gesichert kann heute gelten, dass sie ihre Massivität vor allem dem merkwürdig verlaufenen Wachstumszyklus seit 1896 verdankte: Kurz vor einem sich abzeichnenden globalen Abschwung wurde der erste Weltkrieg entfesselt. Der Zyklus wurde deshalb durch eine globale Kriegskonjunktur verlängert und mündete nach der Niederschlagung der internationalen Arbeiterrevolution von 1916-1921 und der Überwindung einer massiven Hyperinflationsperiode in die »goldenen“ zwanziger Jahre, die dem »verrückten“ ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts frappierend ähneln: Sie waren durch exzessive Aktien- und Kreditspekulationen, niedrig gehaltene Masseneinkommen und die Überakkumulation der industrialisierten Segmente der Landwirtschaft und der durchrationalisierten industriellen Kapitalsektoren geprägt. Die Krise begann als internationale Agrarkrise mit dem Verfall der wichtigsten landwirtschaftlichen Rohwarenpreise, griff im Oktober 1929 auf die US-amerikanischen Aktienmärkte über und führte ab 1930 zum Zusammenbruch des Welthandels, nachdem die USA durch ein praktisch alle Wirtschaftssektoren umfassendes Schutzzollgesetz eine weltweite Welle des Protektionismus ausgelöst hatten. Danach griff die Krise auf die meisten Industriesektoren über und endete, seit 1931/32 verstärkt durch eine von Europa ausgehende Bankenkrise und einen sich daran anschließenden Abwertungswettlauf der großen Währungen, in der Halbierung des Bruttosozialprodukts und in einer alle Industrieländer erfassenden Massenerwerbslosigkeit zwischen 25 und 35 Prozent. Alle Versuche zur Überwindung der anschließenden Depression scheiterten, auch der amerikanische New Deal. Es kam zu einem internationalen Wirtschaftskrieg, der durch die Hochrüstungs- und Expansionspolitik der Zentren der faschistischen Achse – Deutschland, Italien und Japan – radikalisiert wurde. Die große Krise wurde **erst** durch das seit 1938 in Europa beginnende und ab 1940 auch die USA erfassende **internationale Wettrüsten** und die Rüstungswirtschaften des zweiten Weltkriegs überwunden.
Dieser katastrophale Ausgang der Krise war keineswegs »gesetzmäßig“ vorgezeichnet. Deshalb sollte er uns in der Auseinandersetzung mit der sich jetzt ausbreitenden Weltkrise klar machen, dass unsere Aufgabe darin besteht, Wege zur Krisenüberwindung vorzuschlagen und mit durchzusetzen, die **den Weg in einen neuen Weltwirtschaftskrieg verbauen** und zugleich als Hebel zur **sozialistischen Transformation des Weltsystems** genutzt werden können.

4. Globale Proletarisierung

Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, sollten wir uns darüber verständigen, wer in der Lage sein könnte, einen Weg der Krisenüberwindung durchzusetzen, der nicht erneut in die kapitalistische Barbarei führt, sondern eine sozialistische Transformationsperspektive freimacht. Dies können nur diejenigen Klassen und Schichten sein, die der kapitalistischen Akkumulations- und Regulationsmaschinerie ihr Arbeitsvermögen feilhalten oder entäußern müssen, um leben zu können: Die Eigentumslosen der Welt, aus denen das sich ständig wandelnde Multiversum der Weltarbeiterklasse hervorgeht.

4.1 Historische und methodische Voraussetzungen

Dieser Ansatz ist alles andere als selbstverständlich, und deshalb möchte ich ihn etwas näher erläutern. Seine Grundlage ist das Konzept der Weltarbeiterklasse, das aus der Kritik an den bisherigen »nationalen« und eurozentristischen Sichtweisen der Arbeitergeschichtsschreibung und der Weiterentwicklung des marxistischen Arbeits- und Klassenbegriffs entstanden ist.

4.1.1 Prozesse der globalen Proletarisierung und De-Proletarisierung

Die globale Arbeitsgeschichte ist ein sehr junger Zweig der labour history, aber sie hat einige wichtige Ergebnisse aufzuweisen:

Der Konstitutionsprozess der Arbeiterklasse ist von Anfang an in globalen Zusammenhängen verlaufen. Er begann in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Verlauf transozeanischer und transkontinentaler Sozialrevolten, bei denen die zwangsrekrutierten Seeleute der Handels- und Kriegsflotten gemeinsam mit den Sklavenarbeitern (der Karibik), den in die Kolonien emigrierten selbständigen Arbeitern (Kleinbauern, Handwerker) und den Manufaktur- bzw. Industrieproletariern agierten. Diese Aufstände der commoners initiierten 1775/76 nicht nur den nordamerikanischen Revolutionskrieg gegen die koloniale Abhängigkeit vom britischen Mutterland, sondern hatten auch enorme Rückwirkungen auf die Konstituierung der dortigen Arbeiterklasse. Durch diese Erkenntnis wurde die bisherige eurozentristische und transatlantikfixierte Beschränktheit, die selbst die besten Arbeiterhistoriker gefangen gehalten hatte (E.P. Thompson), endgültig überwunden.

Seit dieser ersten Konstituierungsphase im späten 18. Jahrhundert gab es spezifische Phasen der Proletarisierung und relativen De-Proletarisierung der subalternen Klassen der Weltbevölkerung, die die globalen Expansionsschübe des Kapitals teilweise vorwegnahmen (politische und soziale Massenmigration über die Kontinente hinweg) oder in ihrem Gefolge in Gang kamen. Die letzte Phase einer relativen De-Proletarisierung haben wir im sozialstaatlich dominierten Akkumulations- und Regulationszyklus der 1950er und 1960er Jahre erlebt, der mit der zeitweiligen Dekolonisierung der Peripherie einher ging. Sie wurde seit 1973 durch eine neue Welle der globalen Re-Proletarisierung abgelöst, über die noch einiges zu sagen sein wird, weil die innere Zusammensetzung der Weltarbeiterklasse zu Krisenbeginn Einblicke in ihre aktuellen Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

4.1.2 Das Multiversum der Weltarbeiterklasse

Die Weltarbeiterklasse wird nicht durch die doppelt freie Lohnarbeit dominiert, sondern stellt seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein vielschichtiges Multiversum dar, innerhalb dessen die großindustrielle Lohnarbeit eine wichtige und zeitweilig auch politisch hegemoniale Rolle spielte, aber nie die Aussicht hatte, die übrigen Segmente des Proletariats zu absorbieren und / oder in eine reine industrielle Reservearmee verwandelt zu sehen. Die globale Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter konstituiert sich bis heute in einem Fünfeck von Massenarmut und Massenerwerbslosigkeit, kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft, von selbständiger Arbeit (Kleinbauern, Kleinhandwerker und Kleinhändler, scheinselbständige Wissensarbeiter), industrieller Lohnarbeit und unfreien Arbeitsverhältnissen aller Schattierungen (Sklaverei, Schuldknechtschaft, Kuli- bzw. Kontraktarbeit, militarisierte und internierte Zwangsarbeit bis hin zu den ihrer Freizügigkeit beraubten Arbeitsarmen der Metropolen, etwa den Hartz IV-Empfängern). Zwischen diesen Segmenten der Weltarbeiterklasse, die in den verschiedenen Regionen in sehr unterschiedlichen Relationen zueinander vorhanden sind, gibt es laufende Übergänge und Vernetzungen, deren Fäden vor allem in der Massenmigration zusammenlaufen zwischen den proletarisch-kleinbäuerlichen Familienverbänden einerseits und den transkontinentalen Subkulturen andererseits. Wir gehen mit dem jungen Marx davon aus, dass die Klasse der Eigentumslosen der wichtigste Akteur bei der Durchsetzung von sozialer, wirtschaftlicher, geschlechtsspezifischer und ethnischer Gleichheit ist, weil nur sie durch die generelle Aufhebung des Eigentums die doppelte Entfremdung der Menschen gegenüber ihren tätigen Lebensprozessen und der ihnen als fremde Macht – als Kapital – gegenübertretenden vergegenständlichten Arbeit aufzuheben vermag. Deshalb sind diese Homogenisierungs- und Konvergenzprozesse innerhalb des proletarischen Multiversums unser entscheidender Bezugspunkt. Es geht also nicht nur um die Aufhebung der Lohnarbeit, sondern um die Aufhebung aller Arten von Ausbeutung und Herrschaft, die vor allem dadurch bedingt sind, dass die meisten Menschen ihr Arbeitsvermögen entäußern müssen, um überleben zu können.

4.2 Der aktuelle Zustand der globalen Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter

Soweit die konzeptionellen Voraussetzungen. Wie gestalteten sich nun aber im Verlauf des vergangenen Zyklus der strategischen Unterbeschäftigung und der forcierten Ausbeutung ihre inneren Prozesse der Klassenformierung und Klassenfragmentierung? Welches sind ihre elementaren Lebensbedürfnisse, und wie werden sie versuchen, sie gegen die neu heraufziehende Phase der Massenerwerbslosigkeit und Massenverarmung zu verteidigen? Werden sie – oder wenigstens wichtige Teile von ihnen - die Kraft haben, über diese Defensivpositionen hinauszugehen und die soziale und egalitäre Wiederaneignung des gesellschaftlichen Reichtums auf die Tagesordnung zu setzen?

4.2.1 Die subsistenzbäuerlichen Familien des Südens

Die subsistenzbäuerlichen Familien des Südens und einiger wichtiger Schwellenländer stellen auch heute noch mit 2,8 Milliarden Menschen, davon etwa 700 Millionen in China, das Gros der globalen Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie reproduzieren sich in familiären Subsistenzwirtschaften vom Caianov-Typ(5), Diese komplexen, in Dorfgemeinden und Klientelsysteme eingewobenen Strukturen sind aber immer stärker gefährdet und können nur noch durch periodische oder dauerhafte Arbeitseinkommen aus nichtlandwirtschaftlichen Sektoren überleben (kontinentale und transkontinentale Migrationsarbeit). Im vergangenen Zyklus wurden ihnen durch die Umwandlung der ertragreichsten Flächen und Anbaugebiete in mechanisierte Großfarmen, durch die Folgen des Klimawandels und durch Landenteignungen zunehmend die Existenzgrundlagen entzogen.

4.2.2 Massenmigration und Migrationsarbeit

Hunderte von Millionen Menschen waren in den vergangenen Jahrzehnten kontinental und transkontinental auf Wanderschaft, um der Massenarmut des Subsistenzsektors und der Barbarei der Bürgerkriegszonen zu entrinnen oder ihre zurückgebliebenen subsistenzbäuerlichen Familien über Wasser zu halten. Massenmigration in China, Massenwanderungen aus Südost- und Südasien in die Golfregion, aus Afrika über die Mittelmeerregion nach Südeuropa, aus Ost- nach Westeuropa und aus Süd- und Zentralamerika nach Nordamerika. Die Unterklassen der Metropolen und vieler Schwellenländer bestehen heute zu 10 bis 20 Prozent aus Migrantinnen und Migranten. Es haben sich dabei mehrere Migrationswellen überlagert, und es ist eine grenzüberschreitende Alltagskultur im Entstehen, die mehrsprachig und hochintelligent ist, und in der sich Tendenzen der multikulturellen Identitäten mit Bestrebungen zur ethnischen Identitätsvergewisserung überlagern. Diese Entwicklungen prägten den Proletarisierungsprozess der vergangenen Jahrzehnte entscheidend und stellen heute einen der wichtigsten Referenzpunkte der aktuellen globalen Klassenzusammensetzung dar.

4.2.3 Die Massenarmut und Schatten-Ökonomie der Slum-Cities
Nicht allen, die aus den ländlichen Subsistenz- und den Bürgerkriegsregionen auswandern, gelingt es, sich vorübergehend oder dauerhaft in den Schwellen- und Metropolenländern niederzulassen. Diese globale Surplusbevölkerung lebt heute in den Slum-Cities der Peripherie und vieler Schwellenländer. Sie treibt Urbanisierungsprozesse voran, die fast ohne Industrialisierung und ohne wirtschaftliches Wachstum stattfinden. Die Massenarmut der Slum Cities überlebt in den Schattenwirtschaften am Rand des Hunger-Genozids und der Massenepidemien und ist mit extremen Formen der Überausbeutung konfrontiert, bei denen unfreie oder scheinselbständige Arbeitsverhältnisse überwiegen. Es handelt sich inzwischen um über eine Milliarde Menschen, die riesige Agglomerationen bevölkern, entlang der Transportrouten und Flussläufe der Metropolen des Südens vegetieren und zunehmend in die von Naturkatastrophen bedrohten Küsten- und Wüstenzonen abgeschoben werden. Die Übergänge zu den ländlichen Subsistenzökonomien und den Kommunikationskanälen der Massenmigrationen werden immer prekärer. Es steht zu befürchten, dass die aktuelle Weltwirtschaftskrise diesen gigantischen Gettoisierungsprozess noch weiter beschleunigen wird, und schon jetzt mehren sich die Anzeichen dafür, dass die städtische Massenarmut mit ihren versteckten wie offenen Obdachlosenunterkünften und Erwerbslosenspeisungen auch die Global Cities des Nordens mitzugestalten beginnt.

4.2.4 Die neue industrielle Arbeiterklasse der Schwellenländer
Die Entwicklung der neuen industriellen Arbeiterklasse der Schwellenländer hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten die globale Klassenzusammensetzung entscheidend verändert. Im Verlauf der beiden letzten Konjunkturzyklen absolvierte sie rasant steigende Qualifikationsprozesse und erkämpfte sich erhebliche Einkommenssteigerungen. Die low tech-Sektoren der 1980er und 1990er Jahre wurden zunehmend an die benachbarten Peripherieländer weitergegeben, und mit ihnen verlagerte sich auch die Arbeiterklasse der »verlängerten Werkbank«, insbesondere der Textil- und Konsumgüterindustrien. Aufgrund des sich abflachenden Technologiegefälles und der inzwischen weitgehend abgeschlossenen Verlagerung wichtiger Schlüsselsektoren (Werften, Automobilindustrie, Elektro- und Elektronikindustrie, Chemieindustrie. Textilproduktion) hat sich die Klassenzusammensetzung zwischen den Schwellenländern und den entwickelten Regionen des Weltsystems zunehmend aufeinander zu bewegt. Das gilt auch für die prekären Segmente des arbeitenden Multiversums: Während sie sich in den emerging economies zunehmend verringerten, breiteten sie sich in den Metropolen erheblich aus.

4.2.5 Relative De-Industrialisierung und Prekarisierung der Arbeiterklasse in den bisherigen Zentren
Der industrielle Lohnarbeitssektor der Triade-Regionen (USA, Europa und Japan) ist in den vergangenen Jahrzehnten erheblich geschrumpft. Zugleich hat sich auch seine technische Zusammensetzung dramatisch verändert, weil die technologischen Innovationen alle Produktions- und Dienstleistungsbereiche erfassten und umwälzten. Viele besonders kampferfahrene und resistente Segmente der Arbeiterklasse sind auf diese Weise verschwunden (Drucker, die klassische manuelle Hafenarbeit) oder selbst in den großen Nationalökonomien auf wenige Hunderttausend reduziert worden. Parallel dazu sind prekäre und scheinselbständige Arbeitstätigkeiten zu einer wesentlichen Komponente der Klassenzusammensetzung in den Metropolen geworden. Der Rückgang der Arbeitseinkommen hat in den letzten Jahren alle Segmente erfasst, auch die so genannten Kernbelegschaften der Großindustrie, und durchschnittlich ein Viertel aller zur abhängigen Erwerbsarbeit Gezwungenen ist trotz überlanger Arbeitszeiten nicht mehr in der Lage, seinen Lebensstandard über der Armutsgrenze zu halten.

4.2.6 Homogenisierungs- und Fragmentierungstendenzen der Weltarbeiterklasse
Insgesamt hielten sich die Homogenisierungs- und Fragmentierungstendenzen der Weltarbeiterklasse im vergangenen Zyklus in etwa die Waage. In allen Regionen des Weltsystems gerieten die kleinbäuerlichen Subsistenzwirtschaften in eine möglicherweise finale Krise und setzten Prozesse der Massenmigration und der Herausbildung einer globalen Surplusbevölkerung frei, die der globalen Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter ein völlig neues Gesicht gaben, das vor allem durch transkontinentale und transkulturelle Mentalitäten geprägt ist. Ein umgekehrt gerichteter Homogenisierungsprozess ging auch von den lohnarbeitenden und industriellen Segmenten der Arbeiterklasse aus, die vor allem der – inzwischen abgeschlossenen – Periode der »Peripherisierung“ der industriellen Massenproduktion geschuldet war.

Aber auch die Fragmentierungstendenzen waren erheblich. Obwohl sich die Arbeitsund Lebensbedingungen weltweit verschlechterten, haben sich die regionalen Unterschiede der proletarischen Lebensstandards erheblich vertieft. Zwischen den Überlebenschancen der Bewohnerinnen und Bewohner am Rand der Kloaken und Müllberge der Slum-Cities und den multikulturellen Prekären der metropolitanen »Kieze“ bestehen gewaltige Unterschiede. Hinzu kommen Elemente einer »negativen“ Homogenisierung, die wie etwa die zunehmende Fixierung auf die religiösen Heilsgüter oder die Unterwerfung unter mafiöse Klientelstrukturen weltweit die Tendenzen zur patriarchalischen und ethnopolitischen Regression verstärken. Gerade diese Tendenzen sollten wir nicht unterschätzen, denn sie beeinträchtigen unsere künftigen Handlungsmöglichkeiten erheblich. Es ist eine schwere Hypothek, dass 1979/80 im Iran der sozialrevolutionäre Flügel des shiitischen Islam durch die archaisch-gottesstaatliche Ayatollah-Fraktion vernichtet wurde; dass wenige Jahre später islamistische Organisationen die Restkader der nah- und mittelöstlichen Linken massakrierten und den Pauperismus der Region in patriarchat-reaktionären Strukturen der Sozialpolitik einfriedeten; dass die Unterklassen des US-amerikanischen rust belt heute von den Evangelikalen dominiert werden; und dass in den Slum Cities die Rudimente sozialer Sicherheit und eines minimalen Bildungswesens nur noch von den über hundert Millionen Mitgliedern chiliastischer Kirchengemeinden aufrecht erhalten werden. Aber auch in Europa hat die traditionelle Arbeiterbewegung die Arbeiterklasse verlassen: Wohin dies auch führen kann, zeigt uns der Fall Marseille, wo die zweite Generation der ArbeitsmigrantInnen nach dem Exodus der Sozialistischen Partei sich seit Beginn der 1980er Jahre zunehmend an die Sozialbüros des Front National anlehnte. Dadurch wird die durch die Krise so dringlich gewordene Rückkehr der Linken in die alltäglichen Realitäten der Arbeiterklasse zweifellos erschwert. Aber es gibt dazu keine Alternative.

Und diese Alternative scheint mir nicht aussichtslos zu sein. Nicht erst seit dem Übergang zur Krise beobachten wir eine deutliche Zunahme von Kämpfen und Revolten, in denen die Akteurinnen und Akteure solidarisch für einander eintreten, egalitäre Verhaltensweisen entwickeln und sich zunehmend weigern, die sozialen Kosten der Krise auf sich zu nehmen. Inzwischen wird von Massenrevolten ganzer Betriebsbelegschaften im chinesischen Perlflussdelta berichtet, die sich gewaltsam gegen die abrupten Fabrikschließungen und die Vorenthaltung der ihnen zustehenden Löhne zur Wehr setzen. Auch in den ländlichen Westprovinzen Chinas gärt es, und die lokalen und regionalen Aufstände gegen willkürliche Landenteignungen und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen häufen sich. Aber auch im Norden mehren sich die Zeichen eines neuen Aufbruchs. In Chicago und Schleswig-Holstein ließ die Betriebsbesetzung abrupt geschlossener Zulieferfirmen der Autobranche aufhorchen, und die Jugendlichen Frankreichs, Italiens und Griechenlands wehren sich gegen die Zerstörung ihrer Bildungs-

chancen, zumal sie mit einer dramatischen Verschlechterung einer ihren erworbenen Qualifikationen entsprechenden Berufsperspektive einher gehen. In allen diesen Eruptionen schärft sich ein wachsendes Krisenbewusstsein, das sich mit der Parole »Wir bezahlen Eure Krise nicht“ zu homogenisieren beginnt.
Wird es gelingen, diesen solidarischen Grundtenor auch auf die Belegschaften der großen Fabriken zu übertragen und die von den meisten Betriebsräten und Gewerkschaften mit getragene hierarchisierte Abfolge der Entlassungen von den Prekären hin zu den »Kernbelegschaften“ zu durchbrechen? Es sollte unter der Parole »Drei-Tagewoche? Prima – aber mit vollem Lohnausgleich für alle unabhängig vom jeweiligen Beschäftigungsverhältnis, denn wir brauchen zwei Tage pro Woche für die Übernahme der Anlagen in Selbstverwaltung“, zumindest versucht werden.

Alles in allem ist aufgrund der Krise ein weiterer globaler Proletarisierungsschub zu erwarten, der von der heraufziehenden neuen Welle der Massenerwerbslosigkeit in den bisherigen Krisenzentren USA, Europa und Ostasien ausgeht. Erneut werden Millionen von Menschen sozial abstürzen. Wie werden sie reagieren? Die proletarischen Familien, die sie umgebenden sozialen Gruppen und die vielschichtigen Segmente des proletarischen Multiversums haben unterschiedliche Optionen, sobald sie nichts mehr zu verlieren haben: Sie können revoltieren, um sich ihr Existenzrecht zu sichern und eine egalitäre Gesellschaft zu erkämpfen; sie können aber auch den Prozess der individuellen, familiären und sozialen Selbstzerstörung beschreiten, indem sie etwa die patriarchale Gewalttätigkeit restaurieren oder ethnische Konflikte aufladen, um ihr Überleben auf Kosten anderer proletarischer Gruppen zu sichern. Sie können drittens auch den Weg der politischen Regression wählen, indem sie ihre Ängste und Frustrationen auf neue Führer-Figuren und Exekutiv-Despotien projizieren, die ihr gesellschaftliches Potenzial zugunsten der Interessensicherung der nicht-proletarischen Klassen missbrauchen. Im Gegensatz zu diesen drei Handlungsoptionen wäre es selbstverständlich auch möglich, dass sie sich mit staatsinterventionistischen Reformprojekten der Krisenüberwindung zufrieden geben, die sich auf das nach wie vor enorme Erneuerungspotential der kapitalistischen Gesellschaftsformation stützen und dabei auch die proletarischen Überlebensinteressen – wie begrenzt auch immer – berücksichtigen. Wie könnten die egalitären Homogenisierungs- und Emanzipationstendenzen unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise gestärkt werden?

5. Umrisse eines Übergangsprogramms

5.1 Vorüberlegungen

Wir sollten uns zunächst einmal nicht denjenigen anschließen, die aus linksradikaler Perspektive auf die Beschleunigung und Vertiefung der Krisendynamik setzen, weil sie sich dadurch einen automatisch in Gang kommenden revolutionären Kollektivierungsprozess aller derjenigen erwarten, die nichts mehr zu verlieren haben. Die konzeptionelle Automatik von Krise und Revolution ist spätestens seit dem Ausgang der Großen Depression des vergangenen Jahrhunderts widerlegt. Darüber hinaus haben wir spätestens aus der Analyse der Dekolonisierungsprozesse die Erkenntnis gewonnen, dass die Waffen der Kritik nach ihrer Transformation in die Kritik der Waffen aus einer selbstbestimmten Position der Avantgarde heraus nicht zwangsläufig die ersehnte Befreiung, sondern häufig nur eine neue Klasse von government people hervorbringen und in blutige Bürgerkriege einmünden, sodass das emanzipatorische Anliegen nicht nur in sein Gegenteil verkehrt, sondern auch für Jahrzehnte seiner materiellen Grundlagen beraubt ist. Wir wollen verhindern, dass die Weltwirtschaftskrise in einen Weltwirtschaftskrieg der multipolaren Großmächte mit seinen Weiterungsfolgen zu neuen Großkriegen umschlägt. Wir sollten uns aber auch vor emotionsgeladenen, eschatologischen und gewaltfixierten Revolutionserwartungen in Acht nehmen, denn das proletarische Emanzipationsanliegen kann auch in einem zum Bürgerkrieg eskalierten Klassenkonflikt untergehen. Es gibt keinen Freibrief für diejenigen, die mit den Realitäten oder Gefahren des sozialen Absturzes konfrontiert sind. Diese Auffassung sollte jedoch nicht als Votum für einen »gandhistischen“ Weg des gewaltlosen »zivilen Ungehorsams“ missverstanden werden.
Die selbstorganisierten Massenkämpfe zur Sicherung der materiellen Existenzgrundlagen und zur Wiederaneignung der Produktionsanlagen, des Wohnraums und der öffentlichen Güter sind ohne die Anwendung proletarischer Gewalt nicht denkbar. Gerade dieser Aspekt sollte genau so reflektiert und kollektiv gesteuert werden wie alle anderen Komponenten des neu heraufziehenden Klassenkonflikts. Aus allen diesen Gründen benötigt die emanzipatorische Perspektive eine analytisch ausgewiesene Vision der Gesellschaftstransformation, die mit unmittelbar greifenden Aktionsprogrammen verknüpft ist. Damit die Krise weder in eine Reformperspektive zur »Erneuerung des Kapitalismus“ noch in die drei möglichen Varianten der Barbarei führt – innere Selbstzerstörung, Bürgerkrieg und kapitalistischer Weltwirtschaftskrieg als Vorstufe neuer Großkriege -, sollte die Perspektive der proletarischen Selbstemanzipation auf zwei Handlungsebenen verteilt werden, damit diese ineinander greifend wirksam werden: Erstens in einen Handlungsrahmen zur radikalen Zuspitzung der anlaufenden antizyklischen Reformprogramme, und zweitens davon ausgehend in eine Programmatik zur Initiierung eines Projekts der revolutionären Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

5.2 Forcierung und Zuspitzung der reformorientierten Programme zur Krisenüberwindung

5.2.1 Die Kapitalvermögensbesitzer sollen für die Krise bezahlen

Auf der ersten Handlungsebene sollten wir die Regierungsgarantien für das Finanzsystem und die jetzt in Gang kommenden großen Konjunkturprogramme in China, den EU-Ländern, USA und Japan umkehren. Die Hauptmasse der bis jetzt mobilisierten 7 Billionen $ soll zur Existenzsicherung der globalen Massenarmut, der kleinbäuerlichen Subsistenzwirtschaften des Südens, der Erwerbslosen und Prekären der Schwellen- und Metropolenländer sowie der industriellen Arbeiterklasse umgeleitet werden. Dieses Vorgehen ist mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sowie der Egalisierung der Arbeitsbedingungen zu verbinden, und die sozialen Sicherungssysteme sind entweder neu zu begründen (China und andere Schwellen- und Entwicklungsländer) oder wieder auszubauen (Ausdehnung der unbefristet auf drei Viertel des Durchschnittseinkommens anzuhebenden Arbeitslosengeldbezüge, Rückerstattung der in den letzten Jahren gestrichenen Rentenanwartschaften und Rentenbezüge, Ausbau des Bildungswesen und Rekonstruktion des Gesundheitssektors entsprechend den Massenbedürfnissen). Dieser Transfer soll nicht etwa durch den weiteren Ausbau der Staatsverschuldung, sondern vielmehr durch die Konfiskation der großen Kapitalvermögen (ab 50 Millionen $) und die progressiv ansteigende Besteuerung aller Kapitalvermögen über 1 Millionen $ sowie aller Jahreseinkommen ab 150.000 $ finanziert werden.

Diese massive Umverteilung des Reichtums von oben nach unten strebt keineswegs eine systemimmanente Stabilisierung des Krisenzyklus an, aber sie macht sich das Bestreben der keynesianischen Reformökonomen zunutze, die Schere zwischen Überakkumulation und Unterkonsumtion durch die Steigerung der Masseneinkommen zu schließen und dadurch den Krisenzyklus zu überwinden. Denn zwischen den Lebens- und Konsumtionsbedürfnissen der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter und der volkswirtschaftlichen Größe der »Massenkaufkraft« besteht ein unüberwindlicher qualitativer Unterschied,

der den Eigentumslosen im Prozess ihrer Homogenisierung die Chance eröffnet, die antizyklische Krisenpolitik der jetzt an die wirtschaftspolitischen Schalthebel gelangenden Machtgruppen über sich hinauszutreiben. Dafür sind weltweit koordinierte Massenaktionen, aber auch eine weltweit vernetzte Informationskampagne erforderlich, die jegliche institutionelle Anbindung an die Projekte und Parteien einer systemimmanent bleibenden antizyklischen Politik der Krisenüberwindung vermeidet.

5.2.2 Neue Weltwährung und Wiedereinführung fester Wechselkurse

Parallel dazu sollten wir uns für die Einführung einer neuen Weltwährung einsetzen, die aus einem repräsentativen Währungskorb der Nationalökonomien aller Reichtumsgrade zusammengestellt und garantiert ist. Ausgehend davon können auch wieder feste Wechselkurse durchgesetzt werden, die durch Transfers zum Ausgleich von Unter- und Überbewertungen, zur Standardisierung der Währungsreservenbestände und zur wechselseitigen Stabilisierung der Zahlungsbilanzen genutzt werden. Dadurch kommt das überakkumulierte Weltfinanzsystem weitgehend zum Verschwinden. Aber auch die tödliche, immer mehr dem Abgrund zutreibende Dollarsymbiose zwischen Washington und Peking könnte dadurch überwunden werden.

5.2.3 Demokratisierung der wirtschaftlichen Restrukturierungsprogramme

Drittens sollten wir im Rahmen der sich weltweit entwickelnden Massenkämpfe dafür eintreten, dass basisdemokratisch gewählte Repräsentationen der Arbeiterinnen und Arbeiter in die anlaufenden Redimensionierungs- und Restrukturierungsprozesse der großen Wirtschaftszweige eingeschaltet werden und die Co-Manager der Arbeiterbürokratien (Gewerkschaften und Betriebsräte) ablösen. In den nächsten Wochen und Monaten wird vor allem die Restrukturierung der Kraftfahrzeugbranche im Vordergrund stehen. Deshalb erscheint es dringend geboten, ausgehend von den zu erwartenden Betriebsbesetzungen eine weltweit vernetzte Assoziation der AutomobilarbeiterInnen zu gründen, die dem Kampf für radikale Arbeitszeitverkürzungen und egalisierte Arbeitsbedingungen (vor allem Aufhebung der Kluft zwischen »Rand-» und »Kernbelegschaften“) mit der Forderung nach der beschleunigten Entwicklung schadstofffreier und »re-sozialisierter“ Transportmittel verbindet. Vom Gelingen dieser Initiative wird es weitgehend abhängen, inwieweit der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter ein weltweiter Aufbruch zur selbstbestimmten Krisenüberwindung gelingt und ein protektionistischer Prozess der De-Globalisierung im kapitalintensivsten Segment des kapitalistischen Weltsystems verhindert wird.

Zugleich wäre damit eine Matrix geschaffen, um auch in den benachbarten Sektoren (Energie, Transportmittelkette) Masseninitiativen zu starten und diese dann hinsichtlich ihrer handlungsorientierten Zielsetzungen untereinander abzustimmen. Darüber hinaus würden auf diese Weise auf Massenebene Lernprozesse in Gang kommen, die von Anfang an global vernetzt sind und als Vorbereitung auf die kollektive Selbstverwaltung der gesellschaftlichen Lebens- und Reproduktionsprozesse dienen können.

5.3 Lokal – International – Global: Erste Eckpunkte eines revolutionären Transformationsprogramms

5.3.1 Drei elementare Voraussetzungen

Durch die Forcierung und Zuspitzung der antizyklischen Reformprogramme soll der Weg für einen revolutionären Transformationsprozess freigemacht werden: Sie ermöglicht kollektive Lernprozesse, die das Massenbedürfnis nach einem Umbruch in Richtung Selbstemanzipation und gesellschaftlicher Autonomie hervorbringen. Denn der Übergang zum Sozialismus hat nur dann eine Chance, wenn er weltweit zu einem dominierenden Massenbedürfnis herangewachsen ist. Dieser Prozess benötigt Zeit – sicher mehrere Jahre. Aber auch der Transformationsprozess selbst wird sich über Jahrzehnte hinziehen, bevor der point of no return erreicht ist, an dem die Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten über die von ihnen angeeigneten Produktions- und Reproduktionsgrundlagen egalitäre und basisdemokratische Strukturen erzeugt hat, die eine Restauration von Klassenherrschaft unmöglich machen.

5.3.2 Lokal und Regional: Soziale Wiederaneignung auf basisdemokratischer Grundlage

Elementare Voraussetzung ist erstens die Durchsetzung basisdemokratischer Strukturen (Umstellung der Gewerkschaften auf das Vertrauensleutekörpermodell, Entbürokratisierung und Abbau der Co-Manager-Gehälter ihrer Leitungsgremien; basisdemokratische Umgestaltung der Kommunalparlamente und -verwaltungen als erste Schritte einer allgemeinen und von unten nach oben fortschreitenden Entstaatlichung). Zweitens sind die Steuereinkommen schwerpunktmäßig auf die kommunalen Strukturen umzuleiten (Modell Schweiz, wo 60 Prozent der Gesamtsteuern in die Kommunen gehen). Wenn dies erreicht ist, wird das Interesse der Bevölkerung an der Selbstverwaltung ihrer Einkommensabzüge geweckt, wodurch sich die basisdemokratischen Lernprozesse mit legitimen Eigeninteressen verbinden.

Drittens sollten wir eine **radikale Senkung der Arbeitszeit** bei gleichzeitiger Anhebung und Homogenisierung der Arbeitseinkommen ansteuern, um die erforderliche disponible Zeit und die nötigen Ressourcen für den Aufbau einer basisdemokratischen Selbstverwaltung zu schaffen. Die Akteure der basisdemokratischen Selbstverwaltung treiben nicht nur die Sozialisierungsprozesse voran, sondern verabschieden auch die »Politische Klasse“ im Prozess einer von unten voran schreitenden Aufhebung der Machtstrukturen (Entstaatlichung).

Ausgehend von diesen drei elementaren Prämissen sollte es möglich sein, erste Initiativen für lokale bzw. regionale Autonomie zu begründen, sie mit den lokalem bzw. regionalen Segmenten der Arbeiterbelegschaften zu verknüpfen und gemeinsam mit ihnen ein erstes Untersuchungsprojekt über die lokalen und regionalen Besonderheiten der Klassenzusammensetzung in Gang zu bringen.

Wenn dies gelingt, dann wird auch das heute unmöglich Erscheinende zu einem Massenbedürfnis werden. Die AkteurInnen der kommunalen Basisdemokratien werden darangehen, sich die für die Lebensprozesse ihrer Region wichtigen Produktionsanlagen anzueignen und gemäß ihren Bedürfnissen umzugestalten: Die Trink-und Abwassersysteme der Slum Cities, die kommunale Sozialisierung des Bodens zugunsten der Landlosen und Kleinbauern, aber auch die Sozialisierung des Wohnungssektors und der kommunalen Wirtschaftsbetriebe. Parallel dazu werden sie die kommunale und regionale Sozialisierung der öffentlichen Güter (Sozialfonds, Transport, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Sparkassen usw.) in Gang bringen. Auf diesen elementaren Grundlagen der aufeinander aufbauenden kommunalen und regionalen Selbstverwaltung der gesellschaftlichen Lebensprozesse werden schließlich Strukturen der gesellschaftlichen Autonomie entstehen, die nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Manager-Eliten verabschieden, sondern auch das Aufkommen einer neuen Experten- und Bürokratenkaste verhindern. Parallel dazu werden sich die kommunalen Sozialisierungsprozesse auf regionaler, subkontinentaler und kontinentaler Ebene miteinander verbinden.

5.3.3 Gründung internationaler Föderationen der Arbeiterinnen und Arbeiter

Ohne den gleichzeitigen Aufbau internationaler Schnittstellen sind die kommunalen und regionalen Transformationsprozesse auf Dauer nicht lebensfähig. Diese könnten am ehesten aus den oben vorgeschlagenen transnationalen Branchengewerkschaften hervorgehen, indem sie die strategischen Segmente der Weltwirtschaft in ihre Selbstverwaltung überführen. Sie hätten

von Anfang an auch die Aufgabe, die sich bildenden kommunalen und regionalen Basisdemokratien global zu vernetzen und vor konterrevolutionären Angriffen durch Generalstreiks zu schützen.

Die transnationalen Gewerkschaften sollten sich beim Übergang zu Selbstverwaltungsföderationen auf alle diejenigen Wirtschaftsbranchen konzentrieren, die weltweit operieren und über die regionalen Produktions- und Reproduktionssysteme hinausreichen, die regionalen Rätedemokratien beliefern und die Gegenmacht der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Schlüsselsektoren des Weltsystems etablieren, insbesondere in der internationalen Transportkette, aber auch in den Medien, der Informationstechnologie usw.

Als exemplarisches Modell könnte im Anschluss an die Rekonstruktion und Sozialisierung der Kraftfahrzeugindustrie die globale Transportkette dienen, weil in ihr besonders reiche Organisations- und Kampferfahrungen vorliegen (ITF, Streiks in der Luftfahrt, im Eisenbahnwesen und bei den LKW-Fahrern). Die ITF bräuchte nur demokratisiert und auf alle Segmente der Transportkette ausgedehnt zu werden.

5.3.4 Weltföderation der Autonomie
Sobald sich die ersten Rätedemokratien und Arbeiterföderationen konsolidiert haben, könnten sie an die Gründung einer Weltförderation der gesellschaftlichen Autonomie herangehen, die als Schnittstelle zwischen den Rätedemokratien und den internationalen Förderationen der Arbeiterinnen und Arbeiter fungieren wird. In dieser Weltföderation werden die rätedemokratischen und föderativen Repräsentationen der Subkontinente bzw. Kontinente gleichberechtigt vertreten sein. Sie gründet eine Reihe von Rekonstruktions- und Transformationsfonds, um die geographischen Ungleichgewichte in der materiellen Existenzsicherung, der Lebensmittel- und Energieversorgung, beim Einkommen sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen aufzuheben. Weitere Fonds werden sich darauf konzentrieren, die weltweite Abrüstung durchzuführen (Fonds für Rüstungskonversion), die Ökosysteme wieder herzustellen und die materiellen Produktionsprozesse als tätige Lebensprozesse der Menschheit mit den Naturprozessen in Übereinstimmung zu bringen. Darüber hinaus könnte sich ein spezieller Konfliktfonds um die Überwindung der auch außerhalb des kapitalistischen Systems entstandenen Herrschaftsstrukturen (patriarchale Herrschaft, ethnische Konflikte, Rassismus) bemühen.

5.3.5 Globale Assoziation für Autonomie
Nach langem Zögern habe ich mich dazu durchgerungen, eine organisatorische Vorwegnahme dieses Konzepts durch eine weltweit vernetzte Assoziation vorzuschlagen, die auf allen drei Ebenen gleichzeitig aktiv wird. Es soll sich dabei nicht um eine Kaderorganisation mit Avantgardeanspruch handeln, sondern um einen freien und basisdemokratisch verfassten Zusammenschluss von Menschen, die das hier vorgelegte Konzept kritisiert, korrigiert, überarbeitet, erweitert und sich sodann zu eigen gemacht haben, um seine Nützlichkeit im Dialog mit dem proletarischen Multiversum zu testen. Die sich dabei ergebenden Erfahrungs- und Lernprozesse werden zu einer fortlaufenden Korrektur des Modells führen. Sobald das proletarische Multiversum den Übergang zur globalen Autonomie unumkehrbar zu machen beginnt, wird sich diese Assoziation wieder auflösen.

In diesem Sinn wären die ersten drei simultanen Schritte zur Begründing eines solchen Zusammenschlusses folgendermaßen zu bestimmen: Es sollten **erste** lokale bzw. regionale Initiativegruppen auf allen Kontinenten gegründet und ein gemeinsames Kommunikations- und Öffentlichkeitsnetz (Internet, regionale Medien) installiert werden. Die Assoziation sollte sich **zweitens** an der Gründung transnationaler Föderationen der Arbeiterinnen und Arbeiter in den wichtigsten Schlüsselsektoren beteiligen. **Drittens** sollte sie eine globale Krisenanalyse initiieren, wobei die sozialen Krisenauswirkungen besonders zu berücksichtigen wären (Globale Sozialberichte). Parallel dazu sollten der konzeptionelle Rahmen und die sich daraus ergebenden Handlungsoptionen erarbeitet und laufend weiterentwickelt werden.

Ausblick

Diese Vorschläge erscheinen überzogen und utopisch. Ich halte **konkrete Utopien** jedoch für angemessene Antworten auf historische Umbruchsituationen, weil sie uns von der »Tradition der toten Geschlechter« befreien, »die wie ein Alb auf dem Gehirn der Lebenden« lastet (Marx) und uns den Blick auf plötzlich auftauchende Handlungsmöglichkeiten verstellt. Wer aber soll sie umsetzen? Wie können wir es wagen, eine neue Dialektik zwischen der konzeptionell-organisatorischen Vorwegnahme einer neuen »politischen« Klassenzusammensetzung und der sozialen und kulturellen Zusammensetzung des Multiversums der Eigentumslosen vorzuschlagen? Wer gibt uns das Recht dazu nach Jahrzehnten der Niederlagen und der strategischen Fehler, durch die wir im vergangenen Zyklus unglaubwürdig wurden?

Bedenken wir aber im Gegenzug, dass wir uns in eine welthistorische Situation hineinbewegen, in der sich **das strategische Fenster neu öffnet**, so dass die Karten neu gemischt werden. So wie unsere Kinder, Nichten und Neffen uns heute fragen, was wir zwischen 1967 und 1973 gemacht haben, so werden die nachwachsenden Generationen an die Jüngeren unter uns später die Frage richten, wo und wie sie in den Krisen- und Depressionsjahren 2008 bis 2012 aktiv gewesen sind. Nichts ist unmöglich. Wer weiß, ob die chinesischen Bauern-Arbeiter sich im kommenden Frühjahr des Staatsdespotismus entledigen werden, der sie seit den 1990er Jahren mit eiserner Faust an die zentrale Schuldner- und Gläubigerachse des Weltwirtschaftsmotors kettet. Der Dollar würde sofort ins Bodenlose stürzen, und wir wären mit zwei Tatsachen konfrontiert: Erstens mit der abrupten Vertiefung der Weltwirtschaftskrise über das Niveau der Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts hinaus, und zweitens mit dem Auftreten eines neuen Akteurs auf der weltgeschichtlichen Bühne, der sich in der ersten Krisenphase eher weggeduckt hat: Der Weltarbeiterklasse. Es kann aber genau so gut sein, dass die sich in China und sonst wo abzeichnenden Massenrevolten scheitern und durch die Konterrevolution brutal erstickt werden – noch gewalttätiger als die Aufbrüche zu neuen Ufern in der Türkei 1970/71, in Chile 1973, in Argentinien 1976 und in Italien 1979. Dann wäre der Weg zu einem Szenario frei, in dessen Verlauf der sich verschärfende Weltwirtschaftskrieg der multipolaren Mächte nicht mehr »ultraimperialistisch“ gekittet werden kann und eine neue Ära der Großkriege eröffnet. Vielleicht wird es aber auch nicht zu derartigen Zuspitzungen kommen, vielleicht gelingt es der Achse Washington-Peking, die Krise zu bändigen und eine neue Etappe des staatsinterventionistischen Klassenkompromisses einzuleiten. Aber auch in diesem Fall würden sich neue Handlungsmöglichkeiten ergeben, denn dann wird ein neuer Zyklus des Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital beginnen. Auch für den Fall der Durchsetzung dieser „wilden“ Variante des Krisenausgangs sollten wir schlüssige Antworten vorbereiten, die dem Projekt der sozialen Gleichheit und des gesellschaftlichen Fortschritts verpflichtet sind.

Quelle: http://www.wildcat-www.de/aktuell/a068_khroth_krise.htm

Samir Amin

zu den Ursachen der Krise, zum Treffen der G20, zum WSF, zum politischen Islam und zu den Aufgaben der Linken

"Es gibt keine Alternative zum Sozialismus"

Interview von SMITU KOTHARI & BENNY KURUVILLA

Frage: *Die Mehrheitsmeinung in den Medien und in den politisch entscheidenden Kreisen ist, dass die Krise eine Folge der unnötigen Deregulation und der Gier einiger Weniger auf der Wall Street ist. Wir finden, dass es nötig ist, über eine oberflächliche beschreibende Darstellung dieser Krise hinauszugehen, und sollten das im historischen und politischen Kontext verstehen. Was ist Ihre Analyse?*

Amin: Der finanzielle Kollaps ist nur die Spitze des Eisbergs. Unter der Oberfläche ist eine wirklich tiefe Krise der Akkumulation des Kapitals in der Real-Wirtschaft, und dort noch tiefer ist eine systemische Krise des Kapitalismus an sich.
Schauen wir uns zuerst die Spitze des Eisbergs – die so genannte Finanzkrise – an. Diese resultiert nicht aus dem fehlerhaften oder verantwortungslosen Wirken des Bankensystems in einer freien und deregulierten Umgebung. Diese fehlerhaft Analyse erweckt den Eindruck, dass - sollten Regularien vorhanden sein - die Krise korrigiert werden kann. Das ist die von der G-20 in Washington D.C. erwartete Antwort, und das sollte uns nicht verwundern, denn diese schwache Erklärung wurde bereits vorher durch den Weltwährungsfond (IWF) im Chor mit den G8-Nationen vorbereitet.

Ich möchte eine andere Sicht auf diese Krise unterbreiten, aber um dies zu tun müssen wir **uns trennen von der Vorstellung, dass diese Krise das Resultat der neoliberalen Globalisierung ist**.
Diese Sicht ist beschränkt, weil sie beschreibend ist und nicht analytisch. Die Wirklichkeit des derzeitigen Systems ist die **extreme Zentralisierung von Kapital** in einer begrenzten Anzahl von größeren Oligopolen, etwa 5000 über die Welt verstreut, die die Macht auf globaler, regionaler und nationaler Ebene kontrollieren. Es sind ihre Entscheidungen, die unsere Welt formen. Wir sind auf einer Zentralisierungsebene angekommen, die viel stärker ist als noch vor 50 Jahren. Diese extreme Zentralisierung des Kapitals hat zu einer fundamentalen Verschiebung in der Logik des Managements des Systems geführt. Anstatt in der produktive Wirtschaft zu investieren, um Zusatznutzen zu erzeugen – natürlich mittels der Ausbeutung der arbeitenden Menschen - ist der Focus jetzt gerichtet auf den Kampf um die **Umverteilung des Profits** aus diesem Mehrwert zwischen den Oligopolen.
Diese Umverteilung der Profite zwischen den Oligopolen wird durch Finanzinvestitionen erreicht. Jedes von denen versucht die eigene Sphäre der Finanzinvestitionen zu verbreitern, um die Umverteilung der Profite zum eigenen Nutzen zu erreichen. Diese Profite sind von anderer Natur – sie sind **Monopol-Renten**. Und dies ist es, was man „Finanzialisierung" nennt. Die Deregulierung ist essentiell notwendig in dem Kampf der Oligopole für größere Gewinne durch „Finanzialisierung".
Wie man in den neuen Regeln im Kommunique der G-20 vom 15. November sieht, wird die Deregulierung nicht fundamental in Frage gestellt.

Die Oligopole und ihre westlichen Regierungen versuchen, das System im alten Zustand wieder herzustellen, und das ist kurzfristig nicht unmöglich. Nehmen wir an, dass die Zuführung von Milliarden von Dollar den Untergang der wesentlichen Finanzinstitute verhindert und zu einer Wiederherstellung eines Minimums an Vertrauen in das monetäre und finanzielle System führt.
Die zweite Bedingung für die Wiederherstellung des Systems liegt darin, dass die Proteste der Geschädigten dieser Krise in Schach gehalten werden können. Mittels Inflation, Arbeitslosigkeit und Rentenkürzungen soll die Allgemeinheit bezahlen, und die Proteste sollen zersplittert und beherrschbar bleiben, und sie werden das System nicht stören.
Die dritte Bedingung ist, dass die Staaten des Südens (Global South) die Regel akzeptieren und bereit sind, sich nach den Regeln des Spiels zu verhalten – das heißt die Notwendigkeit, die Globalisierung des monetären und finanziellen Systems zu erhalten, in dem sie ein Teil davon werden. Die Wiederherstellung des monetären und finanziellen Systems beinhaltet die Notwendigkeit der Integration der Finanzsysteme des Südens in das globale System. Das ist das Ziel der G-20 Treffen - die Wirtschaften der Schlüssel-Entwicklungsländer wie China, Indien, Südafrika, Brasilien und anderer hinein zu bringen in dieses Projekt der Wiederherstellung des Systems im vorhergehenden Zustand. Ohne die Länder an Bord zu haben wird eine Wiederherstellung nicht lange halten. Natürlich habe ich keine Kristallkugel, aber ich würde sagen, dass selbst wenn das System wiederhergestellt wird, kann es nicht sehr lange halten. Wir werden binnen weniger Monate, wenige Jahre eine andere, tiefere Krise haben.

Es bedarf natürlich mehr Forschung und mehr Debatten unter uns linksorientierten Menschen über die These, dass der derzeitige Zusammenbruch nicht eine Folge von Fehlern der Regulierung ist, sondern auf Grund einer inneren Logik entstand, die durch den zentrale Kampf um die Umverteilung von Profite unter den Oligopolen entstanden ist. Also wird die Lösung dieses Problems einen radikalen Wandel voraussetzen, wird langfristig sein, und wird erst dann entstehen, wenn die Oligopole verstaatlicht worden sind mit dem Ziel einer Sozialisierung. Das steht natürlich derzeitig nicht auf der Tagesordnung.
So befinden wir uns in einer ständigen Krise des Kapitalismus und des Imperialismus und nicht nur in einer Krise der Finanzmärkte. Das muss nicht die letzte Krise sein; der Kapitalismus könnte irgendwann aus der jetzigen Krise herauskommen. Aber so lange nur kosmetische Veränderungen vorgenommen werden, wird die Welt weiterhin von Krise zu Krise gehen.

Frage: *Manche meinen, dass diese Krise neue Möglichkeiten für die Staaten des Südens (Global South) öffnet. Der indische Premierminister Manmohan Singh behauptet, dass eine signifikante Verschiebung stattfindet, und dass Entwicklungsländer wie Brasilien, China und Indien nun eine gleichrangige Stellung am hohen Tisch der Geopolitik haben. Er*

beansprucht für sich auch Anerkennung dafür, dass er die globale Krise vorhergesehen hat und sagt, dass in Indien viele Schutzmaßnahmen aufgebaut wurden. In diesem Zusammenhang wird der Ruf der Reformer lauter, die Weltbank und das Weltwährungsfond (IWF) so zu reorganisieren, dass sie das derzeitige globale Gewicht der Entwicklungsländer wiedergeben. Wird die Präsidentschaft von Barack Obama hier zuhören oder sich anders verhalten?

Amin: Die letzte Frage zuerst. Sicher ist Barack **Obama** besser als John McCain. Also aus der Sicht der Evolution der US-Gesellschaft ist es etwas Positives, dass ein Amerikaner afrikanische Abstammung zum Präsidenten gewählt wurde. Aber aus dem Blickwinkel der Politik der USA gegenüber dem Rest der Welt wird sich wenig ändern. Vielleicht werden sich die Tonlage und die Sprache sich ändern, aber die Ziele werden dieselben bleiben. Es ist wichtig sich daran zu erinnern, dass Obama während des Präsidentschaftswahlkampfs viele Veränderungen in der Innenpolitik und an sozialen Fronten versprochen hat, jedoch nichts Wichtiges gesagt hat im Zusammenhang mit der geopolitischen Strategie der USA. Also erwarte ich keine wesentlichen Veränderungen bezüglich Irak, Afghanistan und auch nicht gegenüber China oder Russland.

Nun zu den davor gestellten Fragen, die sowohl wichtiger als auch komplexer sind. Bezüglich der **G-20**, besteht keine Notwendigkeit, sich zu den Details der Verlautbarung zu äußern. Ich behaupte, dass der politische Rahmen, der zur Wiederherstellung des Systems führen soll, bereits am Anfang der Finanzkrise, vor einigen Monaten, entschieden wurde. Und dieses wurde nicht von den Regierungen der USA, Japan und Europa (der Triade) entschieden, sondern von den Oligopolen selbst, um dann später von den Vorgenannten akzeptiert zu werden. Es waren die Finanzkonzerne, die die Regierungen gebeten haben, sich einzumischen und sich zu „verstaatlichen“. Das Rettungspaket wurde von denen entworfen und sie kontrollieren den größten Teil des Rettungspakets.

Die Aufrufe zur Reform des IWF sind im Kern Maßnahmen, die helfen sollen, diese Organisationen in einer veränderten Umgebung funktionsfähig zu erhalten. In den letzten etwa 10 Jahren sind viele Länder des Südens dadurch aus den Programmen des IWF ausgestiegen, dass sie ihre Schulden auf Grund von gestiegenen Exportüberschüssen etc. abbezahlen konnten. Dadurch wurde der **IWF irrelevant**, und das Gerede von Reformen wird jetzt benutzt, um wichtige Entwicklungsländer in das Finanzsystem zu integrieren. Auf diese Art werden die Länder des Südens ihren Anteil an der Wiederherstellung des Systems bezahlen, obwohl sie doch logischer Weise die Gelegenheit nutzen sollten, sich zu entkoppeln und das System zu verlassen. So sieht man eine Maskerade, wie die G-20 und die Schlüssel-Entwicklungsländer die Beschlüsse des Finanzkapitals absegnen.

Schauen wir uns an, warum **China** mit den G-20 Maßnahmen einverstanden war. Die Verlautbarung der G-20 ist unwichtig für China. Es möchte keinen politischen Konflikt mit dem Westen im allgemein und der USA ins besondere. China ist nicht in das globale monetäre- und finanzielle System integriert, und es ist unwahrscheinlich, dass es sich in Richtung Integration bewegen wird, so dass die Entscheidungen des Spitzentreffens am 15. November nur von geringen Konsequenzen für China sind. Es wird Druck ausgeübt werden auf China, sich zu integrieren, aber es ist unwahrscheinlich, dass China dies tun wird, und Regierungsbeamte haben das in der letzten Zeit wiederholt gesagt.

Das ist allerdings nicht der Fall für die anderen Länder des Südens. Nehmen wir **Indien,** das nur zum Teil in das Monetäre- und Finanzsystem integriert ist. Es hat die Kontrolle über die Wechselkurse beibehalten, erlaubt nicht die freie Konvertierbarkeit auf Kapitalvermögen, hat eine ganze Anzahl staatlicher Banken und hat das Wirken von ausländischen Banken eingeschränkt. Anstatt die Gelegenheit der Krise zu nutzen, sich aus dem System zu verabschieden, ist es ganz im Gegenteil die Entscheidung der Regierung, sich tiefer ins System hinein zu bewegen und die leere Schmeicheleien des Westens anzunehmen, dass Indien nunmehr eine aufstrebende globale Macht sei mit einem Sitz am Haupttisch. Dies ist auch in Zusammenhang mit anderen politischen Sachverhalten zu sehen, wie dem nuklearen Kooperationsabkommen mit den USA und der Ambition Indiens, mit Hilfe der USA ein Gegengewicht zu China in Asien zu bilden. Dies ist die Wahl der herrschenden Klassen Indiens. Ob diese Entscheidung von der Linken und von progressiven Kräften, vielleicht auch einige Teile der herrschenden Kongresspartei, in Frage gestellt werden kann, müssen wir noch sehen. Wenn es nicht in Frage gestellt wird, kann es sehr gefährlich werden.

Betrachtet man die anderen Länder des Südens wie Südafrika, Süd Korea und Brasilien, so sind sie vollständig im System integriert. Ihre einzige Hoffnung besteht darin, dass das System sie wegen der derzeitigen Krise nicht zu allzu großen Zahlungen verpflichtet. Malaysia ist ja nach der Asienkrise im Jahr 1997 teilweise ausgestiegen und könnte in einer ähnlichen Lage sein wie Indien.
Diese Situation ist ein Zeichen für den Legitimitätsverlust der herrschenden Klassen in den Ländern des Südens.

Noch ein verwandter Punkt zu der Aussage von Premierminister Singh, dass er die Krise vorhergesehen hat und Vorsichtsmaßnamen ergriffen hatte: Das ist pure politische Rhetorik, und zu sagen, dass die Krise erwartet wurde, ist eine Lüge. In der Frage der Vorsichtsmaßnahmen sind die finanziellen Anreize der Regierung Indiens genau das, was das Finanzkapital und die großen Konzerne wollen.

Alle konventionelle Ökonomen und deshalb auch alle Regierungen haben eine solche Krise nicht erwartet. Selbst unter den linken Ökonomen haben nur ganz wenige es kommen sehen. Ich habe 2003 in meinem Buch „Veralteter Kapitalismus“ geschrieben, dass diese fortwährende Suche nach einer Umverteilung der Gewinne zu einem Zusammenbruch des Finanzsystems führen werde. Aber ich habe auch geschrieben, dass ich keine Kristall- Kugel besitze, um Vorherzusagen zu machen, wann das passieren werde.

Frage*: Schon bevor die Krise ausgebrochen ist, war die Liberalisierung des Welthandels in Schwierigkeiten. Die Doha Runde der Welthandelsorganisation (WTO) verbleibt auch im achten Jahr in Verhandlungen - mit ungewissem Ausgang. Sowohl WTO als auch bilaterale und regionale Freihandelsabkommen werden vereinbart, aber nur sehr zögerlich. Die Krise wird wahrscheinlich eine Welle des Protektionismus in den entwickelten Ländern auslösen. Präsident Obama wird einen US-Kongress erben, der gegen den Welthandel eingestellt ist. In diesem Kontext: Welche Möglichkeiten sehen Sie für einen alternativen Rahmen außerhalb des freien Handels, wie das von der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) geleiteten General System of Trade Preferences (GSTP) und das lateinamerikanische Experiment "Bolivarian Alternative for the Americas", oder ALBA?*

Auf der Begriffsebene sollten wir zwischen **Handel** und **freiem Handel** unterscheiden.
Nur weil man gegen freien Handel ist heißt es nicht, dass man gegen jeglichen Handel ist. Sich von dem Muster des Freihandels zu entkoppeln heißt ja nicht, dass man auf den Mond umzieht.
Leider ist es für die meisten Regierungen der Länder des Südens so, dass - wenn man über Handel spricht - das gleichbedeutend ist mit dem Begriff Freihandel. Freihandel kann multilateral, regional und bilateral sein und ist in allen drei Szenarien für die Länder des Südens nicht wünschenswert.
Ein dritter Punkt ist, dass die USA auf multilateraler und bilateraler Ebene Pro-Freihandel eingestellt sind. Nicht für sich selbst, aber für ihre Handelspartner. Der derzeitige US-Kongress ist dagegen, dass die Regeln des Freihandels auf die USA angewandt werden, wünscht aber mit diesen Regeln Zugang zu den Märkten im globalen Süden zu gewinnen. Dies ist das typische Verhalten einer hegemonialen Macht, das heißt: „Du muss Dich nach internationalen Rechtsvorschriften richten, ich aber nicht".

In allen Fällen wird der Freihandel – multilateral oder bilateral – seit einigen Jahren in Frage gestellt. Die Sackgasse, in der die Doha-Runde sich befindet, ist nur ein Beispiel. Die Konflikte in den Bereichen Agrarsubventionen und Exporte und die Liberalisierung von Dienstleistungen werden sich fortsetzen. So ist die derzeitige Krise eine gute Gelegenheit, sich von dem Konzept des freien Handels zu entfernen in Richtung **regulierter und verhandelter Handel**. Diese Verhandlungen müssen **asymmetrisch** sein, da es eine objektive Asymmetrie gibt zwischen den Ländern des Nordens und des Südens. Das erinnert mich an einen Witz über die Fischereivereinbarungen zwischen Frankreich und Senegal: „ Die Französischen Flotten dürfen in senegalesischen Gewässern fischen und umgekehrt" [lacht] Diese Art von Heuchelei ist nicht annehmbar.

Eigentlich hat die UNCTAD immer Richtlinien für globale und regionale Handelsvereinbarungen vorgeschlagen. Unter den Vorschlägen von den Ländern des Südens ist **ALBA** das Beste und Fortschrittlichste. ALBA ist ein Projekt nicht der ökonomischen Marktentwicklung Lateinamerikas, sondern von der Generierung von komplementären Maßnahmen, die geplant sind und von den Regierungen ausgehandelt wurden. Dieses Projekt beinhaltet als wichtigen Bestandteil auch einen gemeinsamen politischen Standpunkt. Leider ist ALBA noch nicht effektiv, weil Brasilien die Logik von ALBA ablehnt. Und ein ALBA ohne Brasilien bedeutet Kuba, Venezuela, Ecuador und Bolivien, was nicht genug ist, um eine Veränderung des Gleichgewichts der Kräfte in Lateinamerika zu bewirken.

Frage: *Sie haben von der Notwendigkeit eines BandungII gesprochen. BandungI wurde von einem tiefen Idealismus getragen, die teilnehmenden Führer wurden von verschiedenen Arten von Sozialismus beeinflusst. Heute nimmt die Bedeutung der Linken ab und damit auch ihre Rolle als emanzipatorische politische Kraft, die eine Alternative zum Kapitalismus zu erzwingen könnte. Wie sehen Sie diese Prozesse?*

Sie sagen, Bandung I hätte einen moralischen Inhalt gehabt, ich würde ihn jedoch als nationalistisch bezeichnen. Nationalistische Gefühle herrschten vor, weil die Staaten von Bandung den emanzipatorischen Kampf für nationale Unabhängigkeit gerade hinter sich hatten. Der Unabhängigkeitskampf war mit radikalen Reformen wie in China oder mit halbradikaler Reformen in einigen anderen Ländern oder auch mit sehr wenig Reform verbunden, aber es war in jedem Fall Nationalismus. Wir können es positiven Nationalismus nennen. Aber das waren die Grenzen von Bandung, weil dieser Nationalismus von den herrschenden Klassen im weiteren Sinne durchgeführt wurde.

Heute haben die meisten Menschen das Vertrauen in den Nationalismus verloren. Was bedeutet Bharat heute noch für ein indisches Kind? Nichts! Andere Identitäten - Hinduismus, Regionalismus, etc. - sind wichtiger geworden. Das ist ein Beweis dafür, dass der gute Nationalismus, der eine positive Rolle spielte, in dem er die Völker von Indien gegen die Briten vereinte, nun seine Glaubwürdigkeit verliert. Er wird jedoch nicht durch einen Internationalismus der Arbeiter ersetzt, sondern durch Illusionen von Pseudo-Nationalismus. Man könnte das als neuen Nationalismus bezeichnen. Das ist ein sehr gefährlicher Trend.

Und jetzt zu dem, was ich den **liberalen Virus** nenne. Die Linke muss sich davon befreien. Der liberale Virus ist der Glaube an zwei oder drei Dinge.

Erstens, dass es das **Marktsystem** gibt. Es gibt aber nichts, was man als Marktwirtschaft bezeichnen könnte. Märkte existieren, aber wenn es kapitalistische Märkte gibt, könnte es auch sozialistische Märkte geben. Es gab Märkte schon vor dem Kapitalismus, in Indien und anderswo. Es gibt Markt-Subsysteme in einem umfassenden System, und dabei handelt es sich um kapitalistische Märkte, nicht um Märkte an und für sich. Das ist die eine Dimension des Virus; die Sprache der dominanten Mächte zu akzeptieren, zu akzeptieren, dass es zwei Typen von Wirtschaft gäbe, geplante, also administrativ gesteuerte, und marktgesteuerte Wirtschaft. Dabei gibt es beide nicht. Es sind zwei ideologische Bilder derselben Realität. Lasst uns davon befreien und verstehen, dass es die Marktwirtschaft nicht gibt. Es gibt eine kapitalistische Wirtschaft, natürlich mit Märkten, aber die Märkte sind der Logik der Kapitalvermehrung unterworfen. Es ist nicht der Markt, der als Nebenprodukt Kapitalvermehrung schafft. Die Kapitalvermehrung dirigiert und kontrolliert den Markt.

Der **zweite** Glauben ist, dass sich die **Demokratie** von den **sozialen Fragen abgespalten** hätte. Heute wird Demokratie durch Parteien, mehr oder weniger faire Wahlen und einige politische Grundrechte definiert. Man sorgt sich weniger darum, ob sie zu sozialem Fortschritt führt. Was wir brauchen ist eine Demokratisierung der Gesellschaft - verbunden mit sozialem Fortschritt, nicht entbunden davon - verbunden mit der Aufgabe, den sozialen Rechten die höchste Bedeutung beizumessen, also dem Recht auf Nahrung, Unterkunft, Erwerbsarbeit, Ausbildung, Gesundheit usw. Das bedeutet nicht, diese Rechte bloß in der Verfassung festzuhalten, sondern Bedingungen zu schaffen, unter welchen die Ausübung dieser Rechte, um sozialen Fortschritt zu erreichen, das Recht auf Eigentum beschränkt.
Das Recht auf Eigentum kann anerkannt, muss aber den sozialen Rechten untergeordnet werden.
Das ist eine echte Revolution im Konzept der Demokratie.
Sogar die Linke akzeptiert heute diese Art von Demokratie, nennen wir es bürgerliche Demokratie, oder repräsentative Demokratie oder eine Karikatur der Demokratie oder Maskerade. Die Linke akzeptiert diese Art von Demokratie, als ob man Sozialismus der absoluten Anerkennung der Eigentumsrechte unterordnen müsste. Das ist ein absoluter Widerspruch. Sozialismus ist Sozialisierung des Eigentums, es ist nicht der absolute Respekt vor den Eigentumsrechten.

Es existieren **noch andere Dimensionen** des liberalen Virus. Dieser ist auch auf

globaler Ebene aktiv. Man glaubt, dass es keine Alternative gäbe, als im globalen, vom Imperialismus dominierten System zu operieren, sich einseitig daran anzupassen.
Das nennt man auch **strukturelle Anpassung**. Zum Beispiel passt Indiens heute seine Wirtschaftsstrukturen dem Bedürfnis der Kapitalvermehrung in den USA an und natürlich nicht umgekehrt. Die USA passt sich nicht an die Entwicklungsbedürfnisse Indiens an. Auch von diesem Irrglauben muss sich die Linke befreien.

Frage: *Schon seit mehreren Jahrzehnten sagen Sie, dass der Kapitalismus am Zerfallen ist - mit Indikatoren wie der Polarisation des Reichtums, der Abnahme der produktiven Kapazitäten der Menschen und der Umweltzerstörung - aber tatsächlich ist der Kapitalismus noch immer vorherrschend. Woher sollen in diesem kapitalistischen Umfeld die Impulse eines menschenzentrierten Sozialismus kommen?*

Ich bin optimistisch, weil ich glaube, dass wir uns in Richtung der Möglichkeit eines Bandung II bewegen. Das wäre eine gemeinsame Front, ein **Bündnis** und eine Annäherung der meisten Länder des Südens gegen den Norden oder wenigstens in einem bestimmten Grad **unabhängig vom Norden**.

Der Inhalt eines solchen Bündnisses sollte der Folgende sein.
Erstens sollte es aus dem aktuellen Währungs- und Finanzsystem so weit wie möglich hinausführen. Einige Länder werden dazu fähig sein. China ist ein Beispiel, Malaysia eventuell auch. Vielleicht wird das andere Länder ermutigen, dieselbe Richtung einzuschlagen.
Zweitens sollte dieses Bündnis dem Bemühen Priorität einräumen, die Orientierung der inneren Entwicklungsstrategien so weit wie möglich vom Export- zum **Binnenmarkt** zu verlagern. Das ist einfach für kontinentale Länder wie China und Indien. Es gibt Anzeichen dafür, dass China dies bereits tut, in dem es aus der Logik der globalen Märkte aussteigt. Indien könnte das auch, macht aber das Gegenteil. China hat etwa sechs hoch regulierte Spezial-Wirtschaftszonen [SEZs] und Indien ist nun auf dem falschen Weg, ungefähr 500 SEZs aufzubauen, welche praktisch offen und unreguliert sein werden. Die anderen Länder, die nicht so groß sind wie diese zwei, sollten der regionalen Zusammenarbeit Priorität einräumen, anstatt sich auf die Märkte des Nordens zu fokussieren. Regionale Zusammenarbeit ist in Süd-Asien nicht einfach. Indien ist sehr groß, die restlichen Länder klein. In der Region herrscht eine berechtigte Angst vor indischem Sub-Imperialismus. Aber wenn man sich Asien mit China, Indien, Süd-Asien und Südost-Asien anschaut, bekommt man ein ausgeglicheneres Bild und sieht mehr Möglichkeiten für wahren Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Eine solche Antwort mit Schlüsselländern aus Afrika und Südamerika würde ich gerne Bandung II nennen.

Diese Konferenz wird sich von der ersten Bandungkonferenz 1955 mit asiatischen und afrikanischen Staaten unterscheiden. Besonders Staaten wie China, Indien und Brasilien sind nun in der Lage, selbstständig Technologien zu entwickeln. Das ist ein großer Unterschied zum Treffen 1955. Damals hatten diese Länder kaum irgendwelche Industrien und das Niveau des technischen und wissenschaftlichen Wissens war sehr tief. Trotz der hochfliegenden Ziele dieser Konferenz mussten diese Länder Technologien importieren und sich den Bedingungen des Westens unterwerfen. Die UNCTAD versuchte, Initiativen aufzubauen, um Technologien zu absorbieren und davon zu lernen und einige Länder konnten profitieren.

Jetzt ist die Situation anders und die Kampfansage des **Technologiemonopols** des Nordens kann der Süden nun parieren. Es ist also keine Überraschung dass die WTO (durch das TRIPS-Übereinkommen [Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums]) vom Norden dazu benutzt wird, dieses Monopol übermäßig zu schützen. Ich glaube, dass China tatsächlich Mechanismen anwendet, um dieses Monopol zu stürzen und deswegen hört man Proteste darüber, dass China die Rechte auf geistiges Eigentum nicht schützt. Indien könnte dies auch tun, tut es aber nicht. Die Stadt Bengalurru ist ein Service-Innovationszentrum, das aber traurigerweise nicht auf die Entwicklung Indiens ausgerichtet ist, sondern auf den Profit von transnationalen Konzernen, die somit ihre Monopolerträge erhöhen. Und die arbeiten mit billigen, aber sehr gut ausgebildeten, indischen Arbeitskräften.

Bandung II sollte also - auch auf der politischen Ebene - ganz anders wahrgenommen werden. Bandung I war ein Treffen der Staaten und ihrer Bürger. China hatte gerade eine Revolution hinter sich und Indien, Indonesien und Ägypten ihre Unabhängigkeit erreicht. Diese Regierungen waren also zum Grossteil legitim in den Augen ihrer eigenen Bürger und ein progressiver nationalistischer Blick in die Zukunft herrschte vor. Nun aber haben wir es mit herrschenden Klassen zu tun, die Kollaborateure sind und die von ihrer Integration in das globale System profitieren. Deswegen haben sie wenig Legitimität und **Bandung II muss ein Bandung der Völker sein.** Wenn eine solche Mobilisierung der Völker stattfinden kann, werden sich einige Regierungen vielleicht ändern.

In anderen Worten bedeutet das, dass es ein Bandung der Linken sein muss. Und das bedeutet natürlich, dass die Linke sich nicht mehr so verhalten kann, wie sie es nun tut, nämlich, als ob keine Alternative zum Kapitalismus existieren würde. Ich versuche damit zu sagen, dass die klare Botschaft der Linken lauten sollte: „Langfristig gibt es keine Alternative zum Sozialismus“. Und hier kommt die Wichtigkeit des Internationalismus ins Spiel. Wenn es einen neuen Internationalismus nicht geben sollte, werden wir mit noch mehr Krisensituationen konfrontiert werden wie z.B. dem Aufstieg des politischen Islams, des politischen Hinduismus, des politischen Ethnizismus. Das ist eine drohende Gefahr. Denn wenn Menschen das Vertrauen in die Machtstrukturen verlieren, lassen sie sich von diesen Illusionen leicht manipulieren. Und wir sollten stets im Hinterkopf behalten, dass das vom Imperialismus absolut akzeptiert wird, solange die Menschen nicht zu weit, nämlich in Richtung des so genannten „Terrorismus“, gehen.

Frage: *Das* ***Weltsozialforum*** *geht in sein neuntes Jahr und wird diesmal in* **Belem** *abgehalten. Sie waren dem WSF gegenüber ziemlich kritisch eingestellt. Welche Rolle sollte das WSF in der aktuellen Krise spielen? Auf der ganzen Welt, sogar in isolierten Gebieten, gibt es einen steigenden Widerstand gegen den Kapitalismus, wenn er auch aufgesplittert und unorganisiert ist. Wie können wir Ihrer Meinung nach den Übergang in die Wege leiten? Institutionell, politisch, organisatorisch, im Namen eines neuen Internationalismus? Ich glaube, Sie haben das mal die fünfte Internationale genannt.*

Nun, dies hängt mit der Frage des Weltsozialforums zusammen. Ich denke, die schwierigen Jahre waren kurz. Das waren erstens die erste Hälfte der 1990er-Jahre; der Zusammenbruch des frei existierenden Sozialismus, der kapitalistische Weg Chinas.*
Dann begannen die Widerstands- und Protestbewegungen von neuem. Überall auf der Welt, im Norden und im Süden, im Osten und im Westen. Denn die Konsequenzen der Umsetzung des so genann-

ten neoliberalen Gedankenguts sind nicht neoliberal, sondern ultra reaktionär, Punkt.

Ob nun wegen wachsender Verarmung, wachsender Ungleichheit, wachsender Arbeitslosigkeit, wachsender Prekarität, usw.: es war nur normal, dass die Leute anfingen, zu protestieren und Widerstand zu organisieren. Es ist auch absolut normal, dass der Widerstand anfänglich erstens uneinheitlich war, denn jeder kämpft an seiner unmittelbaren Front, und zweitens grundsätzlich defensiv, denn die Leute wollen verteidigen, was früher errungen wurde, ob nun im Norden den prekär sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat oder im Süden die Landreformen oder die Rechte auf frei zugängliche Ausbildung und Gesundheitsversorgung oder gegen Privatisierungen und Ähnliches.

Nun, das Weltsozialforum war ein natürliches Resultat dieses wachsenden Protests und Widerstandes und steht allen Protestbewegungen offen. Ich finde das WSF nicht negativ. Ich finde es positiv, so sehr, dass wir, das „Weltforum für Alternativen", zuerst entstanden sind und im WSF eine Rolle gespielt haben und das auch weiterhin tun werden.

Aber wir glauben, dass das nicht genug ist und dass die Herausforderung sehr viel ernster ist als viele soziale Bewegungen glauben. Sie glauben, dass sie mit ihrem zersplitterten Widerstand die Machtbalance verändern können.
Ich glaube, dass das falsch ist. Die Machtlage kann nur geändert werden, wenn diese zersplitterten Bewegungen eine gemeinsame Plattform aufbauen, die auf gemeinsamen Grundsätzen beruht. Wir vom „Weltforum für Alternativen" nennen es **Übereinstimmung trotz Verschiedenheit**, das bedeutet, dass wir die Verschiedenheit anerkennen, nicht nur die der zersplitterten Bewegungen sondern auch die der politischen Kräfte, mit denen sie zusammenarbeiten, der Ideologien und sogar der Zukunftsvisionen dieser politischen Kräfte. Das muss man akzeptieren und respektieren. Wir sind nicht mehr in der Situation, in der eine führende Partei allein die gemeinsame Front erschafft. Es ist sehr schwierig, diese Übereinstimmung trotz Verschiedenheit aufzubauen, aber ohne dass das erreicht wird, kann sich, denke ich, das Kräfteverhältnis nicht zum Vorteil der unteren Volksschichten verschieben.

Frage: *In Indien entwickelt sich die Religion immer mehr zu einer scharfzüngigen und aggressiven Rollenträgerin in der Politik, die oft deren Kurs festlegt. Deswegen gibt es da eine wachsende Verschiebung hin zur Rechten, hin zu schärferem sozialen Konflikt und zu Gewalt - kurz: zu der Art von Zersplitterung, die wir heute in Indien sehen können. Wir können auch eine Zweckehe zwischen dieser religiösen Rechten und den Kräften der wirtschaftlichen Globalisierung beobachten. Wo sehen Sie Möglichkeiten für demokratische politische Kräfte, da einzuschreiten und eine konstruktive politische Lösung anzubieten?*

Das ist eine sehr schwierige Frage. Mein Urteil über den **politischen Islam** und über den **politischen Hinduismus** fällt sehr negativ aus. Beide Kräfte sind reaktionär. Nicht weil sie religiös sind, sondern wegen ihres Inhalts. Außerdem werden sie von den herrschenden Klassen manipuliert.

Ich glaube nicht, dass dieser politische Islam und Hinduismus ein spontanes Produkt der unteren Volksschichten ist. Zum Grossteil werden diese Leute mobilisiert und gesteuert, um die Linke zu unterlaufen. Die Idee dabei ist, eine Mauer zu schaffen, die die Linke daran hindert, die unteren Volksschichten zu durchdringen. Das ist eine Illusion. Es hat nur funktioniert, weil die politische Elite ihre Glaubwürdigkeit und Legitimität verloren hat. Nun erscheinen diese Kräfte als Alternativen.

Wenn wir uns deren Programme ansehen, sind sie nicht nur - in den meisten Fällen - sozial und kulturell sondern auch wirtschaftlich reaktionär. Sie akzeptieren de facto den existierenden Kapitalismus, den existierenden Imperialismus, und sie kompensieren ihre Unterwerfung ihnen gegenüber, in dem sie einen inneren Feind erschaffen: ob es nun die Muslime hier, die Hindus dort oder die Christen anderswo sind. Und das ist wirklich gefährlich.

Nun, wie gehen wir mit dieser Realität um? Es ist nicht einfach für die Linke, sondern eine echte Herausforderung. Die Linke kann nicht auf der Ebene der Prinzipien verharren. Zu sagen, dass die Alternative ein säkularer Staat sei, ist nicht genug. Sie muss auch eine Strategie entwickeln, wie der Einfluss dieser reaktionären Kräfte auf die unteren Volksschichten überwunden werden kann.

Der einzige Weg, die zentristischen und reaktionären Kräfte zu marginalisieren besteht für die Linke darin, sich unter die Massen zu begeben und ihre wahren wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verteidigen - nicht bloß rhetorisch, sondern in Aktion und durch Aktion. So lange die Linke nicht mit den unteren Volksschichten aktiv wird, so lange die meisten ihrer Analysen und Programme nur auf dem Papier und in ihrer politischen Rhetorik zu finden sind, bleiben sie eine marginale Kraft. Nichts mehr als das.

Quelle: http://focusweb.org

From Frontline, INDIA'S NATIONAL MAGAZINE from the publishers of THE HINDU, Volume 25 - Issue 26 : Dec. 20, 2008-Jan. 02, 2009. Interview by SMITU KOTHARI & BENNY KURUVILLA: http://www.frontlineonnet.com/stories/20090102252604400.htm

Übersetzung: Homi Kutar / Christina Kaufmann, coorditrad@attac.org / SiG

Samir Amin ist der Vorsitzende vom „Forum mondial des Alternatives"
http://www.forumdesalternatives.org/EN/viewpage2.php?page_id=4

Weitere Artikel von Samir Amin in „Sand im Getriebe":

- Der kapitalistische Genozid
http://sandimgetriebe.attac.at/758.html

- Renaissance der SÜD-SÜD-Vernetzung Interview mit Samir Amin, SiG 45
http://sandimgetriebe.attac.at/1926.html

- Das imperiale Projekt zum Scheitern bringen von Samir Amin, François Houtart, Ignacio Ramonet, SiG 48
http://sandimgetriebe.attac.at/2411.html

- Die USA und ihre Verbündeten bekämpfen, SiG 55
http://sandimgetriebe.attac.at/4982.html

- Franz Fanon lesen!, SiG 58
http://sandimgetriebe.attac.at/5381.html

Elmar Altvater

Kapitalistische Plagen

Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und finanzielle Instabilitäten

Die zehn biblischen Plagen, die der Gott des Volkes Israel über die Ägypter brachte, darunter vergiftete Brunnen, Stechmücken, die schwarzen Blattern, Viehpest, Froschlawinen, Heuschreckenschwärme oder eine Sonnenfinsternis, sind unbestätigte Geschichte, über die im Zweiten Buch Moses des Alten Testaments berichtet wird. Dass Milliarden Menschen heute Hunger leiden, dass die fossile Energieversorgung in Zukunft nicht gesichert sein wird, dass das globale Klima zu kollabieren droht und dass die globale Finanzkrise horrende Billionenverluste verursacht und inzwischen auch Aber-millionen Arbeitsplätze verloren gehen, ganze Industriezweige wegbrechen und die Masseneinkommen sinken, hingegen sind unbezweifelbare Tatsachen des gegenwärtigen kapitalistischen Weltsystems. Die modernen Plagen belasten die Menschen heute genauso wie die ägyptischen Plagen die Zeitgenossen vor mehr als 3000 Jahren.

Die Finanzkrise wird zur Krise der Realwirtschaft

Anfang Oktober 2008 schätzte der IWF die Verluste der globalen Finanzkrise auf 1400 Milliarden US$. Nur einen Monat später erhöhte die Bank of England auf das Doppelte, auf 2800 Milliarden US$. Das ist nahezu drei Mal soviel wie die Verluste, die die Bank of England noch im April des Jahres angegeben hatte (1150 Mrd US$) (1). Die Krise ist offenbar nicht unter Kontrolle zu bringen – trotz der staatlichen Subventionen und Bürgschaften in der noch vor wenigen Monaten absurd erscheinenden Höhe von einigen tausend Milliarden US$ beiderseits des Atlantik und inzwischen auch in Japan, China, Russland oder Lateinamerika. Fast täglich kommen neue finanzielle Hilfen an angeschlagene Banken und an große Industriefirmen hinzu, wie die fast 50 Mrd. US$ an die Citi-Group (SZ, 25. 11.08) oder an die Flugzeug-Leasing-Abteilung des angeschlagenen weltgrößten Versicherungskonzerns AIG Ende November 2008 oder die fast läppisch erscheinenden 13,4 Mrd US$ an die drei Autoriesen in den USA. Dabei sind die Verluste der Kreditkarten-Betreiber noch in den Büchern versteckt; man kann damit rechnen, dass sie 2009 ans Tageslicht gebracht werden müssen. Die „staatlichen Eventualverbindlichkeiten“ im Eurogebiet, so die EZB in ihrem Monatsbericht vom November 2008, erreichen heute mehr als 2000 Milliarden Euro. Das wären 21% des BIP, wenn sie denn in Anspruch genommen werden. Das ist angesichts der heraufziehenden Rezession nicht unwahrscheinlich.

Die Krise hat längst das Finanzgehege verlassen und wächst sich – entgegen den Mutmaßungen vieler, selbst kritischer Ökonomen noch vor wenigen Wochen - zur schweren Krise der „realen“ Wirtschaft aus. Die Arbeitslosigkeit steigt sprunghaft, der Druck auf die Einkommen wird größer. Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sinken, so dass die Finanzierung von Sozialleistungen schwieriger wird, zumal viel Geld vom Bankensektor zum Ausgleich der Verluste in den Bankbilanzen und für den Ersatz von verspekuliertem Eigenkapital absorbiert wird. Die „fiskalischen Kosten der gegenwärtigen Finanzmarktturbulenzen“ beziffert die Europäische Zentralbank im Eurogebiet mit rund 3% des BIP; die Europäische Kommission hat ein Konjunkturpaket in Höhe von 200 Mrd Euro beschlossen und versucht damit, eine gewisse Koordinierung der hektischen Konjunkturpolitiken in den EU-Ländern zu erreichen. Das Weiße Haus hat im November 150 Mrd US-Dollar für fiskalpolitische Eingriffe frei gegeben. Barrack Obama versprach nach seiner Wahl im November 2008 fiskalische Mittel zur Erhaltung von 2,5 Millionen Jobs. Kurz vor Weihnachten wurde diese Zahl auf 3 Millionen aufgestockt. Paul Krugman schlägt für die USA ein Konjunkturpaket in Höhe von 750 Mrd US$ vor. Das wären etwa 6% des US-Sozialprodukts, das Defizit der öffentlichen Haushalte würde sich in etwa verdoppeln. Dieser Zielvorstellung scheint sich Obama zu nähern, ja es gibt Spekulationen, dass das Paket gegen die Krise mehr als eintausend Milliarden US$ umfassen könnte und das “deficit spending” dann etwa 10 Prozent des BIP der USA erreichen würde. Auch China lässt sich mit einer zugesagten Finanzspritze im Wert von 460 Mrd US-Dollar nicht lumpen. China hat hohe Reserven gesammelt und muss sich zur Konjunkturbelebung noch nicht einmal verschulden (2). Diese gigantischen Beträge könnten noch in den Schatten gestellt werden, wenn infolge der Krise der Realwirtschaft Kredite ausfallen und dann der Versicherungsfall eintritt. Dann könnten bis zu 60.000 Mrd US$ Credit Default Swaps (CDS) fällig werden und den Finanzsektor trotz öffentlicher Hilfen zur Explosion bringen. Besonders fatal wirkt der Umstand, dass einige Staaten bereits 2008 nahezu bankrott waren (Island, die Ukraine, Ungarn) und das Kreditausfallrisiko für Staatsanleihen generell gestiegen ist (3).

Plötzlich ertönt fast 40 Jahre nach Präsident Nixons Ausruf „Heute sind wir alle Keynesianer!“ ein Echo: „Yes, we are, yes we can“. Selbst diejenigen zählen sich dazu, die noch vor gar nicht langer Zeit jede Nachfragesteuerung durch aktive Fiskalpolitik als ökonomischen Irrsinn und gefährlichen Eingriff in den Marktautomatismus ablehnten. Der Ernst der Lage scheint begriffen: man steckt die Kosten der Finanzkrise weg, und pumpt obendrein hunderte von Milliarden Euro und Dollar in den globalen Wirtschaftskreislauf. Die Eile ist verständlich. Denn wie wäre es den Wählern zu erläutern, dass man zwar 20 Prozent des Sozialprodukts den Banken und Bankern zur Verfügung stellt, aber für die Erhaltung und Schaffung von Jobs kein Geld hat? Der post-neoliberale Keynesianismus mit seinen Rettungspaketen für angeschlagene Finanzinstitutionen und Unternehmen muss Angebote an die Arbeitnehmer enthalten, weil sonst die Legitimation der Umverteilungsmaßnahmen nicht zu beschaffen ist.

Die Krise - Kollaps oder Jungbrunnen des Systems?

Ein Fünftel des Sozialprodukts schlucken Banken und andere Finanzinstitutionen zur Kompensation ihrer Verluste aus öffentlichen Mitteln und durch den Austausch fauler Papiere gegen gutes Zentralbankgeld. Ein Fünftel des globalen Sozialprodukts kostet in den nächsten Jahrzehnten der Klimawandel, wenn nichts dagegen getan wird. Dies ergibt sich aus dem viel zitierten Report von Nicholas Stern für die britische Regierung aus dem Jahr 2006 (4) oder aus den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (5). Man kann sich aussuchen, welche Plage den größeren Schauer auslöst: die gigantischen Verluste durch die globale Finanzkrise oder die astronomischen Kosten des Klimawandels. Der ist inzwischen bittere Realität und er hat daher die öffentlichen Debatten bestimmt, bis diese sich nach dem Zusammenbruch einiger global operierender Großbanken (Bear Sterns; Lehmann Brothers) nur noch um die Rettungspakete für den Finanzsektor drehten. Die Finanz- und Wirtschaftskrise lieferte denn auch das wichtigste Argument für die klimapolitischen Bremser: das Hemd ist bekanntlich näher als der Rock. Die horrenden Kosten der Finanzkrise haben auch vergessen lassen, dass nach FAO-Angaben mindestens 923 Millionen Menschen in der Welt Hunger leiden (6), und dass die Energiekrise

wegen der Begrenztheit der fossilen Ressourcen (Peakoil) keineswegs vorüber ist, auch wenn der Ölpreis im Herbst 2008 infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sinkt; denn die Industrieproduktion stagniert und ist sogar rückläufig. Doch das wird sich sehr bald wieder ändern; die Grundtendenz des Preises für fossile Energie weist nach oben.

Die gegenwärtige Finanzkrise ist kein Novum in der Geschichte des Kapitalismus. Viele Menschen haben in den historischen Finanz- und Wirtschaftskrisen viel verloren, und das wird in der gegenwärtigen globalen Krise nicht anders sein, auch wenn die Verluste beim „Mann auf der Straße" zum Jahresbeginn 2009 noch nicht mit ihrer ganzen Wucht angekommen sind. In Finanz- und Wirtschaftskrisen ging und geht „nur" Geld verloren, und deshalb kollabiert das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht. Im Gegenteil, die ökonomischen Krisen sind eine Art „Jungbrunnen" des Systems, das durch „schöpferische Zerstörung", so Josef A. Schumpeter (7), in den Krisen seine Herrschaftsbasis erneuert. Das war auch Karl Marx klar: „Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandnen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen…"(8) – bis zur nächsten Krise.

Bei Naturkatastrophen, auch bei den von Menschen zu verantwortenden, ist das anders. Sie verursachen in aller Regel nicht nur hohe monetäre Kosten, wie sie im schon erwähnten „Stern-Report" für die britische Regierung über die Kosten des Klimawandels kalkuliert werden (9), sondern auch irreversible Veränderungen, zumeist Verschlechterungen der natürlichen Umwelt. Auch wenn wir eine ausgerottete Pflanzen- oder Tierart in Geld aufwiegen könnten, sind wir nicht in der Lage, sie wieder zum Leben zu erwecken. In der bisherigen Menschheitsgeschichte sind infolge ökologischer Katastrophen regionale oder lokale Kulturen auf der Strecke geblieben; die Gesellschaften auf den Osterinseln sind verschwunden, die Kulturen der Maya oder der Inka auch (10). In Zeiten der Globalisierung können die Krisen der Natur jedoch den globalen Kollaps von Klima, Energieversorgung, Biodiversität und daher der Produktion von Nahrungsmitteln zum Ergebnis haben. Das wäre nicht nur - wie in der Finanzkrise - ein bitterer monetärer Verlust, sondern viel mehr: die irreparable Zerstörung natürlicher und mithin auch menschlicher Lebensgrundlagen.

Wir müssen daher angesichts von Finanz- und Wirtschaftskrise und von ökologischer Krise (Energiekrise als Folge von „Peakoil", drohender Klimakollaps, Unterversorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln in vielen Weltregionen) an die von Karl Marx als „Springpunkt" der politischen Ökonomie bezeichnete entscheidende Erkenntnis vom „Doppelcharakter" der Arbeit und der Ware erinnern: In der Ökonomie haben wir es nach vorherrschendem Verständnis vor allem mit Wert- und Geldkreisläufen zu tun, die als grundsätzlich reversibel interpretiert werden. Das verauslagte Kapital kehrt - um den Gewinn vermehrt - zu sich selbst zurück; im englischen heißt der Profit daher „returns to capital". Gleichzeitig jedoch finden in Produktion, Transport, Kommunikation und Konsum grundsätzlich irreversible stoffliche und energetische Transformationen statt, die unweigerlich die Entropie des Systems Erde steigern. Das muss uns nicht kümmern, so lange wir uns weit entfernt von den Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen und der Tragfähigkeit von Senken für Schadstoffe befinden. Nähern wir uns aber mit Siebenmeilenstiefeln und immer größer werdendem „ökologischem Fußabdruck" den natürlichen Grenzen des Planeten Erde, müssen wir ihnen Rechnung tragen. Tun wir das nicht, werden wir scheitern, und dieses soziale und politische Scheitern an ökologischen Grenzen hat weitreichendere Wirkungen als die monetären Verluste in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Debatten um die Grenzen folgen aber nicht objektiven Sachverhalten der Natur, sondern sie sind von unserem Wissen abhängig, von sozialen und ökonomischen Interessen bestimmt und nicht zuletzt sind sie politisch gefiltert. Daher ist es nicht möglich, die Krisen von Finanzen, Wirtschaft, Energie und Klima unabhängig und losgelöst voneinander zu behandeln, obwohl sie sich doch wechselseitig beeinflussen (11).

Die „Mutter aller Krisen" ist das Produktions- und Konsummodell der kapitalistischen Metropolen. Es verlangt hohe Zuwachsraten der Produktivität, ist auf Massenproduktion und Massenkonsum ausgelegt und daher auch auf massenhaften Naturverbrauch von Rohstoffen, von fossiler Energie, von Landflächen. Auch die Biodiversität und damit die Evolution des Lebens werden durch Monokulturen beeinträchtigt. Zugleich sind die Industrieländer die ökonomischen und politischen Machtzentren der globalisierten kapitalistischen Welt und hätten das Potential, der systemischen Krise entgegen zu steuern – wenn denn die Eliten mitmachen würden. Das Geld ist eines der Medien der staatlichen Interventionen in Ökonomie und Gesellschaft und es fehlt, wenn Maßnahmen gegen den Hunger oder gegen den drohenden Klimakollaps – oder auch „nur" zur Schaffung von Arbeitsplätzen - zu finanzieren sind, weil unvorstellbar viel gutes Geld in das Finanzsystem gepumpt wird, um schlechtes, kontominiertes Geld zu neutralisieren und das System vor dem Kollaps zu retten. Auf 12 Milliarden Dollar haben die Industrieländer die Mittel gegen den Hunger zusammengestrichen, wie die Hilfsorganisation Oxfam bitter beklagt. Mit diesem Betrag kann man gerade jedem der 923 Millionen hungernden Menschen 11 US-Dollar zur Verfügung stellen. Das World Food Program der UN braucht 2009 dringend 5,2 Mrd US$, um den Hungernden in Haiti, im Kongo und anderswo notdürftig zu helfen (12). Hier wird noch nicht einmal gekleckert, bei der Bankenrettung hingegen massiv geklotzt. Das ist auch Zeichen für einen Kollaps, nämlich für den Kollaps der Moral im finanzgetriebenen Kapitalismus.

Reale Überschüsse und finanzielle Forderungen

Wie konnte es überhaupt im Jahre 2008 zu der wahrscheinlich tiefsten Finanzkrise in der Geschichte des Kapitalismus kommen? Finanzielle Forderungen der Institutionen des Finanzsektors müssen real bedient werden, und so lange dies gelingt, laufen die Geschäfte normal und niemand denkt auch nur im Entferntesten an eine Zahlungsklemme oder gar an eine Finanzkrise. Die Fähigkeit, die Forderungen zu bedienen, kann freilich von zwei Seiten her untergraben werden: Die Überschüsse des realen Akkumulationsprozesses, aus denen finanzielle Forderungen bedient werden müssen, gehen zurück und gleichzeitig steigen die Renditeforderungen von finanziellen Investoren. Beides ist vor der Finanzkrise geschehen, und daher hat sich die Schere zwischen einem außer Rand und Band geratenen Finanzsektor, in dem immer absurdere Renditeforderungen generiert wurden, und realer Leistungsfähigkeit der Produktion weit geöffnet. Die kapitalistische Ökonomie ist eben doch keine virtuelle Veranstaltung, wie postmoderne Theoretiker unterstellen. Überschüsse müssen real produziert worden sein, wenn sie denn die virtuellen Forderungen, die nur als bits und bytes existieren, befriedigen sollen (13).

Die realen Überschüsse müssen umso mehr zunehmen, je größer bereits der Kapitalwert ist, um die Rendite oder Profitrate (die Relation zwischen Überschuss und vorgeschossenem Kapital) zu stabilisieren oder zu steigern. Das gilt entsprechend auch für das Wachstum des Sozialprodukts. Der absolute Zuwachs muss größer werden, damit die Wachstumsrate im Zeitverlauf nicht abnimmt. Doch die realen und keineswegs virtuellen Überschüsse lassen sich nicht exponentiell steigern. Dafür gibt es in der ökonomischen Theorie viele Erklärungsangebote; angefangen mit dem klassischen Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses, über die Marx'sche Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate und die post-keynesianische Theorie einer säkularen Stagnation bis zur Theorie von den Grenzen des Wachstums in der ökologischen Ökonomie.

Wenn die realen Überschüsse in Relation zum Kapitalvorschuss oder zum Bruttoinlandsprodukt abnehmen, können sich die Bezieher finanzieller Renditen noch eine Zeitlang aus der Substanz bedienen und die „Akkumulation des Kapitals durch Enteignung“ (14) fortsetzen, durch eine Umverteilung der bereits erzeugten Wertsubstanz vom globalen Süden in den Norden, von Schuldnern zu Kreditgebern, von denjenigen, die von Arbeit abhängig sind, zu den Geldvermögensbesitzern und Kapitaleignern. Kein Zufall also, dass der Anteil von Löhnen und Gehältern in allen Industrieländern in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Globalisierung um fünf bis zehn Prozentpunkte reduziert und die Unternehmens- und Vermögenseinkünfte entsprechend erhöht worden sind (15). Eine Zeitlang kann durch diese Umverteilung die Leistungsfähigkeit der „realen Ökonomie“ zum Schuldendienst an den Finanzsektor aufrecht erhalten werden, jedoch nicht auf Dauer, weil ihre Substanz unterminiert wird. Auch die Legitimationsressourcen von Gesellschaften im globalen Raum werden überfordert, aber auch die ökonomischen Mechanismen lassen eine grenzenlose Fortsetzung der Akkumulation durch Enteignung nicht zu. Die Umverteilung der Einkommen zu Gunsten der Geldvermögensbesitzer löst nicht nur sozialen Widerstand aus, sondern hat auch eine Reduktion der Massennachfrage zur Folge, die für den reibungslosen Absatz von Waren oder auch zur „ordentlichen“ Bedienung von Hypothekenschulden fehlt. Kosteneinsparungen im Verlauf des Akkumulationsprozesses wirken zunächst positiv auf die Profitrate. Doch dadurch ausgelöste Umweltschäden kehren wegen des irreversiblen Charakters jeder Produktion und Konsumtion unweigerlich zurück und mindern die Rentabilität des Kapitals. Dies ist spätestens dann der Fall, wenn die „sozialen Kosten der Privatwirtschaft“ (K. William Kapp) sozialen und politischen Widerstand provozieren, weil sich die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern (16).

Die realen Überschüsse geraten also an jene Grenzen, die für alle Transformationsprozesse von Stoffen und Energien gelten. Im Kapitalismus erscheinen die Grenzen – formspezifisch – als Fall der Profitrate, durch den die Dynamik der Akkumulation zum Erliegen kommen kann. Dann ist die Krise unvermeidlich. Gleichzeitig steigen die finanziellen Forderungen, so als ob es natürliche Grenzen und die sozialen Widersprüche des realen Reproduktions- und Akkumulationsprozesses nicht gäbe. Finanzinnovationen scheinen ein Nirwana höchster Renditen und daran gekoppelter Traumgehälter von Managern zu eröffnen (17). Die weltweite Konkurrenz der Finanz-Standorte wird mit hohen Renditen und Zinsen ausgetragen. Um die Renditen von „Investoren“ zu steigern werden neue Finanzinstitutionen gegründet: Investmentbanken, verschiedenste Fondstypen, Zweckgesellschaften. Von diesen werden neue Finanzinstrumente auf den Markt gebracht, immer mit hohen Renditeversprechen, ohne dass dabei das Risiko realistisch mitgeteilt würde. Rating-Agenturen, die es eigentlich transparent machen sollten, tragen dazu bei, Risiken bei der „Akkumulation durch Enteignung“ zu vertuschen. Das ist massenhaft bei der Verbriefung von Hypothekenkrediten geschehen, die die Basis für windige Kreditpyramiden und fiktives Kapital wurden. Beim Handel mit den papierenen Werten wurde gut verdient, so lange die immer höher spekulierten Pyramiden auf der Basis steigender Immobilienwerte standen. An den Geschäften wollen sich alle beteiligen. Neue Finanzplätze werden durch Deregulierung und lasche Aufsicht attraktiv gemacht, z.B. das eisige Island, wo man schnell lernte, dass der Kundenfang unter den Schnäppchen-Finanzanlegern in ganz Europa weniger ungemütlich ist als Kabeljau im Nordatlantik zu fangen.

Die Akrobatik der Finanzjongleure wird immer waghalsiger, z.B. um die „Hebelwirkung“ des Eigenkapitals zu steigern. Mit einem Euro werden mehr als 10 Euro, manchmal sogar 100 Euro bewegt, um hohe finanzielle Überschüsse zu gewinnen, die – auf das im Vergleich zum eingesetzten Kapital geringe Eigenkapital bezogen – dessen Rendite enorm steigern. Zweistellige Renditen von Finanzanlagen gibt es daher auch in einer Lage, in der die realen Wachstumsraten nur gering sind. Der Finanzsektor erweckt den Eindruck, als sei er von den realen Verhältnissen gänzlich unabhängig, als hätten wir es tatsächlich mit einer virtuellen Ökonomie zu tun, in der satte Renditen aus dem Nichts geschaffen werden. Dass in einem solchen Umfeld Arbeit nichts gilt und sogar verachtet wird, dass Gewerkschaften als Organisationen der Arbeit nur als Störenfriede der Geschäfte wahrgenommen werden, ist ebenso wenig verwunderlich wie das Unverständnis der Ökonomen gegenüber theoretischen Ansätzen, in denen die Arbeit als wertschöpfende Kraft interpretiert und nicht dem dominanten Aberglauben gefrönt wird, als ob Werte beim Zocken im Casino gebildet würden.

Die gleichzeitig enorm wachsende Verschuldung dient weniger der Finanzierung von Investitionen in der Produktion als der Ausweitung von Finanzgeschäften und dem Konsum. In den USA ist dies offensichtlich. Die Schulden der Verbraucher sind in den USA seit 1975 von weniger als 740 Milliarden US$ auf fast 11.500 Milliarden US$ oder von 62,0% auf 127,2% des verfügbaren Einkommens hochgeschnellt, das Verhältnis der gesamten Schulden zum BIP stieg von ca. 160% zu Beginn der 1970er Jahre auf 340% im Jahre 2005 (18). Den Schulden entsprechen auf der anderen Seite ebenso wachsende Geldvermögen, die nach Anlage suchen, und deren „Nachfrage“ führt eben zu dem Angebot der neuen „Vehikel“, mit denen die hohen Renditen eingefahren werden können. Die Schuldenexplosion in den USA hat eine geopolitische Dimension, weil ein Großteil der spiegelbildlich dazu gehörigen Geldvermögen als Devisenreserven in China, Japan, Russland und einigen anderen Ländern mit positiver Leistungsbilanz wie Deutschland gehortet wird.

Angesichts der Vorherrschaft des Finanzsektors vor der „realen Ökonomie“ ist es kein Wunder, dass Kurzfristigkeit und Shareholder value das unternehmerische Handeln bestimmen. Doch es bewahrheitet sich, was John Maynard Keynes schon vor der Publikation seiner „Allgemeinen Theorie des Geldes, der Zinsen und der Beschäftigung“ in seinem „Treatise on Money“ feststellte (19): Finanzmärkte sind instabil, denn Finanzmarktakteure rechnen mit Zukunftserträgen, und die Zukunft ist ungewiss und risikoreich (20). Finanzielle Instabilitäten können sich zu Finanzkrisen zuspitzen. Eine Spekulationswelle nach der anderen überrollt denn auch die verschiedenen Weltregionen, die seit der Liberalisierung der globalen Finanzmärkte in den späten 1970er Jahren alle schwere Schulden- und Finanzkrisen durchmachen mussten: Zunächst war die dritte Welt von der Schuldenkrise der 1980er Jahre betroffen. Die Folge war ein „verlorenes Jahrzehnt“. Die Schwellenländer mussten ein Jahrzehnt später die Finanzkrise durchmachen, die in Mexiko 1994 ihren Anfang nahm und dann 1997 die asiatischen „Tiger“ erfasste, 1999 Brasilien und 2001 Argentinien zurückwarf. Auch die USA machten Finanzkrisen durch: die Sparkassenkrise („savings and loan“) und die Krise, die der Welle von feindlichen Übernahmen folgte (1986 bzw. 1989), die „New Economy“-Krise 2000 und schließlich die „subprime-crisis“, die inzwischen nicht nur den US-amerikanischen Immobiliensektor erfasst hat, sondern viele andere Branchen. Sie hat fast allen Ländern der kapitalistischen Weltwirtschaft immense Verluste beschert, und 2009 wird das weitergehen.

Die Lehre ist einfach: Renditen von 20% und mehr auf das Eigenkapital bei realen Wachstumsraten von 1% oder 2% sind auf Dauer nicht zu haben, sie sind weder ökonomisch noch sozial und ökologisch tragfähig. Nur ein Tor kann dies leugnen. Irgendwann können die finanziellen Forderungen des Finanzsektors real nicht mehr bedient werden. Sie erweisen sich zu einem beträchtlichen Teil als wertlos, wenn die Forderungen, die sie verbriefen, nicht mehr erfüllt werden können. Dies zeigt sich in der derzeitigen Finanzkrise zuerst bei Hypothekenkrediten in den USA, erfasst aber auch Kreditkarten, den Konsumentenkredit und andere Kreditbeziehungen. Es entsteht ein immenser Abschreibungsbedarf, den

niemand genau beziffern kann, weil die Deregulierung und die verbreitete Verbriefungspraxis auch zu einer an Blindheit grenzenden Intransparenz geführt haben. Das Jammern der härtesten Neoliberalen über die „falsche Deregulierung" ist groß. Diese hätte eine „Gier" freigesetzt, die noch durch falsche Anreizsysteme honoriert worden sei (21). Da ist etwas dran, auch wenn man die Gier nicht als psychologischen Defekt interpretieren sollte, sondern als Eigenschaft von „Charaktermasken" im „Börsenspiel der Bankokraten" (Marx). Sie handeln, wie Käpt'n Ahab in Herman Melville's „Moby Dick" von sich sagt, „ganz rational", nur das Ziel bzw. die Regeln seien verrückt.

Auswege aus dem Labyrinth der Krise

Die Finanzkrise ist nur ein, wenn auch besonders wichtiges Moment der kapitalistischen Systemkrise. Diesem Sachverhalt gilt es Rechnung zu tragen, wenn nach Auswegen aus dem Labyrinth der Krise gefahndet wird. Manche Lösungsangebote für die Finanzkrise sind nämlich geeignet, die Energie-, Klima- und Ernährungskrise zu verschärfen, und deren Rückwirkungen können die kapitalistische Ökonomie und daher auch die Finanzsysteme in neue und tiefere Krisen drängen. Auch hier müssen wir uns wieder an den „Springpunkt" des Doppelcharakters aller Prozesse in einer kapitalistischen Ökonomie erinnern: Produktion, Zirkulation und Konsumtion verändern notwendigerweise die Natur. Umgekehrt haben die Transformationen von Stoffen und Energien und der lebendigen Natur Konsequenzen auch für die ökonomischen und finanziellen Prozesse und mithin auch für die Regulation in der Krise. Dies lässt sich zeigen, wenn wir in aller Kürze die drei derzeit meist diskutierten Lösungspakete der Finanz- und Wirtschaftskrise diskutieren: (1) die Übernahme der Bankverluste durch die öffentliche Hand, also die Sozialisierung der Verluste; (2) die massiven Investitionsgelegenheiten, die einen neuen Aufschwung einleiten sollen und (3) die Externalisierung der Kosten der Krisenüberwindung und die daraus sich ergebenden geopolitischen Konflikte.

Erstens: Die Liquiditätsfalle oder der Mangel an profitable Investitionsgelegenheiten

Die Krise lässt sich nicht bewältigen, indem Geld in die klammen Kassen der Finanzinstitutionen gespült wird. Denn damit wird nicht die reale Produktion jenes Überschusses angeregt, aus dem die finanziellen Forderungen allein befriedigt werden können. Wenn die staatlichen Mittel das geschwundene Eigenkapital ersetzen oder gar der Staat Geschäftsbanken in der einen oder anderen rechtlichen Form übernimmt, bleibt die Institution als solche erhalten, d.h. der Konkurs wird vermieden. Der Bankenkollaps findet nicht statt. Dienen die staatlichen Mittel dazu, die faulen Forderungen aufzukaufen, dann wird der „Giftmüll" in den Banktresoren durch gutes Zentralbankgeld oder sichere Staatspapiere ersetzt. Eine „bad bank" übernimmt die auf wertlosen Papieren verbrieften faulen Kredite, um die privaten Banken mit gutem Geld wieder in „good banks" zu verwandeln. Es werden Löcher der Finanzinstitutionen gestopft, indem ihnen ein Forderungstausch ermöglicht wird: statt wertloser Papiere, die abgeschrieben werden müssten, bekommen sie gute Papiere mit Staatsgarantie, oder sie ersetzen das von Managern in „irrationalem Überschwang" (Greenspan) verzockte Eigenkapital der Finanzinstitutionen. Der Staat sozialisiert die privat generierten Verluste und belastet damit den Steuerzahler.

Doch eine bequeme Fortsetzung des finanzgetriebenen Modells dürfte den mit milliardenschweren monetären Infusionen geretteten Finanzinstitutionen und ihren Managern nicht möglich sein. Denn die Renditen der vergangenen Bonanza können, wenn die vom Staat bereit gestellten Mittel denn investiert werden, nicht mehr erzielt werden. Das blendende Geschäft mit Subprime-Hypotheken ist vorbei, verbriefte Papiere werden mit dem Geigerzähler geprüft, bevor sie ins Portefeuille genommen werden, und die so profitablen langen Hebel des „leverage"-Systems werden gekappt, um nicht erneut in die Risikofalle zu geraten. Man besinnt sich in Bankenkreisen wieder auf die Grenzen der "Kernkapitaquote". Also wird der marktgläubige Neoliberalismus wie eine aus der Mode geratene Kutte zusammen mit den kontaminierten Finanzprodukten mit dem *dernier cri* eines neoliberalen Keynesianismus modisch aufgemöbelt: „Wir müssen umdenken – ja sogar durchaus keynesianisch" (22). Angebotspolitik, das A&O neoliberaler Politikkonzepte, ist wirkungslos, weil der private Sektor sich auf einmal risikoscheu zurückhält. Daher muss der Staat Liquidität bereitstellen, die auf dem Interbankenmarkt nicht zu bekommen ist, und obendrein mit massiver Nachfrage die Unternehmen stützen und evtl. gar entgegen dem neoliberalen Dogma übernehmen. Sonst schnappt die Liquiditätsfalle zu.

Denn der Staat ist aufgrund des Steuermonopols in der Lage, Einkommensflüsse an den Finanzsektor umzuleiten. Darin besteht sein einzigartiges Privileg, das nun von den privaten Finanzinstitutionen und anderen Unternehmen genutzt wird. Sogleich steht die Frage im Raum, aus welchen Steuern und von wem die Mittel erhoben werden, die den privaten Unternehmen zugeleitet werden, um ihre Spekulationsverluste auszugleichen. Wie kann die Umverteilung zu Gunsten des Finanzsektors durch „die da oben" legitimiert und die Akzeptanz des Umverteilungsmanövers durch „die da unten" erreicht werden? Unweigerlich kommt die heute so genannte Frage der „gouvernementalité" bzw. der „governance" von globaler Umverteilung auf (23). Politische Konflikte sind vorgezeichnet. Keynesianer können angesichts der massiven Interventionen in die Wirtschaft einen Sieg vermelden? Vielleicht, doch ist es ein Pyrrhus-Sieg.

Zweitens: Die ökologischen Fallstricke Keynesianischer Nachfragepolitik

Denn an wen und für welche Geschäfte kann dieses vom Staat bereitgestellte Kapital von den Banken ausgeliehen werden? Eine ordentliche Bedienung und Rückzahlung ist ja nur möglich, wenn es einer Bank gelingt, das Geld „arbeiten" zu lassen, also in neue Anlagefelder zu investieren und dafür solvente neue Schuldner zu finden. Es reicht also nicht, die monetären Titel mit Hilfe staatlicher Garantien zu retten; die reale Wirtschaft muss einen Überschuss produzieren, um die Titel bedienen zu können. Nach den Finanzkrisen in Asien, Russland, der Türkei und Lateinamerika floss der Kapitalüberhang zu einem großen Teil in die New economy und pumpte eine Spekulationsblase auf. Nachdem diese im Jahr 2000 geplatzt war, wurde das gerettete Kapital im Immobiliensektor angelegt – bis im Jahr 2007 die subprime-Krise ausbrach. Und nun? Anders als in den Finanzkrisen in Zeiten der Globalisierung ist in dieser Krise der Nationalstaat gefragt. Er muss mit Investitionsprogrammen dafür sorgen, dass der Bankkredit wieder in Gang kommt, auf kleinerer Flamme als in den Jahren zuvor. Das Investmentbankengeschäft ist zunächst vorbei, also müssen die Banken wieder mehr die Mittlerrolle zwischen „Sparern" und „Investoren" übernehmen. Diese Funktion ist in einer kapitalistischen Geldgesellschaft notwendig, nur lassen sich dabei keine Ackermann'schen Traumrenditen erzielen. Das investment-banking, für das an deutschen Universitäten gerade neue Lehrstühle geschaffen wurden, bietet keine Perspektive mehr. Die Sparkassen, noch vor wenigen Jahren als Tante-Emma-Läden in der Welt der global finance verunglimpft erleben ein revival.

Tatsächlich werden immer wieder neue Investitionsgelegenheiten in die Diskussion gebracht. Die ökologischen Krisen, so heißt es, würden nicht nur das Potential eines Kollapses in sich bergen, sondern auch neue Chancen für Investoren auf Finanzmärkten bieten, auch wenn diese Abstriche bei den bislang so üppigen zweistelligen Renditen machen müssten. Die Internationale Energieagentur (IEA) bringt den Investitionsbedarf der Ölindustrie und der dazugehörigen Infrastruktur in den kommenden 20 Jahren mit ihrem „World Energy Out-

look 2008“ in die Diskussion (24). Sie hält immerhin ein 20.000 Milliarden US-Dollar-Geschäft für möglich: bei der Erneuerung und dem Ausbau der Förderanlagen, beim Bau neuer Pipelines, bei Investitionen in Raffineriekapazitäten, Tanker und andere Transportvehikel etc.. Die neuen Geschäftsfelder für Finanzanleger hätten Kollateralfolgen. Das fossile Energiesystem könnte nochmals um einige Jahrzehnte verlängert werden. Das Automobil würde auch weiterhin die individuelle Mobilität gewährleisten. Das ist eine gute Nachricht für die Automobilindustrie, die durch Finanzkrise und drohenden Klimakollaps und die Auflagen, den klimaschädlichen Schadstoffausstoß zu reduzieren, auf eine rumpelige Strecke gesetzt worden ist. Doch sind die Investitionen unsicher. Denn erstens ist „Peakoil“ eine ökonomisch inzwischen relevante Realität (d.h. die Ölförderung hat ihren Höhepunkt erreicht). Dann tendiert der Ölpreis nach oben, auch wenn er infolge des krisenbedingten Nachfragerückgangs zeitweise sinken kann. Zweitens ist die politische Stabilität in den Ölregionen nicht nur wegen des „Staatszerfalls“ und der Unregierbarkeit mancher Länder gefährdet, sondern auch wegen der politischen und militärischen Konflikte untergraben, in die die großen Ölverbraucher-Länder verwickelt sind. Drittens sind auch die globalen Logistik-Netzwerke verletzlich, wie die neuen Formen der Piraterie deutlich zeigen.

Die IEA hält es aus energiepolitischen Gründen angesichts von Peakoil auch für notwendig, in den nächsten zwei Jahrzehnten weltweit jährlich 20-30 Atommeiler ans Netz gehen zu lassen, bis 2030 also weltweit an die 1300. Hier lockt ein Geschäft in der Größenordnung von hunderten von Milliarden US$, hauptsächlich für die großen Energieversorgungsunternehmen. Ausstieg aus der Atomenergie? Nein danke, die Finanzkrise lässt es nicht zu. Angesichts der politischen Konflikte, die ein einziger Atommeiler im Iran heute provoziert, ist die Verbreitung von hunderten von Kernkraftwerken in aller Welt ein geradezu absurdes, ja selbstmörderisches Szenario. Es unterstreicht die Einschätzung, dass es sich bei den Krisen unserer Tage um verschiedene Ausdrucksformen einer Systemkrise der kapitalistischen Produktionsweise handelt. Daher wäre es angebracht, nicht nur nach Lösungen für Finanz- und Wirtschaftskrise zu suchen, sondern nach einem integralen Konzept, das auch die Lösung der „Kollateralkrisen“ einschließt.

Auch im Klimaschutz bieten sich günstige Investitionsgelegenheiten, jedenfalls auf den ersten Blick. Was in den Klimaberichten zunächst als eine Bedrohung präsentiert wird, erscheint auf den zweiten Blick als Chance. Im bereits zitierten Stern-Report besteht die Bedrohung darin, dass durch den Klimawandel ein Fünftel des globalen Sozialprodukts verloren werden könnte. Doch gibt es die Chance, das Unglück für die Menschheit abzuwenden, wenn 1 Prozent des globalen BIP in den Klimaschutz investiert wird. Die Investitionen in den Klimaschutz werden zum großen Geschäft, wenn man den Emissionshandel im Zuge des derzeit vorbereiteten und in Kopenhagen 2009 zu verabschiedenden Kyoto II-Abkommens globalisiert. Das Volumen des europäischen Emissionshandels beträgt derzeit weniger als 100 Mrd US$, weltweit rechnen Optimisten mit einem Potential von bis zu 20.000 Milliarden US-Dollar, zumal wenn der Klimaschutz auch die Verhinderung der Abholzung und Degradierung der Wälder einbezieht. Das sind wahrscheinlich übertriebene Erwartungen, da der Emissionshandel wohl nur dann in diesen Größenordnungen in Gang kommen kann, wenn alle Länder zustimmen und möglichst viele Branchen einbezogen werden – und wenn die Finanzmärkte sich nach der Krise „normalisieren“. Wenn man Klimapolitik mit „marktbasierten Instrumenten“ den Finanzjongleuren auf globalen Finanzmärkten überlässt, kommt in ihren Kreisen Hoffnung auf. Klimapolitiker hingegen geraten bei diesen Aussichten eines finanzgetriebenen Klimaschutzes in tiefe Depression(25).

Auch Investitionen zur Extraktion mineralischer Rohstoffe, zur Inwertsetzung der Meeresböden (26) und zum Anbau von Agro-Kraftstoffen wären ein ergiebiges Anlagefeld. Ganze Landstriche können in Monokulturen von Agrosprit verwandelt werden. Doch dies wäre sehr konfliktreich(27). Nicht nur soziale Bewegungen, z.B. Bauernorganisationen wie via campesina wehren sich mit sozialen und ökologischen Argumenten gegen die Monokulturen großer Agro-Konzerne. Auch politische und wissenschaftliche Institutionen in den Industrieländern raten wegen der negativen Konsequenzen für die Biodiversität und den Wald- und Klimaschutz zur Vorsicht(28).

Ob daher in diesen Geschäftsfeldern ein guter Teil des brachliegenden und nicht entwerteten bzw. durch staatliche Infusionen ersetzten Kapitals investiv absorbiert werden könnte, ist fraglich. Nur wenn der Widerstand und die Bedenken nicht existierten oder wenn sie überwunden werden könnten, kann die Verwandlung der ökologischen Bedrohung in ökonomische Chancen für Investoren gelingen. Bis dahin bleiben die von manchen erwarteten massiven Investitionen aus. Die Folgen für den Finanzsektor sind fatal. Denn nur wenn es den Finanzinstitutionen gelingt, die durch die Nationalstaaten bereitgestellten finanziellen Rettungspakete als Kredite an solide Schuldner zu investiven Zwecken auszuleihen, ist eine Rückzahlung der staatlichen Rettungspakete an die öffentlichen Kassen zumindest zu einem Teil gewährleistet, sonst nicht. Es zeigt sich erneut, wie bedeutsam es ist, den Doppelcharakter zu berücksichtigen: die finanziellen Verpflichtungen der Banken können nur erfüllt werden, wenn sie in Forderungen gegenüber Investoren verwandelt werden. Diese müssen bedient werden und zwar real aus produzierten Überschüssen. Der Preis wäre hoch, nämlich die Fortsetzung des Entwicklungsmodells der ökologischen Zerstörung - es sei denn, die Krise wird in anderer Weise als bislang unterstellt, nämlich als eine Chance für einen „systemischen Modellwechsel“ genutzt.

Drittens: Geopolitische Auseinandersetzungen oder: Den letzten beißen die Hunde

Ein hoher Preis wird auch fällig, wenn die Transfers an den Finanzsektor nicht investiv in der realen Wirtschaft verwendet werden (können). Dann müssten entweder die Steuerzahler die dann zu realisierenden Verluste übernehmen oder sie werden in einem inflationären Prozess umverteilt und unter den Marktteilnehmern „gestreut“; die Verluste der Finanzinstitutionen würden als Kaufkraftverlust der Währung alle, wenn auch sehr unterschiedlich treffen. Vor allem würden jene weniger Verluste erleiden, die über Sachvermögen verfügen oder die es schaffen, ihre Geldvermögen rechtzeitig in reale Werte zu verwandeln. Soziale Gerechtigkeitsvorstellungen würden verletzt und die Forderung nach einem Lastenausgleich würde aufkommen.

Daher ist der Versuch nahe liegend, die Verluste des Finanzsektors und die nachfolgenden Kaufkraftverluste der Währung mithilfe einer Abwertung der Währung zu externalisieren. Diese Möglichkeit haben freilich nur Länder, deren Währung als Reservewährung gehalten wird, andere Länder haben sie nicht. Wenn diese die Währung abwerten, kann es wie in den 1930er Jahren zu einem Abwertungswettlauf kommen, um so Marktanteile auf umkämpften Weltmärkten zu halten oder auszuweiten. Die Abwertung mit dem Ziel der Externalisierung von Finanzverlusten hingegen hat einen anderen Charakter. Weil sehr viele Länder zum Teil sehr hohe Dollarreserven akkumuliert haben, könnten die USA mit einer Entwertung des US$ erreichen, dass die amerikanischen Steuerzahler nicht mit den Billionen-Verlusten ihres Finanzsystems belastet werden. So könnten interne politische Konflikte zwar vermieden werden, doch der Preis ist hoch, selbst für die USA. Denn nun drohen geopolitische Auseinandersetzungen - zwischen den USA und den Ländern mit großen Dollar-Reserven, also zwischen den USA und der EU, China, Russland, Brasilien und anderen Schwellenländern. Diese Länder gewinnen an Einfluss, etwa im Rahmen der G20. Die großen Schwellenländer können nun nicht mehr, wie bei den G8-Treffen üblich, am „Katzentisch“ abgespeist werden. Sie haben mitzureden bei der Regulation der globalen

Finanzkrise und bei der Beseitigung der euphemistisch so genannten „globalen Ungleichgewichte“. Diese sind ein Resultat des US-amerikanischen Zwillingsdefizits in Staatshaushalt und Leistungsbilanz, das vom Ausland finanziert worden ist und daher zu hohen Dollar-Forderungen gegenüber den USA aufgelaufen ist. Die USA müssen also nicht nur die Bankinstitute und die kränkelnden Unternehmen stützen, sondern dabei auch auf externe Gläubiger Rücksicht nehmen. Das engt den Handlungsspielraum ein.

Zwar könnte eine Abwertung Entlastung bringen, doch würde dann der US-Dollar seine Rolle als Ölwährung nicht weiter spielen können. Die Ölexporteure würden trotz aller politischen Bindungen und Abhängigkeiten dazu übergehen, die Ölexporte auch in anderer Währung als dem US-Dollar zu fakturieren. Die USA, die zwei Drittel ihres Ölverbrauchs importieren, müssten die Importe mit Devisen bezahlen, die sie durch Exporte „verdienen“ müssten. Das könnte nur bei einer positiven Sparquote in den USA gelingen. Die Krise würde also eine Umlenkung der Finanzströme bewirken. Auch die in den vergangenen Jahrzehnten „eingefahrenen“ Handelsströme würden umgeleitet, wenn die USA nicht mehr wie ein kreditfinanzierter Staubsauger den Weltmarkt leer fegen.

Die Krise ist also noch längst nicht vorbei. Noch wird die Finanzkrise vor allem mit Billionen Dollars und Euros auf den Finanzmärkten bekämpft. An Verluste mag niemand denken und daher sind sie noch nicht verteilt, zwischen den Klassen und zwischen den Nationen. Die Plagen von Klimakollaps, Peakoil und Hunger sind in den Hintergrund gedrängt. Der Konflikt darum, wer der letzte sein wird, den die Hunde beißen, hat gerade erst begonnen.

---

1) Zu den Daten vgl,: Baba, Naohiko/ McGuire, Patrick/ von Peter, Goetz (2008): Highlights of international banking and financial market activity, Bank for international settlement, BIS Quarterly Review, June 2008 (www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qt0806b.pdf); Bank of England (2008): Financial Stability Report, October 2008/ Issue No. 24 (http://www.bankofengland.co.uk/publications/fsr/2008/fsrfull0810.pdf); Europäische Zentralbank, Monatsbericht November 2008 (http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2008/200811.mb_ezb.pdf): Foster, John Bellamy/ Magdoff, Fred (2009): The Great Finncial Crisis – Causes and Consequences, (Monthly Review Press) New York (im Erscheinen). Von den 2800 Mrd US$ Verlusten entfallen nach Angaben der Bank of England 1577 Mrd US$ auf die USA. Im Euro-Gebiet kommen noch einmal 785 Mrd US$ und in England 127 Mrd US$ hinzu.

2) Damit verglichen ist das Konjunkturpaket der deutschen Bunderegierung richtig bescheiden – und entsprechend wirkungslos. Es erreicht gerade 0,5% des BIP.

3) Vgl. Beecken, Grit: Riskante Wetten, Süddeutsche Zeitung, 2.1. 2009, S. 23

4) Stern, Nicholas. 2006. Stern-Review on the Economics of Climate Change, Her Majesty’s Treasury. Government of the United Kingdom. http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews

5) IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). 2007. Fourth Assessment Report of the IPCC (2007) on Climate Change, http://ipcc-wg1.ucar.edu/wg1/wg1-report.html

6) Vgl.: Cavero, Teresa/ Galián, Carlos (2008): Die Lehren aus der Nahrungsmittelkrise, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Dezember 2008 (im Auftrag von Oxfam Deutschland)

7) Schumpeter, Joseph A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, (A. Francke Verlag) Bern

8) Marx, Karl: Das Kapital, Band III, Marx-Engels-Werke, Bd. 25: 277

9) Zur Problematik der „Monetarisierung“ ökologischer Degradation und Zerstörung, gerade im Zusammenhang des Klimawandels vgl. Altvater, Elmar (2008): Kohlenstoffzyklus und Kapitalkreislauf – eine „Tragödie der Atmosphäre“, in: Altvater, Elmar/ Brunnengräber, Achim (Hrsg.: Ablasshandel gegen Klimawandel. Marktbasierte Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen, (VSA) Hamburg: 149-168

10) Der Kollaps von Kulturen und Zivilisationen ist von Jared Diamond protokolliert worden. Vgl. Diamond, Jared (2006): Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, (S. Fischer) Frankfurt am Main

11) Vgl. dazu ausführlicher: Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, (Westfälisches Dampfboot) Münster

12) Vgl.: Hungerhilfe geht das Geld aus, in: Süddeutsche Zeitung, 2. Januar 2009, S. 17

13) Vgl. auch den Kommentar von Pfaff, William: Hypothekenkrise und virtuelle Ökonomie, in: Blätter für deutsche und international Politik, 2/2008: 35-36

14) Vgl. Harvey, David (2003): The New Imperialism, (Oxford University Press) Oxford; Harvey, David (2004): The 'New' Imperialism: Accumulation by Dispossession, in: Panitch, Leo/Colin Leys (Hrsg.): The New Imperial Challenge, Socialist Register 2004, London: 63-87

15) Vgl. dazu die Ausführungen des Internationalen Währungsfonds: IMF, World Economic Outlook, April 2007: 168; (http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2007/01/pdf/c5.pdf)

16) James O’Connor hat dies vor zwei Jahrzehnten als „second contradiction“ der kapitalistischen Akkumulation bezeichnet; vgl. O`Connor, James (1988): Capitalism, Nature, Socialism. A Theoretical Introduction, in: Capitalism Nature Socialism, Journal of Socialist Ecology, No 1, all, 1988, P. 11-45; vgl. auch: Kapp, K. William (1958): Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft. Tübingen und Zürich.

17) Dazu ist inzwischen sehr viel publiziert worden. Vgl. Zeise, Lucas (2008): Ende der Party: Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft, (Papyrossa) Köln; Wagenknecht, Sahra (2008): Wahnsinn mit Methode - Finanzcrash und Weltwirtschaft, (Das Neue Berlin) Berlin

18) Vgl. Foster/ Magdoff a.a.O.: 29; 47

19) Keynes, John Maynard (1932): Vom Gelde, (Duncker & Humblot) München/Leipzig

20) Minsky, Hyman P. (1986): Stabilizing an Unstable Economy, (Yale University Press) New Haven/ London

21) Vgl. Sanio, Jochen: Das ist ein Brandbeschleuniger, Interview, *in:* DIE ZEIT Nr.16, 10.04.2008, S.32

22) So der neoliberale hardliner Wolfgang Schäuble in einem Interview im Handelsblatt vom 28.11.08

23) Vgl. dazu Opitz, Sven (2004): Gouvernementalität im Postfordismus, (Argument) Hamburg

24) International Energy Agency (2008): World Energy Outlook 2008, (OECD/ IEA) Paris

25) Dazu ausführlich: Altvater, Elmar/ Brunnengräber, Achim (2008): Ablasshandel gegen Klimawandel? – Marktbasierte Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen, (VSA) Hamburg

26) Vgl. dazu: Pfeiffer, Hermannus (2007): Umkämpfte Meere, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/ 2007: 754-758

27) Vgl. dazu Weizsäcker, Ernst Ulrich von (2008): Klima, Ressourcen und Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2008: 45-54

28) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2008): Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung, WBGU



Evo Morales
Klimawandel Vom Prinzip der Solidarität

Die Logik des kapitalistischen Systems zerstört die Erde, sagt Boliviens Präsident Evo Morales und fordert die Industriestaaten auf, ihre Versprechungen einzuhalten.

Schwestern und Brüder, heute ist unsere Mutter Erde schwer krank. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts haben wir die heißesten Jahre des letzten Jahrtausends erlebt. Die globale Erwärmung verursacht abrupte Wetterveränderungen mit katastrophalen Folgen: den Rückgang der Gletscher und das Abschmelzen der Polarkappen; den Anstieg des Meeresspiegels und die Überschwemmungen der Küstengebiete; das Wachstum der Wüsten und die Abnahme der Süßwasservorräte; immer mehr und stärkere Naturkatastrophen sowie das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten.

Dies alles hat 1750 mit der Industriellen Revolution begonnen. In nur zweieinhalb Jahrhunderten haben die so genannten entwickelten Staaten einen großen Teil der fossilen Brennstoffe aufgebraucht, die zuvor in über fünf Millionen Jahren entstanden sind.

Es ist die Logik des kapitalistischen Systems mit der Gier nach Gewinn ohne Ende, die den Planeten zu zerstören droht. Im Kapitalismus sind wir nicht Menschen, sondern KonsumentInnen. Für den Kapitalismus gibt es keine Mutter Erde, sondern nur Rohstoffe. Der Kapitalismus ist die Ursache von Ungleichheiten in der Welt. Er schafft Luxus für einige wenige, während Millionen an Hunger sterben. In den Händen des Kapitalismus verwandelt sich alles in eine Ware: das Wasser, die Erde, das menschliche Genom, die uralten Kulturen, die Justiz, die Ethik, der Tod und selbst das Leben. Alles, absolut alles, ist zu kaufen und zu verkaufen im Kapitalismus. Selbst der Klimawandel wird dabei zu einer Ware.

Mit der Unterzeichnung des -Kioto-Protokolls von 1997 haben sich die Industrienationen und die Schwellenländer dazu verpflichtet, ihren Ausstoß an Treibhausgasen um mindestens fünf Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Dieses Ziel sollte durch die Umsetzung verschiedener, vor allem vom Markt dominierten Mechanismen erreicht werden. Bis zum Jahr 2006 hatte der Ausstoß der Treibhausgase in Relation zu 1990 allerdings um 9,1 Prozent zugenommen. Die Marktmechanismen haben keine maßgebliche Reduktion der Emissionen erreicht. Dies zeigt, dass der Markt weder dazu fähig ist, das globale Finanz- und Produktionssystem zu regulieren, noch den Ausstoß der Treibhausgase zu begrenzen. Der Markt schafft einzig neue Gelegenheiten für Geschäftemacherei von InvestorInnen und Konzernen.

Während die USA und die EU den Banken 4100 Milliarden US-Dollar zugesprochen haben, um diese aus einer Krise zu retten, die von den Banken selbst verursacht worden ist, erhalten Programme gegen den Klimawandel nur 13 Milliarden US-Dollar.

Hinzu kommt, dass diese Mittel unfair verteilt werden. Es wird wesentlich mehr Geld dafür eingesetzt, die Emissionen zu reduzieren (Abschwächung), als die Folgen des globalen Klimawandels zu verringern (Adaptierung), unter denen alle Länder leiden. So fließt der Hauptanteil der Gelder für Sanierungs- und Entwicklungspläne genau in jene Staaten, welche die Umwelt am stärks-ten verschmutzt haben.

Gleichzeitig bleiben die Versprechungen für Technologietransfers und für die Finanzierung von Programmen zur nachhaltigen Entwicklung in den Ländern des Südens reine Worthülsen. Wir müssen also beim nächsten Klima-gipfel in Kopenhagen einen großen Schritt vorwärts machen, wenn es uns gelingen soll, Mutter Erde und die Menschheit zu retten. Zu diesem Zweck mache ich folgende Vorschläge:

Strukturelle Ursachen

1) Es braucht eine Debatte über die strukturellen Ursachen des Klimawandels. Solange wir nicht das kapitalis-tische System aufgeben und es gegen ein System tauschen, das auf Solidarität, Gemeinschaft und Harmonie zwischen Mensch und Natur basiert, bleiben alle unsere Maßnahmen wirkungslose und gefährliche Symptombekämpfung. Für uns, die indigenen Völker, ist das Modell des «Besser Leben» gescheitert. Wir glauben nicht an die rein an Wachstum orientierte Vorstellung von Fortschritt und die unbegrenzte und grenzüberschreitende Entwicklung auf Kosten anderer und der Natur. Aus diesem Grund sprechen wir stattdessen vom «vivir bien», vom guten Leben in Harmonie mit anderen Menschen und mit der Mutter Erde.

2) Die entwickelten Staaten müssen ihr Konsumverhalten kontrollieren und Schluss machen mit dem Luxus, der Verschwendung und dem exzessiven Brennstoffverbrauch. Subventionen für fossile Brennstoffe müssen abgeschafft und stattdessen alternative und umweltfreundliche Energien entwickelt werden: die Sonnenergie, die Erdwärme, die Wind- und Wasserkraft.

3) Die so genannten Biotreibstoffe stellen keine Alternative dar, da sie die Produktion für Brennstoffe über die Produktion von Lebensmitteln stellen. Sie weiten die Agrarproduktion aus und zerstören dadurch die Wälder und die Biodiversität. Sie lassen Monokulturen entstehen, begünstigen die Landkonzentration in den Händen weniger, verschlechtern die Bodenqualität, erschöpfen Wasserressourcen, treiben die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe und führen häufig zum Konsum von noch mehr Energie.

Zusagen einhalten

4) Die Industrienationen müssen ihre Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausemissionen um mindesten fünf Prozent unter das Niveau von 1990 bis zum Jahr 2012 strikt einhalten. Es ist nicht akzeptabel, dass dieselben Staaten, die in der Vergangenheit den Planeten verschmutzt haben, nun Versprechen für noch mehr Reduktionen in der Zukunft abgeben, ohne sich an ihre gegenwärtigen Verpflichtungen zu halten.

5) Die Industrienationen müssen neue Mindestverpflichtungen eingehen und eine Reduktion der Treibhausgase um vierzig Prozent bis 2020 und um neunzig Prozent bis 2050 anstreben, ausgehend vom Stand der Emissionen von 1990. Diese Reduktion muss in den Staaten selbst umgesetzt werden und kann nicht durch flexible Marktmechanismen wie mit dem Handel von Emissionszertifikaten erreicht werden. Entsprechend müssen wir Systeme zur Kontrolle, Messung und Dokumentation entwickeln, die transparent und für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

6) Jene Entwicklungsstaaten, die in der Vergangenheit nicht zur Verschmutzung der Umwelt beigetragen haben, müssen ihren Raum auch weiter schützen dürfen sowie eine alternative und nachhaltige Entwicklung umsetzen können, die nicht die Fehler der wilden Industrialisierung wiederholt. Um diesen Prozess zu unterstützen, sind diese Staaten unbedingt auf einen Finanz- und Technologietransfer angewiesen.

Ökologische Schulden

7) Die Industrienationen müssen ihre historisch bedingten ökologischen Schulden anerkennen und für die Entwicklungsstaaten einen «Integrierten Finanzmechanismus» schaffen, der folgende Punkte unterstützt: Sanierungspläne und Programme zur Reduktion der Emissionen wie auch der Folgen des Klimawandels müssen umgesetzt werden; Technologien müssen entwickelt und transferiert werden; auf Naturkatastrophen, die vom Klimawandel ausgelöst sind, muss besser reagiert werden; nachhaltige und umweltfreundliche Entwicklungspläne müssen realisiert werden.

8) Um tatsächlich wirksam sein zu können, muss dieser «Integrierte Finanzmechanismus» auf finanzielle Zuwendung in der Höhe von mindestens einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Industriestaaten zählen können. Zudem muss er Beiträge erhalten aus Abgaben auf Erdöl und Erdgas, auf Finanztransaktionen, auf Meeres- und Lufttransporte sowie auf die Profite der transnationalen Konzerne.

9) Diese Beiträge der Industrienationen müssen zusätzlich geleistet werden und dürfen nicht Teil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, bilateralen Förderung oder Hilfsleistungen von Organisationen sein. Jede Form der finanziellen Hilfe außerhalb der Klimarahmenkonvention der Uno (UNFCCC) kann nicht als Erfüllung der Verpflichtung der Staaten im Rahmen der Konvention betrachtet werden.

10) Diese Geldmittel müssen direkt den Plänen oder nationalen Programmen der einzelnen Staaten zugute kommen und dürfen nicht gemäß der Logik des Marktes verteilt werden.

11) Die Geldmittel dürfen nicht nur an einige wenige Industriestaaten verteilt werden, sondern müssen vor allem jenen Staaten zugute kommen, die weniger Treibhausgase freisetzen, die die Natur erhalten und welche vor allem unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben.

12) Der weit reichende finanzielle Mechanismus muss von der Uno verwaltet werden und nicht vom Globalen Umweltfonds oder von anderen Finanzvermittlern wie der Weltbank oder regionalen Entwicklungsbanken; die Leitung muss sich kollektiv, transparent und unbürokratisch verhalten. Sämtliche Entscheidungen müssen zudem gemeinsam von allen Mitgliedstaaten - besonders den Entwicklungsländern - getroffen werden und nicht nur von den Geberstaaten.

Technologietransfer

13) Sämtliche Innovation und technische Entwicklung im Bezug auf den Klimawandel muss lizenzfrei sein und darf nicht unter einem privaten monopolistischen Patentregime stehen.

14) Jedes Produkt aus öffentlich finanzierter Innovation und technischer Entwicklung muss lizenzfrei und für alle Entwicklungsstaaten zugänglich sein.

15) Das System der freiwilligen oder zwangsweisen Freigabe von bereits bestehenden Lizenzen muss gefördert und verbessert werden, damit alle Staaten gratis Zugang dazu haben. Industrienationen sollten ihre Patente und Rechte an geistigem Eigentum nicht als etwas behandeln dürfen, das es mit allen Mitteln zu verteidigen gilt.

16) Das Handeln und Denken in Harmonie mit der Natur, das die indigenen Völker praktizieren, muss wieder belebt und gefördert werden, da es sich über Jahrhunderte hinweg als sehr nachhaltig erwiesen hat.

Mithilfe von allen

17) Programme, Pläne und Aktionen zur Verringerung der Folgen des Klimawandels sollen unter Mithilfe der lokalen Gemeinschaften und der indigenen Völker gefördert werden. Das beste Mittel, den Herausforderungen durch den Klimawandel zu begegnen, sind nicht Marktmechanismen, sondern der Einsatz von motivierten und gut organisierten Menschen, die über eine kulturelle Identität verfügen.

18) Die Reduktion der Emissionen, die durch Abholzung und Schädigung des Waldes entstehen, muss auf einem Mechanismus der direkten Kompensation zwischen den Entwicklungsländern basieren. Die lokalen Gemeinschaften müssen daran beteiligt sein. Es braucht zudem transparente und öffentlich zugängliche Mechanismen zur Kontrolle, Dokumentation und Verifizierung.

19) Wir brauchen eine weltweite Organisation für den Schutz der Umwelt und des Klimas, der die weltweiten Handels - und Finanzorganisationen untergeordnet sind. So wäre es möglich, umweltfreundliche und lösungsorientierte alternative Modelle zu fördern. Diese Organisation muss zudem über effiziente Methoden verfügen, durch die sie nachfassen, verifizieren und sanktionieren kann, um sicherzustellen, dass heutige und zukünftige Vereinbarungen auch eingehalten werden.

20) Es ist unabdingbar, die Welthandelsorganisation, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und das gesamte internationale Wirtschaftssys-tem einer strukturellen Anpassung zu unterziehen. Nur so kann in Zukunft ein fairer und sich ergänzender Handel garantiert werden. Und nur so kann ohne Bedingungen eine nachhaltige Entwicklung finanziert werden, die Verschwendung vermeidet.

Die Menschheit ist fähig, die Erde zu retten, aber nur, wenn wir uns auf die Prinzipien der Solidarität und der ergänzenden Harmonie mit der Natur besinnen - und uns lossagen von der Herrschaft des Wettbewerbs, des Profitdenkens und des ungezügelten Konsums der natürlichen Ressourcen.

Juan Evo Morales Ayma ist seit Januar 2006 Präsident von Bolivien. Er ist der erste Angehörige einer indigenen Bevölkerungsgruppe, der dieses Amt in Bolivien bekleidet. Er schrieb den vorliegenden Text anlässlich des Uno-Klimagipfels in Poznan.

Die vollständige Fassung (auf Englisch) finden Sie unter dem Titel «Save the planet from capitalism» auf der Webseite: www.zcommunications.org/zspace/evomorales sowie (auf Spanisch) unter www.earthpeoples.org.
http://www.woz.ch/artikel/archiv/17299.html

Yash Tandon

Der Westen und der Rest der Welt

Die so genannte Finanzkrise hat nicht nur Auswirkungen auf den globalen Norden, sondern strahlt auf den globalen Süden aus. Aus globalisierungskritischer Perspektive ist es von höchster Wichtigkeit, die Veränderungen im Süden zu verstehen. Wir übernehmen hier einen Artikel von Yash Tandon, der am 8. Oktober 2008 im dailytimes-nigeria abgedruckt wurde.

Die von den USA geführte, schuldenfinanzierte globale Wirtschaft ist am Zerfallen. Welche Lektionen können die Politiker und Führungskräfte des globalen Südens aus dem Finanzkollaps des westlichen Kapitalismus lernen?

Die erste Lektion ist sicher, dass im Gegensatz zu den herrschenden Überzeugungen **der Markt keine sich selbst korrigierenden Mechanismen besitzt**. In der gegenwärtigen Krise beobachten die „Marktmacher“ nervös von der Tribüne aus, wie der US-Kongress und die Politiker sich zusammentun, um zu beratschlagen, wie die Banken zu retten wären.

In unzähligen Berichten und politischen Empfehlungen von „Experten“ des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) sowie von Politikern des Nordens wurden den Politikern und Führungskräften des Südens vorgeschrieben, dass sie ihre Wirtschaften gefälligst dem Markt zu unterwerfen hätten.

Noch am 9. Februar dieses Jahres sagte der EU-Handelskommissar Peter Mandelson in Cambridge, wenn der Süden seine Märkte nicht liberalisiere, müsste er durch Anwendung der Reziprozitätsregeln der WTO dazu gezwungen werden. Das ist Teil der neoliberalen Rhetorik.

„Wenn Firmen bankrott gehen, lass es zu. Jedwede staatliche Intervention oder Abfedern von Härtefällen ist zu vergleichen mit der Pflege sterbender Patienten. Im Lauf der Zeit werden die Länder ihre „Nische“, ihren Vorteil in der globalen Produktions- und Handelskette finden.“

Wenn die Menschen in der Zwischenzeit leiden, muss man ihnen klar machen, dass dies notwendige Anpassungsschmerzen sind. Wenn Millionen von Kleinbauern der Lebensmittel- und Baumwollproduktion im Süden untergehen, weil der „freie Markt“ weitere Liberalisierung des globalen Markts fordert, dann ist das für sie und ihre Familien eben Pech. Diese Logik wird nun paradoxerweise auf den Kopf gestellt, wenn es darum geht, die monolithischen Finanzinstitute des Nordens zu retten und die Arbeitsplätze und Hypotheken derer zu schützen, die, ohne dass sie was dafür konnten, Opfer der Krise um die Subprime-Hypotheken wurden.

Die zweite Lektion der Finanzkrise ist, dass **Menschen doch eine Bedeutung haben**. Während der US-Wahlen zeigte sich, dass Menschen, die so lang ignoriert wurden, plötzlich wieder zählten.

Es gibt allerdings einen wichtigen Unterschied zwischen dem Norden und dem Süden. Im Norden warten die Menschen bis zur nächsten Wahl, im Süden gehen sie sofort auf die Strasse. Im Norden warten sie wie passive Beobachter darauf, dass Politiker und Banker ihr Schicksal entscheiden.

Im Süden nehmen die Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände und bringen abrupte Regierungswechsel zustande (auch Militärcoups) oder sie stimmen mit ihren Füssen ab, migrieren in Nachbarländer oder in den Norden. Das sind Verallgemeinerungen, aber sie enthalten ein Kern Wahrheit. Menschen im Norden und im Süden leben unter unterschiedlichen Bedingungen und handeln im Rahmen dieser Bedingungen und der staatlichen Institutionen. Wenn der Norden vom Süden verlangt, dass er das Regierungssystem und die Demokratie des Nordens kopieren soll, dann bedeutet dies, historische Realitäten zu ignorieren.

Als **dritte Lektion** ist aufzuführen, dass **die Krise dem kapitalistischen System inne wohnt**. Walden Bello, führender Analyst von Focus on Global South, erklärt die gegenwärtige Finanzkrise mit der Überproduktion von Kapital und dem ungenügenden Konsum der Massen. Und das ist tatsächlich der Fall.

Auf der einen Seite werden grosse Mengen fiktiven Kapitals wie z.B. Collateral Debt Obligations (CDOs) angehäuft. (CDOs sind clevere Instrumente, die AAA-gesicherte- Anlagen mit wertlosen – oder „toxischen“- Papieren vermischen und als gesicherte Papiere gelten, welches die Grundlage der Subprime-Krise ist).

Andererseits, während die Eliten der Firmen Millionen verdienen (Goldmann-Sachs: 30000 Angestellte verdienten $ 600’000 im Jahr und sein Vorstandsvorsitzender $68 Mio.), sind Millionen Menschen in den USA hoch verschuldet. Sie können sich keine zwei Mahlzeiten am Tag leisten, ihre medizinischen Rechnungen nicht begleichen, oder ihre Hypotheken nicht bedienen.

Neben der Überproduktion von Kapital und dem mangelndem Konsum der Massen ist die Tatsache, dass der Kapitalismus **in seinem Wesen** ein **anarchisches System** ist, eine der grundsätzlichen Ursachen der Finanzkrise. **Adam Smiths** unsichtbare Hand, in der Jedermanns Gier die Basis für das soziale Wohl ist, wirkt als **Formel der Anarchie**.

Schumpeter idealisiert den Kapitalismus als einen Prozess „konstruktiver Zerstörung“. In der Geschichte zeigt sich indessen die tägliche, schreckliche Zerstörung menschlichen Lebens, der Kultur und der Umwelt (deren Ende noch nicht abzusehen ist), verursacht durch neoliberale Politik. Es ist ein fragwürdiges Kompliment für Adam Smith, dass seine Theorien in den unterschiedlichsten Ausformungen so langlebig sind, jetzt zum Ende in der Form des Neoliberalismus. Aber es ist nun an der Zeit, den Geist von Adam Smith zur Ruhe zu bringen.

Kein Weg führt zurück zum Neoliberalismus nach dieser Subprime-Krise und der Verstaatlichung der Banken und ihrer globalen Vermögen. Der **Neoliberalismus** ist **tot** oder stirbt einen langsamen Tod.

Die **vierte Lektion** ist die Erkenntnis, dass die Führungskräfte des Nordens und die Finanzkapitäne nicht mehr vorgeben, die Natur der Krise ganz zu verstehen. Sie gestehen, dass sie nicht wissen, wel-

che Art von „wahrem Wert“ mit aufgeblasenen Schulden behafteten kommerziellen Papieren (wie die CDO) zugrunde liegt.

Sie reden davon, "giftige" oder "verkrebste" Papiere aus dem System zu nehmen, aber niemand weiß, wie das geschehen soll. Niemand weiß wie der Körper von Krebszellen befreit werden kann. Der ganze Körper metastasiert. Mit anderen Worten: hier liegt eine Realitätsverkennung vor. Sie wissen es einfach nicht. Das **alte Paradigma**, das ihr Selbstverständnis bildete, ist **zusammengebrochen**.

Sie mögen das Unmögliche versuchen, um Zerbrochenes wieder zu reparieren (wie, weiß niemand), aber das Krebsgeschwür wird sicher weiter wachsen. Das System steuert auf einen dramatischen Untergang zu.

Es gibt noch eine **fünfte Lektion** für die **Führungskräfte des Südens**: Zu lange haben sie den Neoliberalismus als All-Heilmittel für die Übel der Armut und des Mangels in ihren Ländern gesehen. Einige fanden eine Rechtfertigung in der Erschaffung von persönlichem Reichtum, der sie in die Reihe der reichsten Hundert Menschen der Welt des Magazins Fortune brachte. Aber die Bevölkerung ihrer Länder leidet und widersetzt sich jetzt. Im Widerstand der Bevölkerung gegen den Versuch Tatas, die neue Autoindustrie nach Bengalen in Indien zu bringen, liegt ein symbolisches Zeichen, wohin die Zukunft weist, und die Führer tun gut daran, dieses Zeichen zu beachten.

Die Führer des Südens, die dachten, es gäbe keine andere Möglichkeit als die Integration in die globalisierte Welt, und sogar die, die von einer „fairen Globalisierung“ sprachen, müssen einen Schritt zurücktreten und ihre Position revidieren.

Die Industriekapitäne und die Besitzer privater Vermögen im Süden könnten jetzt versucht sein, Vermögen und Banken im Norden billig zu erwerben. Es ist aber unwahrscheinlich, dass die Regierungen des Nordens, die sie verstaatlicht haben, dies zulassen werden. Dass sie soweit „entstaatlicht“ werden, dass der Besitz und die Kontrolle in die Hände der Finanz- und Industrieriesen des Südens geraten.

China mag die Werkstatt der Welt sein, Indien ihr Kommunikationszentrum und Brasilien ihre Farm. Aber zu erlauben, dass China, Indien und Brasilien die Befehlszentren der Wirtschaft des Nordens besetzen, wäre für den Norden selbstmörderisch. Das **Kapital des Südens** wäre stattdessen besser und profitabler genutzt, wenn es **in die Entwicklung des Südens investiert** würde und zur Verbesserung der kollektiven Fähigkeit, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen.

Was wir in den nächsten Jahrzehnten besonders zwischen den älteren Industrieländern des Nordens und den neu industrialisierten Ländern des Südens beobachten werden, ist ein **verstärkter Wettbewerb um die globalen Ressourcen** von Öl, Energie, Land, Wäldern, Wasser, Mineralien usw.

Der Kapitalismus hat über 400 Jahre Raubbau betrieben mit den verheerenden ökologischen Folgen der globalen Erwärmung, Dürren, Wassermangel, Bodenschäden, Waldsterben, Gletscherschmelzen, Destabilisierung des asiatischen Monsuns usw.

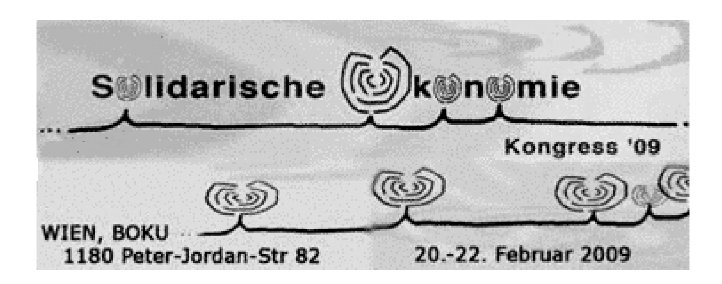
Dies hat zu Umweltmigration (wir haben also Umweltflüchtlinge ebenso wie wirtschaftliche und politische Flüchtlinge) und Landnutzungskonflikten geführt. Wir beobachten nicht nur das Abschmelzen des globalen Finanzmarkts, sondern auch des kapitalistischen und ökologischen Systems. Daher ist die **letzte Lehre** aus der gegenwärtigen Konjunkturkrise des Finanzsystems, dass die Führer des Südens sich in eine Diskussion mit ihrer Bevölkerung begeben müssen, im Versuch, eine **andere Welt** zu schaffen. Eine Welt, die **auf einem anderen Paradigma gründet, im Gegensatz zu dem 400-jährigen kapitalistischen Paradigma, das sich jetzt in Auflösung befindet**.

Yash Tandon, geschäftsführender Direktor des South Centre, Genf, ist der Autor von Ending Aid Dependence (Hilfsabhängigkeit beenden), das beim kürzlich abgeschlossenen, in Accra/Ghana gehaltenen 3. High Level Forum on Aid Effectiveness (Spitzenforum zur Wirksamkeit von [Entwicklungs-]Hilfe) herausgegeben wurde.

Übersetzung Bernt Lampe
Lektoriert Jutta Pflugmacher

http://www.schweiz.attac.org/Der-Westen-und-der-Rest-der-Welt

Kongress Solidarische Ökonomie in Wien, 20. – 22. Februar



Gemeinsam mit der Kritik an der neoliberalen Globalisierung entstanden in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere in Lateinamerika, aber auch anderswo, vielfältige Projekte solidarischer Ökonomie. Von Genossenschaften, selbstverwalteten Betrieben, interkulturellen Gärten bis zu Open Source und Freier Software gibt es auch in Europa eine große Bandbreite alternativer Wirtschaftsformen. Vor zwei Jahren fand in Berlin ein überaus erfolgreicher Kongress mit dem Titel "Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus" statt.

Vom 20. bis 22.Februar setzt die Bewegung nun auch in Wien einen Auftakt. Bereits über 100 Workshops, Filme, Vorträge usw. wurden angemeldet.
Attac beteiligt sich mit fünf Workshops zu den Themen Öffentliche Dienste, feministische Ökonomie, Gesundheit für alle und Ernährungsouveränität, sowie mit einem Beitrag der deutschen Bundes-Ag speziell zu Aktivitäten rund um den Begriff Solidarische Ökonomie.

www.solidarische-oekonomie.at

Walden Bello

Der heraufziehende kapitalistische Konsens

„Viele Progressive befinden sich immer noch im letzten Krieg, dem Krieg gegen den Neoliberalismus“

Wie zu erwarten, haben die schnellen Auflösungserscheinungen der Weltwirtschaft zusammen mit dem Aufstieg eines afro-amerikanischen Liberalen ins Amt des US-Präsidenten Millionen die Welt an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter sehen lassen. Einige der Neuernennungen des künftigen **Präsidenten Barack Obama** haben auf jeden Fall Skepsis hervorgerufen – speziell die des ehemaligen Finanzministers Larry Summers zum Chef des nationalen Wirtschaftsrats, des Vorsitzenden der New Yorker Zentralbank Tim Geithner zum Finanzminister und des ehemaligen Bürgermeisters von Dallas, Ron Kirk, zum Handelsbeauftragten. Aber das Gefühl, dass die alten neoliberalen Rezepte nachhaltig diskreditiert sind, hat viele davon überzeugt, dass die neue demokratische Führung der größten Wirtschaftsmacht der Welt mit den fundamentalistischen Markt-Politiken brechen wird, die seit Beginn der 1980er Jahre regiert haben.

Eine wichtige Frage ist natürlich, wie entschlossen und endgültig der Bruch mit dem Neoliberalismus sein wird. Andere Fragen betreffen dagegen den Kern des Kapitalismus selbst. Werden öffentliches Eigentum und staatliche Eingriffe und Kontrolle nur benutzt, um den Kapitalismus zu stabilisieren und die Kontrolle anschließend wieder an die Führung der Unternehmen zurückzugeben? Wird es eine neue Runde keynesianischen Kapitalismus´ geben, wo der Staat und die Unternehmensführungen mit den Gewerkschaften eine auf einer Industriepolitik, Wachstum und hohen Löhnen basierende Partnerschaft ausarbeiten – aber diesmal mit einem grünen Touch? Oder werden wir Zeuge einer grundlegenden Änderung in Richtung eher öffentlicher Besitzverhältnisse und Kontrolle der Wirtschaft? Das System des weltweiten Kapitalismus lässt sich zwar nur begrenzt reformieren, aber zu keinem anderen Zeitpunkt in dem vergangenen halben Jahrhundert schienen diese Grenzen fließender zu sein als jetzt.

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat bereits eine Position abgesteckt. Er erklärte, dass der „laissez-faire-Kapitalismus tot ist“ und schuf einen strategischen Investitionsfonds mit 20 Milliarden Euro, um technologische Innovationen zu fördern, hochentwickelte Industrie in französischen Händen zu halten und Arbeitsplätze zu retten. „Was wird von der französischen Wirtschaft übrig sein, wenn wir einmal keine Züge, Autos, Flugzeuge und Schiffe mehr bauen?“, stellte er kürzlich die rhetorische Frage. „Erinnerungen. Ich werde aus Frankreich nicht einfach ein Touristenland machen.“ Diese Art aggressiver Industriepolitik, die zum Teil darauf abzielt, die alte weiße Arbeiterklasse des Landes für sich zu gewinnen, kann Hand in Hand gehen mit der ausschließenden Anti-Immigrationspolitik, mit der der französische Präsident assoziiert wird.

Weltweite Sozialdemokratie

Aber ein neuer nationaler Keynesianismus á la Sarkozy ist nicht die einzige Alternative für die globalen Eliten. Angesichts der Notwendigkeit, in einer Welt, in der sich die Machtverteilung zum Süden hin verschiebt, für ihre Interessen werben und dafür weltweit Legitimität herstellen zu müssen, könnten die westlichen Eliten einen Ableger aus europäischer Sozialdemokratie und New Deal-Liberalismus attraktiver finden, den man „weltweite Sozialdemokratie“ oder **GSD** nennen könnte.

Noch bevor der volle Umfang der Finanzkrise an den Tag kam, hatten Befürworter einer GSD diese als Alternative zur neoliberalen Globalisierung ins Spiel gebracht, als Antwort auf die durch letztere hervorgerufenen Belastungen. Eine der Personen, die mit ihr in Verbindung gebracht werden, ist der britische Premierminister Gordon Brown, der mit der teilweisen Verstaatlichung der Banken als Erster in Europa auf die finanzielle Kernschmelze antwortete. Brown, der allgemein als der Pate der „Make Poverty History“-Kampagne in UK angesehen wird, schlug noch in seiner Funktion als britischer Finanzminister vor, eine, wie er es nannte, „Allianz im Kapitalismus“ zwischen Markt- und staatlichen Institutionen zu gründen, die auf der Weltbühne das reproduzieren würde, was nach seinen Worten Franklin Roosevelt für die nationale Ökonomie getan hatte, nämlich „sich der Vorteile des Marktes zu versichern und gleichzeitig seine Auswüchse zu zähmen“. Das müsste ein System sein, sagte Brown, das „alle Vorteile globaler Märkte und Kapitalflüsse nützt, die Störrisiken minimiert, für alle die größtmöglichen Chancen schafft und den Verwundbarsten hilft – kurz, die Wiedereinführung von staatlichen Zielvorstellungen und hohen Idealen in die internationale Wirtschaft“.

In Browns Diskurs über die weltweite Sozialdemokratie stimmten so unterschiedliche Leute ein wie der Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs, George Soros, der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan, der Soziologe David Held, Nobelpreisträger Joseph Stieglitz und sogar Bill Gates. Im Detail war die Position dieser Leute selbstverständlich unterschiedlich, aber ihre Perspektiven zielten in die gleiche Richtung: eine Reformierung der gesellschaftlichen Ordnung und eine Wiederbelebung des ideologischen Konsenses hinsichtlich eines globalen Kapitalismus.

Unter anderem werden von den Befürwortern der GSD folgende Schlüsselpunkte genannt:

- Globalisierung ist im Grunde genommen gut für die Welt, die Neoliberalen haben beim Management und der öffentlichen Darstellung einfach schlechte Arbeit geleistet.
- Es ist dringend notwendig, die Globalisierung aus den Fängen der Neoliberalen zu retten, da sie umkehrbar ist und dieser Prozess der Umkehrung in Wirklichkeit möglicherweise schon begonnen hat.
- Wachstum und Fairness können miteinander in Konflikt geraten, in welchem Falle Fairness an erster Stelle stehen muss.
- Auf Dauer bringt Freihandel möglicherweise keine Vorteile und führt zur Verarmung der Mehrheit [der Menschen], deshalb ist es wichtig, dass Handelsabkommen Vereinbarungen für soziale und Umweltverträglichkeit enthalten.
- Einseitigkeit muss vermieden werden und gleichzeitig müssen die multilateralen Institutionen und Vereinbarungen von Grund auf erneuert werden – ein Prozess, der die Abschaffung oder Neutralisierung einiger dieser Vereinbarungen wie zum Beispiel des Abkommens über handelsbezogene Rechte des Geistigen Eigentums (TRIPS) der WTO einschließen könnte.

- Die globale Marktintegration muss von einer weltweiten sozialen Integration, das heißt von einer Reduzierung von Ungleichheit sowohl in den Ländern wie zwischen ihnen, begleitet werden.
- Die weltweiten Schulden der Entwicklungsländer müssen gelöscht oder radikal reduziert werden, damit die daraus resultierenden Einsparungen zur Stimulierung der einheimischen Wirtschaft genutzt werden können und so zur weltweiten Ankurbelung der Konjunktur beitragen.
- Armut und die Zerstörung der Umwelt sind so schwerwiegend, dass der Norden im Rahmen der „Millenniumsziele" ein massives Hilfsprogramm oder „Marshall-Plan" für den Süden einrichten muss.
- Es muss eine „zweite grüne Revolution" geben, speziell in Afrika, und zwar über den breiten Einsatz genetisch veränderten Saatguts.
- Um die Weltwirtschaft auf umweltfreundlichere Wege zu bringen, muss massiv investiert werden, wobei den Regierungen eine führende Rolle zufällt. („Grüner Keynesianismus" oder „Grüner Kapitalismus").
- Zur Lösung von Problemen muss die Betonung auf Diplomatie und „sanfter Gewalt" liegen, nicht auf Militäraktionen, obwohl im Fall von Völkermord humanitäre militärische Interventionen unternommen werden müssen.

Die Grenzen einer weltweiten Sozialdemokratie

[Die Idee einer] weltweiten Sozialdemokratie ist bisher wenig beachtet worden, vielleicht weil sich viele Progressive immer noch im letzten Krieg befinden, dem Krieg gegen den Neoliberalismus. Kritik ist aber dringend notwendig, und nicht nur, weil GSD die wahrscheinlichste Nachfolgerin des Neoliberalismus ist. Viel wichtiger ist, dass GSD, trotz einiger positiver Elemente, wie das alte sozialdemokratische keynesianische Muster, eine Reihe problematischer Punkte enthält.

Die **Kritik** könnte mit der Problematisierung von vier zentralen Elementen der GSD-Perspektive beginnen.

Erstens, wie der Neoliberalismus hat GSD eine **Vorliebe für Globalisierung**, der Unterschied liegt hauptsächlich darin, dass sie verspricht, die Globalisierung besser zu verkaufen als die Neoliberalen. Das ist aber nichts anderes, als zu sagen, dass ein von Natur aus gesellschaftlich und ökologisch äußerst zerstörerischer Prozess attraktiv und akzeptabel gemacht werden kann, indem man einfach die Dimension „weltweite soziale Integration" hinzufügt. GSD geht von der Annahme aus, dass die Menschen tatsächlich Teil einer funktionell integrierten Weltwirtschaft sein wollen, in der die Barrieren zwischen national und international verschwunden sind. Aber wollen die Menschen nicht in Wirklichkeit lieber Teil von Ökonomien sein, die lokal kontrolliert und vor den **Unwägbarkeiten der internationalen Wirtschaft** geschützt sind? Tatsächlich unterstreicht die derzeitige schnelle Talfahrt der miteinander verbundenen Ökonomien die Gültigkeit eines der Hauptkritikpunkte der Antiglobalisierungsbewegung am Globalisierungsprozess.

Zweitens, wie der Neoliberalismus hat GSD eine **Vorliebe für den Markt** als Hauptmechanismus für Produktion, Distribution und Konsum, der Unterschied liegt hauptsächlich darin, dass sie staatliche Aktionen zur Lösung von Marktversagen propagiert. Gemäß Jeffrey Sachs in „The End of Poverty" braucht die Welt eine Art von Globalisierung, mit der eine „Zügelung der beachtlichen Kräfte von Handel und Investitionen verbunden ist, während gleichzeitig Beschränkungen anerkannt und durch kollektive Aktion ausgeglichen werden". Das ist etwas völlig anderes als zu sagen, dass die Bürger und die Zivilgesellschaft die Hauptentscheidungen in der Wirtschaft treffen und der Markt, wie die Staatsbürokratie, nur ein Ausführungsmechanismus der demokratischen Entscheidungsfindung ist.

Drittens, GSD ist kein partizipatorisches Projekt, in dem Initiativen von unten nach oben aufsteigen, sondern **ein technokratisches Projekt,** in dem Experten Reformen ausbrüten und der Gesellschaft von oben aufzwingen.

Viertens, GSD kritisiert den Neoliberalismus, **akzeptiert** aber gleichzeitig den Rahmen des **Monopolkapitalismus**, der im Prinzip darauf basiert, Profit zu ziehen aus der ausbeuterischen Gewinnung von Mehrwert aus Arbeit, der durch die inhärenten Tendenzen zur Überproduktion von einer Krise zur nächsten taumelt und der dazu tendiert, auf seiner Suche nach Profitabilität bei der Umweltverträglichkeit bis an die Grenzen zu gehen. Wie der herkömmliche Keynesianismus innerhalb eines Staates sucht GSD weltweit nach einem neuen Klassenkompromiss, der von neuen Methoden zur Begrenzung oder Minimierung der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus begleitet wird. So wie die alte Sozialdemokratie und der New Deal den nationalen Kapitalismus stabilisierten, besteht die geschichtliche Funktion der GSD darin, **die Widersprüche des derzeitigen globalen Kapitalismus zu glätten** und ihm nach der vom Neoliberalismus verursachten Krise und Chaos wieder **Legitimität zu verschaffen**. Eigentlich handelt es sich bei GSD um Sozialmanagement.
Obama hat ein Talent dafür, unterschiedliche politische Diskurse rhetorisch zu überbrücken. In wirtschaftlicher Hinsicht ist er ebenfalls ein „unbeschriebenes Blatt". Wie FDR [Franklin D. Roosevelt] ist er nicht den Rezepten des alten Regimes verpflichtet. Er ist ein Pragmatiker, für den erfolgreiches Sozialmanagement das Schlüsselkriterium ist. Er ist also bestens dafür geeignet, diese ambitionierte reformistische Unternehmung anzuführen.

Weckruf für Progressive

Während die Progressiven auf ganzer Linie Krieg gegen den Neoliberalismus führten, sickerten reformistische Gedanken in kritische Kreise des Establishments ein. Man ist nun dabei, dieses Denken in Politik umzusetzen, und die Progressiven müssen Überstunden machen, um sich damit zu beschäftigen. Es ist nicht einfach damit getan, von der Kritik zu Rezepten überzugehen. Die Herausforderung besteht vielmehr darin, die Grenzen in den politischen Vorstellungen der Progressiven zu sprengen, die die Aggressivität der neoliberalen Heerausforderung in den 1980ern zusammen mit dem Zusammenbruch der bürokratischen sozialistischen Regimes zu Beginn der 1990er Jahre ihnen aufgezwungen hatte. **Die Progressiven sollten wieder unerschrocken nach Modellen sozialer Organisation streben, die offen auf Gleichheit und partizipative soziale Kontrolle sowohl der nationalen wie der globalen Wirtschaft als Vorraussetzung für kollektive und individuelle Befreiung abzielen.**
Wie beim alten keynesianischen Regime der Nachkriegszeit handelt es sich bei GSD um **Sozialmanagement**. Im Gegensatz dazu geht es bei progressiven Perspektiven um **soziale Befreiung**.

Walden Bello ist Kolumnist für Foreign Policy In Focus, führender Analyst beim in Bangkok angesiedelten Focus on the Global South, Präsident der Freedom from Debt Coalition und Professor für Soziologie an der Universität der Philippinen.
26.12.2008 — Foreign Policy in Focus
http://zmag.de/artikel/der-aufziehende-kapitalistische-konsens

Stephan Krull

Der Motor stottert: Abbruch oder Umbau?

Krise als Chance zum Umbau der Automobilindustrie?

1. Die Wahrnehmung der Krise

Dass wir es mit einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise zu tun haben, bestreiten CDU und SPD nicht länger, Lautsprecher der Neoliberalen wie Rürup können die Krise nicht mehr leugnen. Auf Nachfrage, ob der Kapitalismus obsolet sei, fällt dem „Wirtschaftsweisen" Hans-Werner Sinn nichts ein als die Aussage, „diese Frage stelle sich gar nicht". In der Automobil- und Zulieferindustrie, der Investitionsgüterindustrie, in Handel und Handwerk sind Hunderttausende auf Kurzarbeit gesetzt, zehntausende Zeit- und LeiharbeiterInnen verlieren aktuell den Job; sie waren bisher massiv benachteiligt und sind nun die ersten, bei denen die Krise brutal ankommt. Die Schärfe der Krise liegt im Zusammentreffen von Finanzmarktkrise und zyklischer Krise des kapitalistischen Produktionssystems (1), weitere Krisenursachen sind Profiterwartungen über 20%, die im Produktions- und Dienstleistungsbereich ohne schärfste Ausbeutung und Betrug nicht zu bringen sind, von den Vorständen um ihrer eigenen Boni willen aber gefordert.

Die Fragen sind also, wer die Lasten trägt und ob die Auto- und Zulieferindustrie als weltweite Schlüsselindustrie sozial-ökologisch umstrukturiert werden kann?

In Deutschland sind in diesem Industriezweig über 700.000 Menschen beschäftigt, viele im Handel, den Werkstätten, der Mineralölindustrie, bei Tankstellen, der Stahlindustrie, der chemischen Industrie, der Reifenindustrie, in der Logistik usw., insgesamt fast 10% aller Arbeitsverhältnisse, ähnlich in Frankreich, Italien und Spanien, seit einigen Jahren auch in Polen, Tschechien, Slowakei und Rumänien. Wenn die durch die Krise sinkenden Steuereinnahmen und die daran hängenden Arbeitsplätze hinzugerechnet werden, wird die Arbeitsplatzvernichtung dramatisch. Produktivkräfte werden zu Destruktivkräften.

Ob diese Krise ein besserer Lehrmeister als die vorangegangenen wird, wird sich zeigen. Wohl werden Unternehmen mit verschiedenen Kulturen unterschiedliche Antworten und ihren spezifischen Weg aus der Krise suchen. Die Absicht ist die gleiche, nämlich die Konkurrenz zu vernichten, um bessere Ausgangspositionen für die nächste Runde in der Konkurrenz zu haben. Welche Rolle Betriebsräte dabei spielen, zeichnet sich ab: Sie werden im Interesse ihrer Belegschaften mit den jeweiligen Konzernleitungen darum kämpfen, dass „ihr Konzern" oder „ihr Standort" überleben wird. Das ist bei Opel so, wo das US-Management „das Geld zum Fenster rauswirft" und für die Krise verantwortlich erklärt wird oder bei VW, wo „die Banker" als Krisen-Verursacher ausgemacht sind (2), obwohl – z.B. – die fünf Mitglieder des VW-Vorstandes im Oktober mit Aktienverkäufen des eigenen Unternehmens 25 Millionen € kassiert haben. Bei Daimler hat der Betriebsrat angekündigt, dass Arbeitszeitreduzierung auf 30 Stunden zur Absenkung der Produktion nicht ausreiche. Eine bedeutendere Rolle kommt den Gewerkschaften zu, die die Beschäftigten der Branche und eines Industriezweiges vertreten, die Gesamtinteressen vor Brancheninteressen und vor einzelbetriebliche Interessen zu stellen haben. Auf Basis des politischen Anspruchs der Gewerkschaften muss diskutiert werden, ob eine überlebte Technik (Verbrennen des zur Neige gehenden Erdöls), ein Ressourcen verschlingendes Produkt (Raubbau an begrenzten Vorkommen von Eisen, Kupfer und anderen Metallen), der Klimakiller Auto in einem gesteigerten Ausbeutungsprozess und mit staatlichen Subventionen für eine Schicht von Menschen weiter ungebremst herzustellen ist; noch dazu, wenn mit den Subventionen die Egalisierung sozialer Standards auf niedrigstem Niveau verbunden sein sollte, wie das US-Repräsentantenhaus das bei der Abstimmung im Dezember und die Konzerne im Kanzleramt unisono fordern.

Die tendenziell hohen Benzinpreise, die Anforderung zur Senkung des CO_2-Ausstoßes sind gute Vorzeichen für ein Umsteuern, weil dieses auch im Bewusstsein der Menschen als Erfordernis angekommen ist. Fehlt noch ein starker Antrieb zum Umsteuern im sozialen Bereich – soziale Bewegungen und Gewerkschaften haben einzufordern und durchzusetzen, was nationale Regierungen und Institutionen wie EU, IWF oder Weltbank nicht auf der Tagesordnung haben.

2. Dimensionen der Krise und Krisenerscheinungen:

Die Berater der Autoindustrie haben vor kurzer Zeit ein Wachstum auf 90 Millionen produzierte PKW und NFZ im Jahr 2020 vorausgesagt (3), die Arbeitsplätze seien sicher und die Zahl der Hersteller werde sich auf ca. 20 erhöhen. Während das Jahr 2008 für die europäischen Hersteller mit steigender Produktion, Produktivität und Profiten begann und sich die Prophezeiungen zu erfüllen schienen, hat das 4. Quartal 2008 die Erwartungen gründlich verhagelt. Die Big Three der USA (GM, Ford, Chrysler) kämpfen gegen drohende Insolvenzen, in deren Strudel die Konzern-Töchter Saab, Opel und Volvo unterzugehen drohen. Nicht nur dadurch ist deutlich, dass es sich um eine Krise der Weltautomobilindustrie handelt, überall einbrechende Absatzzahlen sind deutliche Belege. Die PKW-Verkäufe sind im 4. Quartal 2008 um über 20% rückläufig, auf einzelnen Märkten wie USA oder Spanien um fast 50%, selbst in definierten „Zukunftsmärkten" wie Russland und China um etwa 15%. Toyota verkauft in Europa fast 14% weniger, Opel 12%, PSA (Citroen/Peugeot) 7,5%, Daimler 4%, Skoda 3% und VW 2,5%. Ford hat für 2009 die Produktionsplanung um 40% reduziert, deutliche Produktionsrückgänge mit Reduzierung der verausgabten Arbeit bzw. Arbeitszeit gibt es bei allen Herstellern und Zulieferern; Chrysler wird sich nur durch eine Fusion retten können, Daimler findet keinen Käufer für seinen 20%-Anteil an Chrysler – wer will sich denn schon solch einen „Klotz" ans Bein hängen? Die Krise ist der Beginn für weitere Konzentration und Zentralisation von Kapital und Markt mit allen negativen Begleiterscheinungen.
Die Autobanken (Leasing und Kredite) haben Finanzierungsprobleme (4), weil Geschäftsbanken kein Geld mehr zur Verfügung stellen.

Der Automarkt steht vor einem Zusammenbruch oder Umbau, in dessen Ergebnis es die Big Three der USA so nicht mehr geben wird, Fiat sucht einen „strategischen Partner", VW lagert seine LKW-Sparte an MAN aus. Am Ende des Prozesses, während Kapazitäten liquidiert und Konkurrenten ausgeschaltet werden,

wird es – neben den neuen indischen und chinesischen Herstellern – noch 5 bis 6 Massenhersteller geben. Indiz dafür sind die Fusionen oder Kooperationen zwischen Daimler und Chrysler, Renault und Nissan, Daimler und Volkswagen, Ford und Mazda und nicht zuletzt die Übernahme von Volkswagen durch Porsche. Es bleiben Markennamen wie bei VW - LKW's in Brasilien, Autos werden sich weiter äußerlich unterscheiden, Entwicklung und Technik jedoch werden rationalisiert und vereinheitlicht.
Wenn der weltweite Absatz von PKW 20% sinkt, dann sind das ca. 10 Millionen Autos pro Jahr, entsprechend etwa der Kapazität z.B. von Toyota. Die Unternehmen gehen davon aus, dass die Konkurrenz die Überkapazitäten hat („es mag sein, dass es zu viele Autos gibt, auf jeden Fall aber zu wenige von BMW" (5)) und es wird einen gnadenlosen Kampf um die schrumpfenden Märkte geben. Personalabbau und Standortschließungen sind absehbar in der Autoindustrie, schneller noch in der Zuliefer- und Investitionsgüterindustrie. Die Konzerne beschränken sich auf „innovative" Investitionen in Elektroautos, Hybridfahrzeuge, spritsparende Motoren und Leichtbauweise – um Material und Arbeit zu sparen und mit sparsameren Autos Kunden zu halten und den zu Konkurrenzkampf zu bestehen.

3. Politische, unternehmerische und gewerkschaftliche Versäumnisse:

Die Überkapazitäten wurden in den zurückliegenden Jahren mit Subventionen aufgebaut – insbesondere in den ehemals sozialistischen Ländern mit gut ausgebildeter Facharbeiterschaft. In Brandenburg und Sachsen, von Polen bis Slowenien, von Ungarn bis Rumänien haben die Konzerne trotz Milliardengewinnen viele hunderte Millionen € „Investitionsbeihilfen" kassiert. Das ist Teil der Umverteilung von unten nach oben, weil dieses Geld z.B. für Bildung nirgends mehr zur Verfügung stand.
Zu den Fehlentscheidungen gehört die Verkehrspolitik, die auf individuellen Verkehr setzt in einer Zeit, in der Klimakatastrophe und Energiekrise andere Konzepte erfordern. Deshalb sind die Absichten der konzertierten Aktion (6) aus dem Kanzleramt falsch, mehr Autobahnen zu bauen und die Landschaft zu betonieren, wo Schienenausbau sinnvoller und Investitionen in Schulen dringend erforderlich sind.

Die Unternehmen haben in den zurückliegenden Jahren immer hochgerüstetere Modelle entwickelt und neue Fahrzeugklassen erfunden. Wer braucht einen 300-PS-Schlitten, außer als tonnenschweres Symbol der „eigenen" Potenz und Überlegenheit? Abgesetzt wurden diese Karossen oft – in den USA überwiegend – als Leasingfahrzeuge bzw. durch nicht gedeckte Kredite. Der größere Teil wird als Geschäfts- oder Dienstfahrzeug verkauft, von der Steuer abgesetzt und so subventioniert (7). Jetzt wird dieses Segment zum Milliardengrab, weil Spritpreise, CO_2-Emmission und Finanzkrise zu Absatzeinbrüchen und Autohalden führen. Kleine Autos, familienfreundlich, sparsam und sicher, standen nicht oben auf den Auftragszetteln der Entwickler, ebenso wenig neue Verkehrskonzepte, für die sich Mobilitätsunternehmen durchaus zuständig fühlen könnten. Aus betrieblicher Logik haben Konzerne auf Wachstum um jeden Preis gesetzt, aus volkswirtschaftlicher Logik, aus Gründen des Klima- und Ressourcenschutzes, wegen der Energie- und Nahrungsmittelkrise war dieses schon lange falsch.

Selbst die Gewerkschaften haben kaum Lehren aus den vorherigen Krisen gezogen, sie sind aus ihrer geschwächten Position dazu übergegangen, „das Schlimmste zu verhüten". „Das Schlimmste" wäre, wenn Betriebe die Beschäftigten entlassen oder Standorte schließen, auch weil damit die Mitgliederbasis der Gewerkschaft einbricht. Dass eine alte Industrie mit großen Überkapazitäten einem Strukturwandel unterworfen ist und dass es gilt, diesen Veränderungsprozess im Interesse der Beschäftigten und der Menschen insgesamt zu befördern und zu begleiten, konnten die Gewerkschaften aufgrund zum Teil selbst verschuldeter Schwächen nicht leisten. Deshalb haben sie mit betrieblichen Öffnungsklauseln (8), mit partiellen Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen versucht, „Beschäftigung und Standorte zu sichern", aber tatsächlich Ausbeutung und Profite erhöht, zur Konkurrenz beigetragen, wo Solidarität die Aufgabe wäre.
Diese Form der Krisenbewältigung hat beigetragen zur Konzentration (9) der Unternehmen, zur Verschärfung von Ausbeutung und Konkurrenz in der Produktionskette.

4. Die betriebliche Situation:

Produktivitätssteigerungen von 10%, Kostensenkung durch höhere Arbeitsintensität, Einsatz von Leiharbeit und Druck auf Zulieferer kennzeichnen die Situation in den Betrieben. Vorerst wird Kurzarbeit angewandt – betrieblich verordnete Arbeitszeitkürzung ohne Lohnausgleich, gesetzlich verlängerte Kurzarbeit oder Nutzung tariflicher Flexibilität, immer mit Entgelteinbußen der Beschäftigten. Standort- und Betriebsschließungen sind ehr wahrscheinlich als ausgeschlossen, beginnend in der Zulieferindustrie.

Den Zusammenhang von Krisen, Profiten und Löhnen hat der Vertrauenskörperleiter bei VW in Wolfsburg auf den Punkt gebracht (10): „Oft haben wir gesagt, dass so ein System in sich zusammenbricht! Wer traut denn jemanden, der 25% Zinsen verspricht? Das geht nur mit Betrug! Dieses Schneeballsystem ist wie ein Kartenhaus zusammengebrochen! Auch deshalb, weil wir Arbeitnehmer jahrelang verzichtet haben; weil unser Anteil am Erwirtschafteten immer weniger wurde, wussten die Reichen nicht mehr, wohin mit der Kohle. Nun sollen wir die Verluste tragen! Wie wurde uns der Verzicht eingeredet! Aus Stammbelegschaften wurden Leiharbeiter, nur dass die am Ende viel weniger in der Tasche hatte. Lohnverzicht wurde uns von allen Seiten gepredigt. Gleichzeitig stiegen Einkommen und Vermögen von Managern und Eigentümern unermesslich!"

Für Beschäftigte und ihre Familien gibt es keine Planungssicherheit, weil die Produktion „auf Sicht" fährt. Eingeplant werden Produktionsausfälle von 10% bis 20%. Die Unternehmen hoffen, bei sinkendem Absatz und schrumpfenden Märkten ihren Marktanteil erhöhen zu können. Das dieses nicht aufgehen kann, liegt auf der Hand. Wen wird die Katastrophe erwischen? – genau darum geht die Angst in den Betrieben. Aber hoffen und harren hilft nicht! Jetzt muss über Alternativen beraten werden. Es gibt keinen bequemen Weg aus der Krise, der Fahrstuhl nach unten ist besetzt! Wie unverschämt Unternehmen sind, wird an der Verschiebung der Rentenauszahlung bei Opel deutlich – 20 Millionen € zu Lasten der Rentnerinnen und Rentnern – und die Angriffe werden weiter gehen!

5. Die Krise sozial und ökologisch wenden

Kapitalismus in Deutschland war lange sozial verbrämt. Das Wohlstandsdenken und Pleiten, Aktiengewinne und Hartz IV, Milliardärsmessen und Massenentlassungen zwei Seiten einer Medaille sind, wollen viele nicht wahrhaben. Nun ist unübersehbar: Wer Kapitalismus will, bekommt nie nur „soziale Marktwirtschaft", ein von den Mächtigen ungeliebtes Konstrukt, das nötig war in der Sys-

temkonkurrenz der Bi-polaren Welt und deshalb einige soziale Blüten trug. Andererseits: Es gibt ausreichend Konsumgüter und Lebensmittel, aber ungerecht verteilt; der Markt für Automobile ist voll, die globale Expansion vorerst abgeschlossen. Wir stecken in einer Schrumpfung unserer Ökonomie - es ist zu diskutieren, wie wir diese offensiv wenden können.

Wie kann die Wende aussehen, wer wird sie bezahlen? Geld ist, wie bewiesen, da (11). Die Profite der vergangenen Jahre können abgeschöpft und eingesetzt werden, um Alternativen zu denken, zu planen, zu entwickeln und zu produzieren. Die Reichen müssen zu einer Vermögensabgabe herangezogen werden, um diese Zukunftsaufgabe zu packen. Dabei geht es um die Deutsche Bank, um die Milliardärsschicht, Leute wie Porsche, Piëch, die Quandts, Frau Klatten und andere.
Kurzfristig können Alternativen darin bestehen, mit Motoren viele Blockheizkraftwerke zu betreiben, mit optimierten Kleinbussen den Personenverkehr in ländlichen und städtischen Gebieten attraktiver und preiswerter zu gestalten. Langfristig bedarf es eines ökologisch-sozialen Umbaus unter Einbeziehung der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen, um die Konversion unserer Industrie mit den Menschen gemeinsam zu gestalten. Mit den Entwicklungskapazitäten und Qualifikationen in den Betrieben können in neuen Strukturen z.B. Meerwasserentsalzungsanlagen oder Gezeitenkraftwerke gebaut werden, alles arbeitsintensive Anlagen zum Nutzen der Menschheit.
Die Beschäftigten in den Fabriken dürfen in dieser Krisen- und Umbruchsituation nicht allein gelassen werden – Solidarität bedeutet aber nicht, auf eine zukunftsfeindliche Technologie zu setzen. Es darf keine Gelder geben für Technologien und Investitionen, die Menschen und Umwelt gefährden, die zu Lohndumping, Arbeitszeitverlängerung oder Entlassungen führen! Eine Konversion der Automobil- und Zulieferindustrie ist möglich, so können Wissen, Kenntnisse, Fähigkeiten und Arbeitsplätze genutzt und erhalten werden. Die Krise bietet Chancen für das überfällige Umsteuern der Wirtschaft.

6. Arbeitszeitverkürzung so oder so – zivilisiert statt brutal!

Die Zahl derjenigen, die ihren Lebensunterhalt mit Vollzeitarbeit verdienen, ist in den OECD-Staaten rückläufig und eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung alten Typs (40-Stunden-Woche) nicht denkbar. Solche Vollbeschäftigung kann in einem gesättigten Markt (bezogen auf die Industrieländer und das Produkt „Auto" bzw. Mobilität) bei steigender Produktivität nicht aufrechterhalten werden, - schließlich gibt es in Europa über 20 Millionen Erwerbslose. Es ist Zeit, uns einen neuen Begriff von Arbeit und Einkommen zu machen; auch, weil eine Beglückung der Welt mit Autos wie in USA oder Westeuropa unvertretbar ist; die Ressourcen an Rohstoffen und fossilen Brennstoffen erlauben das so wenig wie die durch Produktion und Nutzung emittierten klimaschädlichen Gase. In einer Gesellschaft, in der ein Teil des vorhanden Arbeitspotentials ausreicht, um die Bedürfnisse zu befriedigen, mit denen eine gute Lebensqualität erreicht wird, besteht zur fairen Teilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern und Generationen sowie der Einkommen und Vermögen zwischen Arm und Reich keine Alternative. Es lohnt aber eine Debatte, was wir wirklich zum Leben brauchen, wenn oder - besser noch bevor - vieles zusammenkracht.
Das Problem von weniger Erwerbsarbeit ist nicht die Tatsache selbst, sondern die Einbeziehung unbezahlter gesellschaftlich notwendiger Arbeit, ihre faire Teilung zwischen Männern und Frauen, Jungen und Alten, Erwerbstätigen und Erwerbslosen und die Finanzierung all dieser Arbeit. Das Problem ist nicht ökonomischer sondern machtpolitischer Natur.

Für gute Arbeit gibt es viele Bezugspunkte; stärker als je gehört Arbeitszeitverkürzung dazu, wie sie auch von Gewerkschaftern ins Gespräch gebracht wird (12), wie sie durch Produktionsrückgänge brutal erzwungen wird. Wir erleben Zwangspausen in den Betrieben, die von den Beschäftigten selbst bezahlt werden. Die Situation erfordert jedoch kollektive und radikale Arbeitszeitverkürzung. Arbeitgeber erzwangen Arbeitszeitverlängerungen mit Lohnkürzungen (13), jetzt sollte eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich möglich sein – andernfalls werden mehr Menschen in Arbeitslosigkeit und in Hartz IV gestürzt! Die Arbeitsplatzbilanz wäre besser, als auf Jobgarantien beim Kanzlergipfel zu hoffen, die eine Halbwertzeit von nur einem Tag hatten. Arbeitszeitverkürzung ist betriebswirtschaftlich wegen höherer Produktivität und volkswirtschaftlich wegen vermiedener Kosten für Arbeitslosigkeit und gesicherten Einnahmen für Steuer und Sozialversicherungen die bessere Lösung! Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich (voll für untere Entgeltgruppen, weniger bis gar nicht für höhere Entgeltgruppen) muss durch den Mindestlohn abgesichert werden. Zu guter Arbeit gehört eine Vergütung, die ein würdiges Leben ermöglicht.
Mit der Zurückweisung der Arbeitszeitrichtlinie am 16.12.2008 im EU-Parlament besteht die Möglichkeit, Arbeitszeitverkürzung europaweit zu erkämpfen. Bündnispartner dafür gibt es in allen Ländern, wie die Demonstration des EGB in Straßburg gezeigt hat. So argumentiert auch Lars Henriksson im Beitrag für die Betriebszeitung von Volvo in Malmö (14): „Eine vernünftige Maßnahme wäre, die Arbeitswoche zu verkürzen ohne den Lohn zu kürzen. Es ist verrückt, dass einige länger und härter arbeiten sollen, während andere zur Muße verdammt werden. Statt den Leuten Arbeitslosengeld zu bezahlen, damit sie nicht arbeiten, könnte man das Geld dafür verwenden, dass alle von uns weiter arbeiten, aber weniger Stunden."

7. Solidarität statt Konkurrenz

Tragisch wäre es, würde ein Wettrennen um geringe Löhne, längste Arbeitszeiten und höchste Effektivität beginnen. Von solcher Konkurrenz würden nur die Aktionäre profitieren. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die Solidarität zwischen den Belegschaften zu organisieren. Ihre eigene Zukunft als Tarifvertragspartei und Verhandlungspartner wird damit entschieden. Es geht darum, die Lasten der Krise nicht auf die Menschen abzuwälzen, die die Krise weder verursacht haben noch von ihr profitieren. Solidarität benötigen vor allem benachteiligte Gruppen (Frauen, Jugendliche, Ältere, Migranten) um zu verhindern, dass sie aus den Betrieben gemobbt werden. Dies ist auch erforderlich, um rechten Demagogen keinen Raum zu geben. Es geht darum, soziale Sicherheit zu erkämpfen und zu verteidigen. In diesem Sinne brauchen die Beschäftigten, die Betriebsräte und Gewerkschaften jede Unterstützung, auch durch zugespitzte Forderungen und Aktionen (Produktkonversion, Mindestlohn von 10 €, Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden und eine armutsfeste Grundsicherung), weil eine Offensive gegen die „Weiter so"-Versuche der Politiker und Manager von Banken und Fabriken erforderlich ist.

Wenn staatliche Eingriffe vorgenommen werden, um Betriebe zu stützen, kann das mit Forderungen nach Mitbestimmung und sinnvoller Produktion verbunden werden. Betriebsräte, Gewerkschaften, soziale und ökologische Bewegung sind an den Entscheidungen zu beteiligen –

eventuell mit den schon früher konzipierten Wirtschafts- und Sozialräten. Es ist zu verhindern, dass es um Marktbereinigung (z.B. Vernichtung von General Motors/Opel) geht, um anschließend die alte Produktionsweise unter neuen Konkurrenzbedingungen profitabler fortzusetzen! Dann wäre aus der Krise nur Furchtbares entstanden – und die nächste Krise käme fürchterlicher, weil die Konkurrenz verschärft wäre. Wir kommen um die Diskussion unserer Zukunft nicht herum – es sei denn, wir überlassen sie denjenigen, die die Miseren verursacht haben.

Auch um Konkurrenz zu minimieren ist ein Umbau der Autoindustrie erforderlich. Mit dem Programm „Auto, Umwelt und Verkehr“ (15) war die IG Metall schon weit, daran lässt sich anknüpfen: Verbesserungen bei der Herstellung und Nutzung der Autos, Aufbau eines integrierten Verkehrssystems, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, neue Fahrzeugkonzepte und diese fördernde politische Rahmenbedingungen.

Weitsichtigere Manager hatten ähnliche Überlegungen (16), wurden aber von denen mit „Benzin im Blut“ (Piëch über sich selbst) ausgebremst und abgeschoben. Das grüne Mäntelchen, das sich jetzt die Autohersteller umhängen, ist unglaubwürdig und zu spät; ein „grüner BMW“ ist so unredlich wie ein vegetarisches Raubtier; das wird deutlich an der Polemik gegen die CO_2-Richtlinie und die an Verstöße dagegen gekoppelten Strafen. Es geht nicht um grün lackierte Autos, es geht um alternative Verkehrskonzepte!
Eine solche Konversion wirft Fragen nach Mobilitätsnotwendigkeiten und neuen Verkehrs- und Siedlungskonzepten auf. Für solche Forschung und Entwicklung sind staatliche Gelder notwendig, nicht aber zur Stützung von Banken und Automobilfabriken, nicht zur Sicherung und Wiederherstellung der Macht eben dieser.
Nötig sind Investitionen in den Transport auf Schiene und Wasser, der Gütertransport muss reduziert und von der Strasse verbannt werden. Die Autoindustrie kann zu zukunftsträchtigen Mobilitäts-Lieferanten umgebaut werden, Standorte können zu Innovations- und Experimentierzentren für integrierte Verkehrssysteme gewandelt werden. Durch all das entstehen neue Arbeitsplätze – sinnvoller als die gegenwärtigen.

Ohne die Eigentumsverhältnisse zu berühren, ohne die Verfügungsgewalt und damit die Wirtschaft zu demokratisieren, sind solche Veränderungen nicht zu haben. Aber wann kann der Einfluss von Belegschaften, Gewerkschaften und Öffentlichkeit eingefordert werden, wenn nicht in der Situation, in der der Staat viel Geld ausgibt, um die Wirtschaft in Gang zu halten und beide, Staat und Kapital, in der politischen und ideologischen Defensive sind. Diese Situation ist existenziell für Millionen Menschen, erfordert ein wirksames Eingreifen und legitimiert zu politischen Streiks, wenn die Regierenden ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.
Am Beispiel der Geschichte von Volkswagen und der Auseinandersetzung um das VW-Gesetz wird deutlich, dass wir uns unserer Geschichte nicht und nicht unseres Eigentums berauben lassen dürfen.

1) Jörg Goldberg in „Z“ Nr. 76, 12/2008, „Die Finanzmarktkrise und das neoliberale Akkumulationsmodell“
2) BRV Klaus Franz (Opel) am 10.12. in der Frankfurter Rundschau; und: "Wir sind zu Zugeständnissen bereit", Klaus Franz (FAZ, 9.12.08). BRV Bernd Osterloh (VW) bei der Betriebsversammlung am 9.12.2008 in Wolfsburg
3) Pressinformation des Instituts für Automobilwirtschaft IFA, Geislingen/St., 22.8.2007.
4) Die VW-Bank am 9.12.2008, andere Autobanken werden schnell folgen.
5) Aussage eines ehemaligen BMW-Chefs in den 80er Jahren
6) Die „Konzertierte Aktion“ war in früheren Jahrzehnten der Versuch, die Gewerkschaften in Regierungspolitik einzubinden, Zugeständnisse zu erwirken und Opposition auszuschalten. Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerung waren Folgen – und die Botschaft, wir säßen „alle in einem Boot“.
7) Deshalb der Streit um die „Dienstwagensteuer“
8) IG Metall Tarifvertrag, Pforzheimer Abkommen 2004
9) Dies gilt unabhängig davon, dass die Fusion Daimler - Chrysler gescheitert ist.
10) Betriebsversammlung VW Wolfsburg am 9.12.2008
11) Schui/Spoo, „Geld ist genug da“, Diestel-Verlag Heilbronn
12) IGM-Bezirksleiter Armin Schild (Frankfurt) am 4.12.2008 in der taz: „Betriebsbedingte Kündigungen wollen wir verhindern. Denkbar ist eine Arbeitszeitverkürzung …“
13) VW-Tarifvertrag 2006, Arbeitszeitverlängerung auf 35 Stunden ohne Lohnausgleich
14) Siehe www.vsp-vernetzt.de/sozkoeln/index2.htm
15) Auto, Umwelt und Verkehr, Schriftenreihe der IG Metall Nr. 122, ohne Datum; Verantwortlich für dieses Heft war der damalige IGM-Sekretär Horst Neumann, heute Personalvorstand der VW AG.
16) D. Goedevert, Vorstandsmitglied bei Ford und VW, Auftraggeber der Studie von F. Vester: „Ausfahrt Zukunft“, München 1990

Erschienen in Sozialismus 1/09
http://www.sozialismus.de/socialist/



Kapitalismus am Ende?
Attac-Kongress, 6.-8. März '09 / Berlin

Kapitalismus am Ende?

6. – 8. März 2009, Berlin, Technische Universität

Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Energiekrise, Umweltkrise. Schafft der Kapitalismus sich selbst ab? Mit dem größten Crash an den Finanzmärkten seit der Weltwirtschaftskrise 1929 ist das Modell des Finanzmarktkapitalismus kollabiert. Die Weltwirtschaft rutscht in die Rezession. 3,1 Milliarden Menschen leben in Armut, davon 1,4 Milliarden unterhalb der absoluten Armutsgrenze. Die Klimaerwärmung beschleunigt sich, die fossilen Energien werden knapp.
Immer mehr Menschen reiben sich die Augen und fragen, ob ein Wirtschaftssystem, das solche katastrophalen Krisen hervorbringt, wirklich „das Ende der Geschichte" sein kann. Es ist an der Zeit, über den Kapitalismus zu reden - und vor allem über Alternativen.

Let´s talk about capitalism
Der Attac Kongress vom 6. bis 8. März 2009 in Berlin wird die Bühne werden für die Diskussion der systemischen Ursachen der Krisen und für die gemeinsame Suche nach Alternativen.

http://www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/startseite/

Lars Henriksson

Es ist nicht länger möglich zu sagen: Wir bauen mehr Autos

Aus der Betriebszeitung von Volvo, Göteborg, Schweden

Das Massenprodukt Auto hat große Probleme. Der Markt ist übersättigt, die Einkommen schrumpfen, und das Produkt ist ein Klimakiller ersten Ranges. In der Autoindustrie stehen weltweit Kurzarbeit und Massenentlassungen an. Die Automobilarbeiter kommen um eine Diskussion über die Zukunft des Autos nicht mehr herum. Lars Henriksson arbeitet bei Volvo in Göteborg. Er ist zugleich, was sehr selten ist, aktiv in der Bewegung zur Rettung des Klimas.
Die Krise hat die Automobilindustrie schwer getroffen; im Juni kündigte Volvo Auto, das seit 1999 zu Ford gehört, 1200 Entlassungen in Schweden an, 600 davon sind Arbeiter aus dem Werk Torslanda in Göteborg. Im September erklärte die Geschäftsleitung, es müssten mindestens noch 900 zusätzlich entlassen werden. Auch in der Lkw-Produktion von Volvo wurde Stellenabbau angekündigt.
Lars Henriksson hat daraufhin eine ungewöhnliche Initiative ergriffen: Er will Klimaaktivisten und Automobilarbeiter an einen Tisch bringen. Seine Idee: Die Jobs könnten gerettet werden, wenn statt umweltzerstörender Autos, die sich nicht einmal verkaufen lassen, andere, umweltverträgliche Produkte hergestellt würden. Lars Henriksson hat diese Idee auch unter seinen eigenen Kollegen propagiert.

Aus der Betriebszeitung

In einem Beitrag für die Betriebszeitung Kvasten (Der Besen) schreibt er:

"Die zusätzlichen Entlassungen, mit denen die Geschäftsleitung kürzlich rausrückte, 900 mehr als bisher angekündigt, haben die Stimmung im Betrieb noch weiter gedrückt. Weniges ist so niederdrückend wie wenn man in einer schwierigen Situation nicht in der Lage ist was zu tun. Die Frage ist: Können wir mehr tun als nur das Beste hoffen?
Grundsätzlich haben wir zwei Möglichkeiten: Wir können nichts tun und die Geschäftsleitung weiter machen lassen wie bisher. Wir können die Arme verschränken in der Hoffnung, dass der Sturm vorübergeht und wir heil herauskommen. Wenn wir überlegen, wie die Bosse das Unternehmen bisher geführt haben, und wie es aussieht in der Welt mit dem Bankenkrach, der Klimaerwärmung und dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang, ist das wahrscheinlich keine gute Idee. Niemand von uns wird unbeschadet davon kommen — weder die, die entlassen werden, noch die, die meinen, diesmal sind sie noch davon gekommen. Was können wir dann tun? Die Probleme sind enorm und die Antworten liegen alles andere als auf der Hand, aber aufgeben wäre die schlechteste Antwort. Wir sollten zumindest anfangen, gemeinsam über unsere Zukunft zu reden.
Eine vernünftige Maßnahme wäre, die Arbeitswoche zu verkürzen ohne den Lohn zu kürzen. **Es ist verrückt, dass einige länger und härter arbeiten sollen, während andere zur Muße verdammt werden.** Statt den Leuten Arbeitslosengeld zu bezahlen, damit sie nicht arbeiten, könnte man das Geld dafür verwenden, dass **alle von uns weiter arbeiten, aber weniger Stunden**. (Die hohen Gehälter der Manager könnten dafür leicht ein wenig reduziert werden, ohne dass sie deswegen gleich ins Pfandhaus müssen...)
Das kriegen wir nicht in einer Kaffeepause geregelt und erfordert wahrscheinlich politische Entscheidungen; aber irgendwo müssen wir ja anfangen. Der große Vorteil ist, dass eine solche Entscheidung, ist sie einmal gefällt, leicht umzusetzen ist. Keine umfängliche Konversion ist nötig und hätte sicher sogar noch positive Effekte, weil es weniger Krankheitstage gäbe. Die Forderung ist auch nicht so abwegig. Die schwedischen Gewerkschaften sind mal mit der Forderung nach einer kürzeren Arbeitswoche groß geworden, und viele Gewerkschaften in Europa haben später dafür gekämpft — und gewonnen.

Zukunft ohne Auto
Eine größere Frage ist, ob es langfristig möglich sein wird, auf die Herstellung von Autos noch eine Lebensperspektive aufzubauen. Mit immer weniger Öl und immer größeren Klimaproblemen wird es in nicht allzu weit entfernter Zukunft nicht länger tragbar sein, Autos zu bauen, gleichgültig wie gut, billig oder 'umweltfreundlich' sie sein werden. Das ist keine Frage, auf die sich eine schnelle und leichte Antwort geben lässt. Aber wenn wir nur rumsitzen und darauf hoffen, dass sich irgendjemand darum kümmert, sind die Chancen groß, dass wir bald alle ohne Arbeit dastehen.
Die **Produktion zu ändern**, mag uns allen unmöglich erscheinen, weil wir auf der niedrigsten Ebene des Unternehmens arbeiten. Aber die Wahrheit ist eher, dass wir die einzigen sind, die das tun können.
Von den Managern können wir keine Hilfe erwarten. Deren Loyalität zum Unternehmen oder dem Werk reicht nicht weiter als das nächste besser bezahlte Jobangebot.
Was uns ein bisschen Hoffnung machen kann, ist dass wir eine Organisation haben, unsere Gewerkschaft. (Selbst wenn viele von uns sich fragen, wo sie in diesen Tagen bleibt...) **Unter anderem für so große Fragen haben wir unsere Gewerkschaft**. Und da wir jetzt vor einer ernsten Gefährdung unserer Zukunft stehen, ist es die Pflicht der Gewerkschaft zu handeln. **Nicht so, dass sie die Regierung um mehr Unterstützung für eine Produktion bittet, die sich überlebt hat.** Die IF Metall, die schwedische Organisation der Automobilarbeiter, sollte stattdessen in Diskussion mit Verkehrsexperten und anderen treten, die besser Vorschläge für eine künftige Produktion haben, als Luxusautos für die Reichen und Mächtigen der Welt zu bauen.
Aber auch hier können wir nicht darauf zählen, dass jemand unsere Arbeit tut. Die Diskussion muss von uns geführt werden, von den Mitgliedern. Wenn sie bei den Funktionsträgern und Hauptamtlichen stecken bleibt, wird sich nicht viel bewegen.
Sicher haben wir Werktätigen noch viele andere Anregungen. Damit sie ins Gewicht fallen, muss die Gewerkschaft anfangen, wie eine Gewerkschaft zu handeln. Informieren über das, was passiert, aber vor allem zuhören und eine Diskussion in Gang bringen, was wir tun sollen. Fordern, dass wir eine Extrastunde Mittagspause kriegen und Treffen in der Kantine organisieren. (Das dürfte nicht zu schwer sein, jetzt wo das Werk mehrere Tage stillsteht.) Wenn die Volvo-Gewerkschaftsgruppe das nicht tun will, können es Unterabteilungen von ihr tun. Wenn auch sie dagegen sind, können wir Versammlungen in den Pausen in verschiedenen Abteilungen organisieren und verlangen, dass unsere Vertreter zu uns kommen."

Soweit die Betriebszeitung. Am 5.November moderierte Lars Henriksson eine Veranstaltung mit Umweltaktivisten und Verkehrsexperten in Göteborg zum Thema „Rettet die Jobs — rettet den Planeten" Im Flugblatt dazu schreibt er: *„Jetzt haben wir die große Chance, die Produktion zu konvertieren, in Produkte, die für die Gesellschaft nützlich und dauerhaft umweltverträglich sind. Und Arbeitsplätze schaffen! Es ist nicht länger möglich zu sagen: Wir bauen mehr Autos."*

http://www.vsp-vernetzt.de/sozkoeln/index2.htm

Europäische Zivilgesellschaft vernetzt sich gegen Finanz-, Wirtschafts- und Umweltkrise

Gemeinsam mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen BündnispartnerInnen wird das globalisierungskritische Netzwerk Attac die Konferenz der G20 am 2. April in London zum Kristallisationspunkt für eine europaweite Mobilisierung machen.
Dies haben 150 Vertreterinnen und Vertreter von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Umwelt-, Entwicklungs-, Frauen- und anderen Nichtregierungsorganisationen aus 25 Ländern beschlossen, die am vergangenen Wochenende in Paris zusammenkamen, um sich miteinander gegen die Finanz- Wirtschafts - und Umweltkrise zu vernetzen.
Vertreten waren bei dem Treffen unter anderem Attac, Friends of the Earth Europa, Oxfam, Verdi und die italienische Gewerkschaft CGIL.
Für den **28. März**, das Wochenende vor dem G20-Treffen, ist ein internationaler Aktionstag geplant, bei dem emanzipatorische Alternativen zur Krise sichtbar gemacht werden sollen. Das Treffen in Paris unterstützt auch die große Massendemonstration, die von den britischen Gewerkschaften und einem breiten Bündnis von Nichtregierungsorganisationen für den 28. März in London organisiert wird.

Pariser Erklärung
Wir zahlen nicht für eure Krisen! – Zeit für die Wende!

Paris, 11. Januar 2009
Mehr als 150 VertreterInnen von Gewerkschaften, Kleinbauern- und -bäuerinnenbewegung, globalisierungskritischer Bewegung und Umweltbewegung, Nord-Süd-Gruppen und entwicklungspolitischen Organisationen, von MigrantInnenorganisationen, Gruppen verschiedener Glaubensrichtungen, der Frauenbewegung, StudentInnen-, SchülerInnen- und Jugendorganisationen, der Bewegung der Mittellosen und Organisationen, die sich für die Beseitigung der Armut einsetzen, kamen am 10. und 11. Januar 2009 aus ganz Europa in Paris zusammen, um die gegenwärtigen Krisen zu analysieren, gemeinsame Strategien zu entwickeln und Forderungen und Alternativen zu diskutieren.
Während sich die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft, verlieren Millionen Frauen und Männer ihre Arbeit, ihre Häuser und ihre Lebensgrundlagen. Weitere zig Millionen Menschen werden sich bald jenen 1,4 Mrd. anschließen müssen, die schon jetzt in extremer Armut leben. Durch die Krisen verschlechtert sich die soziale, ökologische, kulturelle und politische Situation der Mehrzahl der Menschen auf diesem Planeten.
Trotz des offensichtlichen und vorhersehbaren Scheiterns des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells versuchen die Regierungschefs, das System, das uns in die Krise geführt hat, im Wesentlichen unverändert aufrecht zu erhalten. Die Regierungen haben kaum gezögert, als es darum ging, Bankern, Groß-Aktionären und Managern mit hunderten von Milliarden aus den Staatskassen auszuhelfen. Topbanker und Firmenchefs - dieselben Akteure, die für die Krise verantwortlich sind, werden nun mit ihrer Lösung betraut. Die Betroffenen - ArbeiterInnen, Arbeitslose, Arme – erhalten indes keinerlei Unterstützung im täglichen Kampf um ihr Auskommen und sollen nun auch noch zur Finanzierung der Rettungspakete zur Kasse gebeten werden.
Die Vorhaben der Regierungen zur Bewältigung der heraufziehenden Wirtschaftskrise ignorieren ihre anderen Dimensionen – die sich verschärfende globale Ungerechtigkeit, die Nahrungs-, die Klima- und Energiekrise – und die Notwendigkeit, unser Wirtschaftssystem grundlegend so zu transformieren, so dass es uns erlaubt, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, die Menschenrechte uneingeschränkt durchzusetzen und die ökologischen Grundlagen des Lebens auf diesem Planeten wiederherzustellen und zu erhalten.

Zeit für die Wende!

Wir können ein System schaffen, das funktioniert – das Mensch und Natur dient; ein System, das den Bedürfnissen aller gerecht wird und das auf den Prinzipien der Gemeinwohlorientierung, globaler Fairness und Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut.
Als ein erster Schritt müssen Sofortmaßnahmen eingeleitet werden, die den unmittelbar Betroffenen der Krise helfen und gleichzeitig den ökologischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben.
Wir rufen alle gesellschaftlichen Bewegungen in Europa auf, sich am Veränderungsprozess zu beteiligen. Zunächst rufen wir dazu auf,
- sich an der Massenmobilisierung für die Großdemonstration in London am 28. März 2009 im Vorfeld des G20-Treffens zu beteiligen bzw. in ihren eigenen Ländern auf die Straße zu gehen und sich Gehör zu verschaffen. 20 Regierungen dürfen nicht allein über die Zukunft des globalen Finanzsystems und der Weltwirtschaft entscheiden.
- sich in der Woche des G20-Treffens, vorzugsweise am 1. April (Financial Fools‘ Day), an einem weltweiten Aktionstag zu beteiligen gegen die unverantwortlichen Praktiken der Finanzwirtschaft und für deren demokratische Kontrolle.

Das Treffen in Paris ist ein weiterer Schritt in einem langfristigen Prozess der Vernetzung der europäischen Bewegungen und Organisationen. In Anerkennung und Bezug nehmend auf frühere und zukünftige Mobilisierungen in Europa und weltweit, baut es auf den Bemühungen des Europäischen Sozialforums und anderer auf, ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa zu schaffen. Wir werden die Zusammenarbeit und Kommunikation innerhalb und zwischen unseren Netzwerken und Organisationen weiter vertiefen, um Kapazitäten zu schaffen für eine anhaltende Mobilisierung und das Voranbringen gemeinsamer Alternativen. Wir unterstützen und ermutigen alle Menschen, sich lautstark Gehör zu verschaffen und den Umbau ihrer Gesellschaft mitzugestalten.
Wir treffen uns wieder am 18. und 19. April 2009 in Frankfurt am Main, Deutschland, um die nächsten Schritte der Mobilisierung und unsere Strategien für den Wandel zu koordinieren. Wir rufen alle sozialen Bewegungen und Organisationen auf, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/Pressegruppe/Pariser_Erklaerung__11_Jan_09.pdf

Vorläufiger Aufruf zu bundesweiten Demonstrationen in Berlin und Frankfurt/Main am internationalen Aktionstag zum Welt-Finanz-Gipfel Samstag, 28. März 2009

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Für eine solidarische Gesellschaft

Der Kapitalismus steckt in seiner schlimmsten Krise seit 1929. Sie hat verschiedene Gesichter: die Beschleunigung des Klimawandels, Kriege um den Zugang zu Rohstoffen, Hungerrevolten, Finanzmarkt-Crash und Rezession. Ausgehend von den Industrieländern wird auch der globale Süden hart getroffen, weil noch weniger Mittel für Klimaschutz und Entwicklung bleiben, und weil die globale Konkurrenz um Märkte und Profit noch brutaler zu werden droht. Millionen Menschen verlieren ihre Arbeit, ihre Wohnungen und ihre Lebensperspektiven.

Zeit für Systemwechsel - Für eine solidarische Gesellschaft

Die Entfesselung des Kapitals und der erpresserische Druck der Finanzmärkte haben sich als zerstörerisch erwiesen. Ein anderes Weltwirtschaftssystem ist nötig. Eines, das Mensch und Natur dient; das auf den Prinzipien globaler Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut. Dazu gehört, dass Bildung, Gesundheit, Alterssicherung, Kultur und Mobilität, Energie, Wasser und Infrastruktur nicht als Waren behandelt werden, sondern als gesellschaftliche Leistungen, die allen Menschen zur Verfügung stehen müssen.

Die Reichen und Profiteure sollen zahlen

Wir wollen, dass die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden. Das globale private Geldvermögen hat im Jahr 2007 die Summe von 105 Billionen Dollar erreicht und ist in acht Jahren um 50 % angestiegen. Das ist das Ergebnis einer massiven Umverteilung von Unten nach Oben, von Süd nach Nord, von den BezieherInnen von Lohn- (Ersatz-)einkommen zu den Kapital- und Vermögensbesitzern. Den Banken und Fonds war kaum ein Risiko zu groß im Kampf um die höchsten Renditen. Etwa ein Tausendstel der Weltbevölkerung hat davon besonders profitiert. Die Milliarden, die jetzt zur Sanierung des Finanzsektors ausgegeben werden, dürfen nicht auf Kosten der großen Mehrheit gehen. Wir werden nicht hinnehmen, dass Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen, SchülerInnen oder Studierende die Zeche zahlen! Genauso wenig darf die Krise auf die Länder des Südens oder die Umwelt abgewälzt werden.

Wir überlassen den Herrschenden nicht das Feld

Der Welt-Finanzgipfel der G20 setzt auf alte Strukturen und Machtverhältnisse. Die Regierungsberater, Wirtschaftsvertreter und Lobbyisten sind nicht vor Scham im Boden versunken, sondern betreiben weiter ihre Interessenpolitik. Um Alternativen durchzusetzen, sind weltweite und lokale Kämpfe und Bündnisse (wie z.B. das Weltsozialforum) nötig – für soziale, demokratische und ökologische Perspektiven. Die Demonstrationen am internationalen Aktionstag zum G20-Gipfel sind erst der Anfang.

Menschen vor Profite

Wir demonstrieren für Sofortmaßnahmen, die den Opfern der Krise helfen aber gleichzeitig den ökologischen und demokratischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben – als Schritte auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft:

_ **Für umfangreiche Investitionsprogramme** in Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit.

_ **Für einen sozialen Schutzschirm** für Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen: armutsfester gesetzlicher Mindestlohn. Weg mit Hartz IV und Agenda 2010, für sofortige existenzsichernde Erhöhung des Eckregelsatzes. Weg mit der Rente mit 67, für armutsfeste Renten ohne Lebensarbeitszeitverlängerung. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht statt Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit. Die notwendige Konversion z.B. der Automobilindustrie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden

_ **Dafür, dass die Profiteure die Kosten der Krise bezahlen**: Mit einer Sonderabgabe auf große Vermögen, und einer Millionärssteuer. Der Bankenrettungsfonds muss von den Banken finanziert werden. Eine “Bad Bank”, die lediglich die Verluste sozialisiert, darf es nicht geben.

_ **Für die demokratische Ausrichtung von Wirtschaft und Banken.** Der private Bankensektor muss gesellschaftlich kontrolliert und am öffentlichen Interesse orientiert werden. Die Steueroasen sind endlich zu schließen; Banken, die dort arbeiten, müssen bestraft werden. Das weltweite Finanzsystem muss reguliert und demokratisch kontrolliert werden. Hedgefonds und andere spekulative “Instrumente” sind zu verbieten. Betriebe, die öffentliche Finanzhilfe bekommen, dürfen nicht entlassen. Die Beschäftigten brauchen Veto-Rechte bei grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen.

_ **Die Krise darf nicht auf die Menschen des globalen Südens und die Natur abgewälzt werden.** Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe und den weiteren Raubbau sind überfällig und müssen schnell umgesetzt werden. Geld für die Bekämpfung der Armut und für solidarische Entwicklung der Welt muss zur Verfügung gestellt werden. Die Liberalisierung von Finanzmärkten und Handel ist zu stoppen und zurückzunehmen.

Krise und Krieg: Über eine Billion Euro werden weltweit für Rüstung vergeudet – zwei Drittel davon in den NATO-Ländern. Und: die kapitalistische Krise erhöht die Gefahr dass Kriege geführt werden. Deshalb demonstrieren wir am 3./ und 4. April beim NATO-Jubiläum in Straßburg/Baden-Baden gegen Krise und Krieg.

Der Protest geht weiter:

_ Am 1.Mai bei den Kundgebungen und Maidemonstrationen

_ Am 16. Mai bundesweite Demonstration des DGB in Berlin

_ Vom 15. bis 17. Juni: in der bundesweiten Aktionswoche Bildungsstreik

____

Die Redaktionsgruppe: *Andreas Lathan (BUND-Vorstand), Bernd Riexinger (ver.di Bezirk Stuttgart), Hüseyn Avgan (DIDF), Jakob Schäfer,(Arbeitsausschuss Vernetzung der Gewerkschaftslinken), Michael Schilwa (Berliner Demo-Bündnis), Michael Schlecht (Die Linke, Bundesvorstand), Sabine Leidig (Attac Deutschland)*

Weitere Beiträge unter: http://www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/krise08gew.html

Prof. Fawas Abu Sitta, Gaza

Israel muss endlich die Blockade gegen die Bewohner von Gaza aufheben

Telefonisches Interview mit Prof. Fawas Abu Sitta, Hochschullehrer an der Al Ashar-Universität in Gaza.
Prof. Abu Sitta konnte am 20. Januar die Fragen von Hakam Abdel-Hadi nur per Handy beantworten, da sein Telefon durch die Folgen des israelischen Bombardements nicht funktionsfähig war.

Frage: 22 Tage Angriffe auf Gaza zu Wasser, zu Lande und aus der Luft, die Tausende von Verwundeten und Toten sowie massive Zerstörungen verursacht haben; zunächst eine persönliche Frage: Prof. Abu Sitta, wie geht es Ihnen und Ihrer Familie?

Antwort: Ich wohne in der Nähe von drei Ministerien: Dem Finanz- und Arbeitsministerium sowie dem Ministerium für Planung und internationale Zusammenarbeit. Dieser Gebäudekomplex, in dem die drei Ministerien untergebracht sind, wurde während der Herrschaft der Autonomiebehörde von den europäischen Geberländern und Japan mit hochwertigen Baumaterialien erbaut, und deswegen wurden gewaltige Bomben auf sie abgeworfen. Ihre Zerstörung dehnte sich auf alle Häuser und Wohnungen in dem Viertel aus. Da ich auch unweit von diesen Ministerien wohne, wurde mein Haus durch die Wucht der Explosionen stark beschädigt, und die nördlichen Wände des 4.stöckigen Hauses wurden weitgehend zerstört. In diesem Teil des Hauses wohnen meine Familie, meine Mutter und Brüder. Also, die Vergleichbarkeit mit den Zerstörungen in Deutschland nach dem Weltkrieg gilt vor allem für die öffentlichen Gebäude und für die Häuser und Wohnungen in der Umgegend.

Frage: Wir lesen in den deutschen Zeitungen, dass Tausende von Menschen in Gaza obdachlos geworden sind. Können Sie nähere Angaben darüber machen?

Antwort: Es geht nicht nur um Häuser und Wohnungen, sondern auch um die Zerstörung der Infrastruktur, der Wasser- und Stromleitungen sowie Strassen etc. Neutrale internationale Organisationen berichten über die Zerstörung von 16.000 Häusern in Gaza, wovon 4.000 dem Erdboden gleichgemacht sind. Die anderen 12.000 müssen erst wieder bewohnbar gemacht werden, aber da fehlt es - bedingt durch die 1,5 jährige Blockade – an Aluminium, Zement, Glas und anderen Baustoffen. Es ist also nicht damit zu rechnen, dass die Bewohner in nächster Zeit in ihren Häusern leben können.

Frage: Wie ist die derzeitige Versorgung in den Krankenhäusern, die während der Angriffe stark überlastet und unterversorgt waren?

Antwort: Das Krankenhauswesen wäre beinahe zusammengebrochen, wenn die Waffen in der vergangenen Woche nicht geschwiegen hätten. Es ist aber ein wenig besser geworden, da einer begrenzten Anzahl von arabischen und europäischen Ärzten endlich gestattet wurde, die Grenze zu passieren und ihren erschöpften Kollegen zu helfen. Nach wie vor ist aber die Versorgungslage in den Krankenhäusern mangelhaft, da wichtige Medikamente und Geräte fehlen. Dazu kommt, dass die Ärzte durch den israelischen Einsatz von bisher unbekannten Bomben mit Verwundungen zu tun haben, die den Ärzten bisher nicht bekannt waren. Diese neuen wirkungsvollen Waffen wurden erstmalig in Gaza gegen Zivilisten ausprobiert. Man kann zusammenfassend sagen, dass die Lage in den Krankenhäusern immer noch kritisch ist.

Frage: Der arabische Sender Al Jaziera zeigte eine hohe Anzahl von ägyptischen, italienischen und griechischen Ärzten, die keine Erlaubnis von den Ägyptischen Behörden erhielten, durch den Rafah-Zugang nach Gaza zu passieren. Hat sich diese Lage grundlegend geändert?

Antwort: Ja, es handelte sich in den ersten zehn Tagen der Kämpfe um etwa 60 arabische und europäische Ärzte, aber leider nur wenigen von ihnen ist es bisher gelungen, nach Gaza zu kommen.

Frage: Zurück zum Schicksal der Zivilisten. Die Sprecher der israelischen Armee sagen, die Soldaten seien gezwungen gewesen, auf zivile Einrichtungen zu schießen, weil die Hamas-Kämpfer daraus geschossen hätten. Was sagen Sie dazu?

Antwort: Dieses Argument hören wir von Israel seit den Massakern, die 1948 stattfanden, z.B. in Deir Jassin. Zweifellos gab es den einen oder anderen Fall, wo Hamas-Kämpfer von zivilen Gebäuden aus operierten, aber das Gegenfeuer der Israelis war in allen Fällen unverhältnismäßig. Wir haben noch nicht davon gehört, dass die Briten beispielsweise bewaffnete Aktionen der IRA in London damit beantwortet hätten, dass die britische Luftwaffe Nordirland bombardierte. Wenn von einer Kalashnikow ein Schuss auf einen Panzer abgefeuert wird, dann ist dies noch lange keine Rechtfertigung dafür, dass die Häuser einer Straße dem Erdboden gleichgemacht werden.

Frage: Jetzt komme ich zu einem Thema, das weltweit heftig diskutiert wird und umstritten ist: Hat dieser israelische Angriff Hamas gestärkt oder geschwächt?

Antwort: Es ist nicht ganz klar, ob dieser Krieg die Position von Hamas bei der Bevölkerung verbessert hat oder nicht. Es hängt davon ab, wie Hamas sich zur Frage der nationalen Einheit verhält. Wenn sie sich für die Überwindung der Spaltung zwischen ihr und Al Fatah einsetzte, dann könnte dies zu ihrer Stärkung beitragen, aber wenn sie sich wie bisher gegen die nationale Einheit stellt, dann wird sie eher geschwächt. Das gilt auch für die Al Fatah. Die Palästinenser erwarten nämlich, dass die nationale Einheit wieder hergestellt wird.

Frage: Rechnen Sie damit, dass der Waffenstillstand eingehalten wird und hat der Frieden nach diesen blutigen Auseinandersetzungen noch eine Chance?

Antwort: Ja, ich rechne damit, dass der Waffenstillstand sich bewähren kann, aber nur, wenn Israel endlich die Blockade gegen die Bewohner von Gaza aufhebt. Diese Blockade führte ja bekanntlich zur Verschärfung der Lage und zu diesen militärischen Auseinandersetzungen. Die Zugänge nach Gaza müssen also geöffnet werden.

Zur gesamten Palästina-Frage ist zu sagen: solange die nationale Frage des palästinensischen Volkes nicht geregelt ist, wird Israel Vorwände finden, um uns wie bisher anzugreifen. Nur eine Regelung dieser Frage kann einen umfassenden und gerechten Frieden herbeiführen. Das kann nur geschehen, wenn Israel die Siedlungen in der Westbank räumt und einen souveränen palästinensischen Staat in der Westbank und im Gazastreifen akzeptiert.

http://gaza.falastin.de/index.php?option=com_content&task=view&id=112&Itemid=1

„Die kollektive Bestrafung Gazas durch Israel ist durch das Humanitäre Völkerrecht ausdrücklich verboten und hat zu einer ernsthaften menschlichen Krise geführt.“

(UN-Sonderberichterstatter John Dugard über die Menschenrechtssituation in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, 21.Januar 2008, ganzer Bericht unter http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/laender/palaestina/menschenrechte/)

John Mearsheimer
Wieder ein Krieg, wieder eine Niederlage
Die Gaza-Offensive hat die Palästinenser erfolgreich bestraft, aber Israel nicht sicherer gemacht.

Israelis und ihre amerikanischen Unterstützer behaupten, dass Israel seine Lektion aus dem Libanon-Krieg 2006 gelernt habe und darum eine erfolgreiche Strategie für den gegenwärtigen Krieg gegen die Hamas ersonnen hat. Natürlich, wenn ein Waffenstillstand kommt, wird Israel sich als Sieger erklären. Aber glauben Sie das nicht! Israel hat dummerweise wieder mal einen Krieg begonnen, den es nicht gewinnen kann.

Angeblich hatte der Feldzug im Gazastreifen zwei Ziele: 1. Den Raketen- und Granatwerferangriffen ein Ende zu setzen, welche die Palästinenser seit dem Rückzug der Israelis aus Gaza nach Südisrael abgefeuert haben; 2. Israels Abschreckungsmacht wiederherzustellen, die angeblich seit dem Libanon-Fiasko zurückgegangen sei, durch den Rückzug aus Gaza, und durch die Unfähigkeit, Irans Atomprogramm zu stoppen.

Aber das sind nicht die wirklichen Ziele der *Operation Gegossenes Blei*. Der **wirkliche Zweck** hängt mit Israels langfristiger Vorstellung davon zusammen, wie es mit Millionen von Palästinensern in seiner Mitte umzugehen beabsichtigt. Er ist Teil einer breiter angelegten Strategie, die auf die **Schaffung eines Groß-Israel** hinausläuft. Insbesondere sind Israels Führer entschlossen, das gesamte Mandatsgebiet Palästina zu beherrschen, das die Westbank und Gaza einschließt. Den Palästinensern bliebe eine gewisse Autonomie in einer Handvoll abgeschiedener und ökonomisch verkrüppelter Enklaven, von denen Gaza eine wäre. Israel würde die Grenze um diese Enklaven kontrollieren, alle Verkehrsbewegungen zwischen ihnen, den Luftraum über und das Wasser unter ihnen.

Der Schlüssel, dies zu erreichen ist der große Schmerz, der den Palästinensern zugefügt werden muss, so dass sie die Tatsache, dass sie ein besiegtes Volk sind, anerkennen müssen ebenso wie die Tatsache, dass Israel im großen und ganzen ihre Zukunft definiert. Diese Strategie, die zuerst von Ze'ev Jabotinsky in den 20er Jahren formuliert wurde und welche die israelische Politik seit 1948 maßgeblich beeinflusst hat, wird allgemein als **Politik des "Eisernen Vorhangs"** bezeichnet.

Was jetzt in Gaza geschah, passt genau in diese Strategie. Fangen wir an mit Israels Entscheidung, den Gazastreifen 2005 zu verlassen. Es heißt, dass Israel ernsthafte Friedensabsichten mit den Palästinensern gehegt habe und dass seine Führer glaubten, der Rückzug aus dem Gaza wäre ein großer Schritt in Richtung eines möglichen Staates der Palästinenser. Nach Thomas L. Friedman in der *New York Times* verschaffte Israel den Palästinensern die Gelegenheit, *"einen anständigen Kleinstaat zu gründen - eine Art Dubai am Mittelmeer"* - und wenn sie das schafften, dann würde dadurch die Debatte, *"ob den Palästinensern der Großteil der Westbank überlassen würde"*, ein neues Gesicht bekommen.

Das ist reine Fiktion. Noch bevor die Hamas an die Macht kam, hatten die Israelis die **Absicht, ein Freiluftgefängnis für die Palästinenser in Gaza zu schaffen und sie nachhaltig zu demütigen**, bis sie Israels Wünschen entsprächen. Dov Weisglass, Ariel Scharons engster Berater zu dieser Zeit, hat ganz unverhohlen zugegeben, dass das Ziel des Rückzugs aus Gaza darin bestand, den Friedensprozess aufzuhalten, nicht etwa, ihn zu ermutigen. Er beschrieb den Rückzug als *"notwendiges Formaldehyd, so dass es auf keinen Fall zu einer politischen Lösung kommt."* Darüber hinaus betonte er, der Rückzug würde *"einen enormen Druck auf die Palästinenser ausüben. Er würde sie in eine Ecke bringen, in der zu stehen sie verabscheuen."*

Arnon Soffer, ein prominenter israelischer Demograph und Berater Scharons, hat genauer ausgeführt, wie dieser Druck auszusehen hat. *"Wenn 2,5 Millionen Menschen in einem abgeriegelten Gaza leben, wird das eine menschliche Katastrophe. Diese Leute würden noch mehr zum Tier als sie es heute schon sind, unterstützt von einem krankhaft fundamentalistischen Islam. Der Druck an den Grenzen wird ungeheuer. Es wird ein schrecklicher Krieg. Also werden wir, wenn wir am Leben bleiben wollen, töten müssen, töten, töten, töten, jeden Tag."*

Im Januar 2006, fünf Monate nachdem die Israelis ihre Siedler aus Gaza abgezogen haben, gewann die Hamas bei den Parlamentswahlen einen überwältigenden Sieg über die Fatah. Das war ärgerlich für die israelische Strategie, weil die Hamas demokratisch gewählt war, gut organisiert, nicht korrupt wie die Fatah und nicht willens, Israels Existenz zu akzeptieren. Israel antwortete, indem es den ökonomischen Druck auf die Palästinenser verschärfte, aber das klappte nicht. Tatsächlich verschlimmerte sich die Situation im März 2007, als Fatah und Hamas sich trafen, um eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Die Statur der Hamas und ihre politische Macht wuchsen und Israels "Teile-und-Herrsche"-Strategie war in Auflösung begriffen.

Um die Sachlage noch zu verschlimmern, fing die nationale Einheitsregierung auch noch an, ein langfristiges **Waffenstillstandsabkommen** zu schließen. Die Palästinenser würden alle Raketenangriffe auf Israel beenden, falls Israel damit aufhören würde, Palästinenser zu verhaften und zu töten und seine ökonomische Belagerung aufzugeben, indem es die Grenzen zu Gaza öffnen würde.

Israel lehnte dieses Angebot ab und begann mit amerikanischer Unterstützung einen **Bürgerkrieg zwischen Fatah und Hamas anzuzetteln**, der die Regierung der nationalen Einheit zerstören und die Fatah zur Alleinregierung machen sollte. Der Plan scheiterte, als die Hamas die Fatah aus dem Gaza-Streifen vertrieb, wobei die Hamas hier alleinige Regierungspartei und die Fatah alleinige Partei in der Westbank blieb. Daraufhin zog Israel die Daumenschrauben an, verschärfte die Belagerung um Gaza und verursachte dadurch umso größeres Leid unter den dort lebenden Palästinensern.

Hamas antwortete darauf, indem es weiterhin Raketen und Granaten nach Südisrael feuerte, wobei sie betonte, dass sie nach wie vor einen langfristigen Waffenstillstand anstrebte, der zehn Jahre und mehr gelten solle. Das war keineswegs eine noble Geste seitens der Hamas: sie wollten einen Waffenstillstand, weil die Machtverhältnisse Israel über alle Maßen begünstigten. Die Israelis ihrerseits hatten kein Interesse an einem Waffenstillstand und verschärften vielmehr den ökonomischen Druck auf Gaza. Aber im Spätfrühling 2008 führte der Druck seitens der Israelis, die unter den Angriffen zu leiden hatten, dazu, einer sechsmonatigen Waffenruhe zuzustimmen, die am 19. Juni begann. Dieses Abkommen, das formell am 19. Dezember endete, ging dem gegenwärtigen Krieg, der am 27. Dezember begann, unmittelbar voraus.

Die offizielle israelische Position wirft der Hamas vor, den Waffenstillstand gebrochen zu haben. Diese Sicht wird in den Vereinigten Staaten weitgehend akzeptiert, aber sie ist unwahr. Die israelischen Führer mochten diesen Waffenstillstand von Anfang an nicht und Verteidigungsminister Ehud Barak veranlasste schon während der Verhandlungen über die Waffenruhe im Juni 2008, dass die IDF mit den Vorbereitungen für den gegenwärtigen Krieg zu beginnen habe. Darüber hinaus berichtete Dan Gillerman, Israels früherer UNO-Botschafter, dass Jerusalem bereits Monate vor Beginn des gegenwärtigen Krieges eine Propagandakampagne vorbereitet habe, um diesen Konflikt entsprechend zu verkaufen.

Die Hamas reduzierte während der ersten Monate des Waffenstillstands ihrerseits die Zahl der Raketenangriffe drastisch. Ganze

zwei Raketen wurden während der Monate September und Oktober auf Israel abgefeuert, keine davon kam von der Hamas.

Wie hat sich Israel während dieser Periode verhalten? Es verhaftete und tötete weiterhin Palästinenser am Westjordanufer und fuhr mit der tödlichen Blockade fort, die Gaza strangulieren sollte. Dann, als die Amerikaner gerade Barack Obama zu ihrem Präsidenten gewählt hatten, griff Israel einen Tunnel in Gaza an und tötete sechs Palästinenser. Das war der erste große Bruch der Waffenruhe und die Palästinenser - die bis dahin den Angaben des israelischen *"Intelligence and Terrorism Information Center"* zufolge den Waffenstillstand peinlich eingehalten hatten - antworteten erneut mit Raketen. Die Ruhe, die seit Juni gehalten hatte, zerstob, weil Israel die Blockade verschärfte und seine Angriffe auf Gaza mehr Raketen Richtung Israel provozierten. Es muss erwähnt werden, dass kein einziger Israeli in der Zeit vom 4. November bis zum Ausbruch des Krieges am 27. Dezember durch Raketen der Hamas ums Leben gekommen ist.

Als die Gewalt zunahm, machte die Hamas klar, dass sie kein Interesse an einer Fortsetzung der Waffenruhe über den 19. Dezember hinaus habe, weil diese eh nicht eingehalten wurde. Mitte Dezember hat die Hamas Israel dennoch wissen lassen, dass sie immer noch gewillt sei, eine langfristige Waffenruhe zu verhandeln, wenn diese ein Ende der Verhaftungen und Tötungen einschließen würde und ein Ende der Belagerung. Die Israelis jedoch, die die Waffenruhe genutzt hatten, um einen Krieg gegen die Hamas vorzubereiten, wiesen dieses Angebot zurück. Die Bombardierung Gazas begann genau acht Tage nach dem formellen Ablauf des Waffenstillstands.

Wenn Israel tatsächlich ein Ende der Raketenangriffe aus dem Gazastreifen gewünscht hätte, dann hätte es das über ein langfristiges Waffenstillstands-Abkommen mit der Hamas erreichen können. Und wenn Israel tatsächlich an einer Zweistaaten-Lösung mit den Palästinensern interessiert gewesen wäre, hätte es mit der palästinensischen Regierung daran arbeiten können, einen bedeutsamen Waffenstillstand zu erreichen und die Ansichten der Hamas über die Zweistaaten-Lösung zu ändern. Aber Israel hat ganz andere Absichten: es ist entschlossen, die Strategie des Eisernen Vorhangs anzuwenden, um die Palästinenser in Gaza zu zwingen, ihr Schicksal als unglückliche Bewohner eines Groß-Israel zu akzeptieren.

Diese brutale Politik kommt in **Israels Kriegsführung** in Gaza deutlich zum Ausdruck. Israel und seine Unterstützer behaupten, die IDF versuche in höchstem Maße zivile Opfer zu vermeiden, auch wenn das in manchen Fällen für seine Soldaten lebensgefährlich wäre. Kaum zu glauben. Ein Grund, diese Behauptung anzuzweifeln, besteht darin, dass Israel keine Reporter in der Kriegszone zulässt: es will nicht, dass die Welt erfährt, was seine Soldaten und Bomben in Gaza anrichten. Zur gleichen Zeit hat Israel eine massive Propagandakampagne vom Zaum gebrochen, die den auftauchenden Horrorgeschichten die richtige Wendung geben sollen.

Der beste Beweis, dass Israel absichtlich die breite Bevölkerung in Gaza bestrafen will, ist das **Ausmaß von Tod und die Zerstörung**, das die IDF diesem kleinen Stück Land gebracht hat. Israel hat über 1.000 Palästinenser getötet und über 4.000 verwundet. Über die Hälfte dieser Menschen sind einfache Zivilisten, viele davon Kinder. Der Auftakt am 27. Dezember fand zu einem Zeitpunkt statt, als Kinder aus der Schule kamen und ein hervorstechendes Ziel an diesem Tage war eine größere Gruppe von Polizei-Kadetten, die man wohl kaum als Terroristen bezeichnen kann. In dem, was Ehud Barak einen *"totalen Krieg gegen die Hamas"* nannte, hat Israel eine Universität, Schulen, Moscheen, Häuser, Mietshäuser, Regierungsbüros und Ambulanzen angegriffen. Ein israelischer Militärsprecher, der nicht genannt werden wollte, erklärte die Logik hinter dieser breitgefächerten Angriffsfläche: *"Es gibt viele Gesichtspunkte bezüglich der Hamas und wir versuchen, das gesamte Spektrum zu erreichen, weil alles mit allem verbunden ist und alles den Terrorismus gegen Israel unterstützt."* Mit anderen Worten, jeder ist ein Terrorist und jeder ist ein legitimes Ziel.

Israelis sind ziemlich unverhohlen und sprechen gelegentlich aus, was sie wirklich tun. Nachdem die IDF am 6. Januar 40 Palästinenser in einer UNO-Schule getötet hat, berichtete *Haaretz*, dass *"die IDF eine enorme Feuerkraft eingesetzt habe"*. Ein Offizier erklärte, *"für uns bedeutet Vorsicht aggressiv zu sein. Von dem Augenblick an, wo wir einmarschierten, haben wir uns wie im Krieg verhalten. Das erzeugt enormen Schaden am Boden … Ich hoffe bloß, dass diejenigen, die aus Gaza-Stadt geflohen sind, wo wir operierten, den Schock beschreiben werden."*

Man mag schlucken, dass Israel einen *"grausamen, totalen Krieg gegen 1,5 Millionen palästinensische Zivilisten"* führt, wie es *Haaretz* in seinem Leitartikel beschreibt, und argumentieren, dass es sein Ziel erreicht, während der Rest der Welt die Schrecken, die es dem Volk in Gaza bereitet hat, schnell vergessen wird. Aber das ist Wunschdenken. Für Anfänger: Israel wird wahrscheinlich in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein, die Raketenangriffe zu stoppen, es sei denn, es öffnet die Grenzen nach Gaza und hört auf damit, Palästinenser zu verhaften und zu töten. Israel redet davon, die Beschaffung von Raketen und Granatwerfern zu unterbinden, aber Waffen werden sicherlich weiterhin über geheime Tunnels und Schiffe, welche die Seeblockade brechen, hineingeschmuggelt. Es wird außerdem kaum möglich sein, die Güter zu überwachen, die über erlaubte Verbindungen nach Gaza gelangen.

Israel könnte den gesamten Gaza-Streifen besetzen und den Ort versiegeln. Das würde die Raketenangriffe vielleicht stoppen, falls Israel eine genügend große Militärmacht bereitstellt. Aber dann säße die IDF als kostspielige Besatzungsmacht einer feindlichen Bevölkerung gegenüber. Dann müsste sie wahrscheinlich abziehen und die Raketenangriffe gingen weiter. Falls aber Israel dabei versagt, die Raketenangriffe dauerhaft zu stoppen, was wahrscheinlich scheint, so wird seine Abschreckungsmacht eher geschwächt als gestärkt.

Aber wichtiger ist, dass es kaum Grund gibt zu denken, dass Israel die Hamas bis zur völligen Unterwerfung schlägt und die Palästinenser dahin bringt, als eine Handvoll Klein-Bantustans im Rahmen eines Groß-Israel zu leben. Israel hat in den seit 1967 besetzten Gebieten Palästinenser verletzt, gefoltert und getötet und ist deren Unterwerfung keinen Schritt näher gekommen. In Wahrheit scheint die Reaktion der Hamas auf Israels Brutalität dem Nietzsche-Wort Glaubwürdigkeit zu verschaffen, dass dich das, was dich nicht tötet, stark macht.

Aber selbst dann, wenn das Unerwartete passiert und die Palästinenser einknicken, würde Israel immer noch verlieren, weil es zu einem Apartheid-Staat verkommen würde. Wie Premier Ehud Olmert kürzlich sagte, geht Israel einem Kampf in *"südafrikanischem Stil"* entgegen, wenn die Palästinenser keinen gangbaren Weg zu einem eigenen Staat finden. Die Zerstörung ist kaum zu übersehen und zu viele Menschen - besonders in der arabischen und muslimischen Welt - kümmert das Schicksal der Palästinenser. Mehr noch: der Diskurs über diesen lang anhaltenden Konflikt hat in den letzten Jahren im Westen einen dramatischen Wechsel erfahren und viele von uns, die einst voller Sympathie für Israel waren, sehen jetzt deutlich, dass die Israelis die Täter und die Palästinenser die Opfer sind. Was in Gaza geschieht, wird unseren Blick auf den Konflikt schnell verändern und wird auf lange Sicht als ein dunkler Fleck auf Israels Reputation wahrgenommen.

Alles in allem: was auch immer auf dem Schlachtfeld geschieht, Israel kann den Krieg in Gaza nicht gewinnen. Tatsächlich verfolgt es - mit Hilfe seiner so genannten Freunde in der Diaspora - eine Strategie, die langfristig seine Zukunft aufs Spiel setzt.

John Mearsheimer ist u.a. Autor (mit Stephen Walt) des Buches *"Die Israel-Lobby. Wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird"*
http://www.amconmag.com/article/2009/jan/26/00006/; Übersetzung: Manfred Hulverscheidt (leicht bearbeitet von Michael Schmid).
http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/005487.html

Connection e.V.
„Warum ich bei den Shministim bin:“
Israel: KriegsdienstverweigerInnen wiederholt inhaftiert

Tamar Katz
Alter: 19, Wohnort: Tel-Aviv



"Ich weigere mich aus Gewissensgründen, der Einberufung in das israelische Militär nachzukommen. Ich will nicht Teil einer Besatzungsarmee sein, die seit Jahrzehnten in fremde Länder eindringt, dort ein rassistisches Raubregime aufrecht erhält , die Bevölkerung tyrannisiert und unter dem falschen Vorwand von Sicherheit Millionen von Menschen das Leben schwer macht."

Erste Haftstrafe: 28. 9 – 10. 10 (12 Tage)
Zweite Haftstrafe: 12. 10.– 30. 10. (18 Tage)
Dritte Haftstrafe: 1.12. – 22. 12. (21 Tage)
Am 6. 1. wurde Tamar Katz von der Ableistung des Militärdienstes ausgeschlossen.

Raz Bar-David Varon
Alter: 18

(…)Ich wurde nicht geboren, um als Soldatin zu dienen, die ein anderes Land besetzt, und der Kampf gegen die Besatzung ist auch mein Kampf. Es ist ein Kampf für Hoffnung, für eine Zukunft, die manchmal so weit weg zu sein scheint. Ich habe eine Verantwortung für diese Gesellschaft. Meine Verantwortung ist es, zu verweigern." (14. Januar 2009)

Erste Haftstrafe: 3. 11. – 21. 11.(18 Tage)
Zweite Haftstrafe: 24. 11.– 30. 11. (6 Tage)
Dritte Haftstrafe: 21. 12. – 9. 1. 09 (19 Tage)
Vierte Haftstrafe: 14. 1.- 29. 1. 09 (14 Tage)

Udi Nir
Alter: 19, Wohnort: Tel-Aviv



"Ich werde mich nicht an der Besatzung beteiligen oder an Handlungen, die in Widerspruch zu den mir wichtigsten Werten stehen: die Menschenrechte, die Demokratie und die persönliche Verantwortung, die jeder Mensch anderen Menschen gegenüber trägt."
Erste Haftstrafe: 21. 8. - 7. 9. 2008 (18 Tage)

Maya Yekhieli-Wind



"Es ging mir wie vielen anderen Israelis. Auch ich konnte die israelische Armee nicht wegen ihrer unmoralischen Aktionen kritisieren oder sie damit konfrontieren. Ich stelle fest, dass diese Schwierigkeit daher rührt, dass ich mich mit den SoldatInnen meines Alters verbunden fühle, die auch meine Freunde sein könnten. Heute bringt mich genau diese Erkenntnis dazu, dass ich die Ableistung des Militärdienstes verweigere. Ich kann nicht die Menschlichkeit der Israelis anerkennen und Palästinenserinnen und Palästinenser davon ausschließen. Gerade wegen meines tiefen Gefühls der Verpflichtung und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber, in der ich aufwuchs, weigere ich mich, am Kreislauf des Blutvergießens teilzunehmen.
Wir können nicht länger unser Militär eine "Verteidigungsarmee" nennen. Eine Verteidigungsarmee erobert kein Land eines anderen Volkes. Eine Verteidigungsarmee hilft nicht beim Bau von Siedlungen auf diesem Land. Eine Verteidigungsarmee erlaubt Siedlern nicht, Steine auf palästinensische Zivilisten zu werfen und verweigert nicht Palästinensern den Zugang zu dem Land, das die Quelle ihres Lebensunterhalts ist. All dies dürfen keine Handlungen einer Verteidigungsarmee sein.

Die Besatzung nützt in keiner Weise zur Verteidigung. Ganz im Gegenteil, die sinnlose Besatzung von Millionen führt nur zu einer Radikalisierung ihrer Positionen, zu Hass und der Eskalation der Gewalt. Gewalt ist ein Kreislauf, der sich selbst nährt. Dieser Kreislauf wird nicht enden, bis jemand aufsteht und sich ohne Kompromisse weigert, daran teilzunehmen. Das ist es, was ich heute tue.

Meine Ansichten betreffen auch den gegenwärtigen Kriegseinsatz in Gaza. Die eine Form von Gewalt kann die andere nicht beenden. Die gegenwärtige Gewalt ist ein Ergebnis jahrzehntelanger Besatzung sowie einer Blockade des Gaza seit dem Rückzug aus diesen Gebieten. Ich trauere um die Toten, auf palästinensischer und auf israelischer Seite. Schon wieder haben wir uns für Krieg entschieden." (14. Januar 2009)
Erste Haftstrafe: 14. - 29. 1. (14 Tage)

Quelle: www.december18th.org und Mitteilung der Shministim, 15. Januar 2009. Übersetzung: Rudi Friedrich und Endy Hagen

Connection e.V. und Yanda e.V.: Israel: Reservist wegen Verweigerung in Gaza inhaftiert

Pressemitteilung 13.1.2009
In Israel wurde der erste Reservist, der sich dem Kriegseinsatz im Gazastreifen verweigert, zu 14 Tagen Arreststrafe verurteilt. Das berichtete gestern die Organisation Courage to Refuse (1), die zugleich darauf hinwies, dass der Reservist seinen Namen nicht genannt haben möchte. In Courage to Refuse haben sich Soldaten und Offiziere der israelischen Armee zusammengeschlossen, die sich gegen die Besatzungspolitik der israelischen Regierung wenden.

In Israel weigern sich nicht nur Reservisten, sich für die Besatzungspolitik der israelischen Regierung einsetzen zu lassen. Bekannt geworden sind auch Abiturientinnen und Abiturienten, die sich in der Gruppe der Shministim zusammengeschlossen haben (2). Sie protestieren mit ihrer Verweigerung *"gegen die Politik der Besatzung und gegen die Methoden des Militärapparats, wie sie sich heute darstellen: Rechtsverletzungen, rassistische Diskriminierung und völkerrechtswidriges Handeln*". Darüber hinaus gibt es einen hohen Prozentsatz von israelischen Wehrpflichtigen, die sich der Ableistung des Militärdienstes entziehen. Nach offiziellen Angaben des Militärs leiste nicht einmal die Hälfte eines Jahrgangs den Militärdienst ab oder beende ihn regulär, so die feministische, antimilitaristische Organisation New Profile (3). gez. Rudi Friedrich

1) Courage to Refuse („Mut zum Verweigern“), http://www.seruv.org.il/defaulteng.asp
2) http://december18th.org/
3) http://www.newprofile.org

http://www.connection-ev.de/z.php?ID=402

Norman Paech

Wer rechtswidrig besetzt, hat kein Recht auf Verteidigung

– Rede auf dem Hamburger Gänsemarkt am 2. Januar 2009 –

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich kann mich kaum an einen derart schrecklichen Jahreswechsel wie diesen erinnern. Mit einem Krieg in Palästina, der ein Massaker unter der Bevölkerung des Gazastreifens angerichtet hat, ohne dass ein Ende dieses furchtbaren Gemetzels abzusehen ist. Schrecklich war dieser Jahreswechsel aber nicht nur für die Menschen im Gazastreifen. Er ist auch schrecklich und beschämend für Israel, die ganze arabische Welt, die Europäer und die US-Amerikaner, denn sie haben seit Jahren – seit Jahrzehnten – keine ernsthaften Bemühungen unternommen, einen dauernden Frieden zwischen den beiden Völkern im Nahen Osten zu sichern.

Die Regierungen können sich nicht länger etwas vormachen. Die Wahrheit ist, dass die sogenannten Friedenskonferenzen von Madrid über Oslo, Camp David, Taba bis Annapolis zu nichts anderem geführt haben, als zu immer gewalttätigeren Konfrontationen zwischen Juden und Arabern und schließlich auch zwischen den Arabern selbst.

Angriff von langer Hand vorbereitet

Der jüngste Luftkrieg gegen den Gazastreifen ist ein von langer Hand vorbereiteter Angriff, der nicht etwa eine spontane Reaktion auf die Raketen der Hamas ist. Der Zeitpunkt ist genau kalkuliert: es ist nicht das erste Mal, dass ein Krieg die Wahlchancen der härtesten Kriegstreiber verbessern soll – und in Israel stehen Neuwahlen unmittelbar bevor. In den USA ist der alte Präsident auf dem Rückzug aus dem Amt, und der neue Präsident Obama ist noch nicht im Amt. Der alte steht voll hinter dem israelischen Krieg, und der neue ist ganz offensichtlich unentschlossen. Er vermeidet es, sein Wahlversprechen zu bekräftigen, dem Völkerrecht wieder den ihm zukommenden Platz in der US-Außenpolitik einzuräumen. Das ist kein gutes Zeichen für die zukünftige Nah-Ost-Politik der Obama-Administration. Gerade jetzt ist es notwendig, das israelische Militär von weiteren massiven Völkerrechtsverstößen abzuhalten.

Kriegsverbrechen

Die Politik der letzten Jahre hat nie ein ernsthaftes Anzeichen für einen wirklichen Friedenswillen erkennen lassen. Ja, sie ist kriminell, wenn wir die Folgen der Luftangriffe sehen, die zu einem Massaker unter der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen geführt haben. Sie sind durch kein Recht auf Selbstverteidigung oder Notwehr legitimiert, wie es Noch-Präsident Bush und Bundeskanzlerin Merkel behaupten. Das sind eindeutige Kriegsverbrechen, eine vollkommen unverhältnismäßige Reaktion auf die Raketen der Hamas. Der Gazastreifen ist mit 365 km² kaum halb so groß wie Hamburg mit 755 km². Er hat aber mit 1,5 Millionen Menschen fast so viele Einwohner wie Hamburg mit 1,7 Millionen. Er ist das dichtestbesiedelte Land der Welt. Kein Luftangriff kann die von dem Kriegsvölkerrecht geforderte Unterscheidung zwischen geschützten Zivilisten und legitimen Kampfgegnern gewährleisten. Der Vorwurf der israelischen Armee, die Hamas-Kämpfer würden sich hinter den Zivilisten verstecken und diese als Schilde missbrauchen, ist angesichts der Bevölkerungsdichte und der Unmöglichkeit, sich durch Flucht den Angriffen zu entziehen, nur zynisch. Es ist schon eine Verhöhnung des Rechts, wenn die Unzahl der zivilen Toten und Verletzten, die Zerstörung der Wohnungen und zivilen Einrichtungen mit Selbstverteidigung gerechtfertigt werden. Und es ist eine zynische Haltung, gegen die Fortsetzung der Luftangriffe und die Weigerung der israelischen Regierung, mit der Hamas über einen Waffenstillstand zu sprechen, faktisch nichts zu unternehmen und stattdessen die Leistung von medizinischer und humanitärer Hilfe zu fordern.

Sie wollen nicht abziehen

Die Sicherheit Israels wird durch diesen barbarischen Akt der Bestrafung nicht gefördert, sondern weiter gefährdet. Er provoziert die Radikalität des Gegners und heizt die Eskalation der Gewalt an. Vieles spricht dafür, dass dies auch so gewollt ist, weil die politisch Verantwortlichen in Israel den von ihnen in Friedensverhandlungen geforderten Abzug aus den besetzten Gebieten nicht akzeptieren wollen.

Betrachten wir die Realität: Seit 1967 hält Israel das Westjordanland und den Gazastreifen besetzt. Es hat zwar vor drei Jahren seine Truppen und Siedler aus dem Gazastreifen zurückgezogen, hat aber die volle Kontrolle über das kleine Territorium zu Wasser, in der Luft und zu Land behalten. Seit dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 bestraft Israel mit der Unterstützung der EU und der USA die Bevölkerung durch eine unmenschliche Abriegelung und wirtschaftliche Blockade des Gazastreifens. Die UNO spricht von einer *„tiefen Krise der Menschenwürde*“, und Uri Avneri bezeichnet die Blockade als einen Akt des Krieges, der das ganze Leben im Gazastreifen paralysiert hat: *„Diejenigen, die die Grenzübergänge geschlossen haben – unter welchem Vorwand auch immer – wussten, dass es unter diesen Bedingungen keinen wirklichen Waffenstillstand geben kann.“* Seit dem Beginn der Blockade beklagt der UN-Menschenrechtsausschuss immer gravierendere Verstöße der Abriegelungspolitik gegen die Menschenrechte. Das sind schwerwiegende Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das haben im Dezember vergangenen Jahres US-amerikanische Anwälte Ministerpräsident Ehud Olmert zu Recht in einer Strafanzeige beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag vorgeworfen.

Recht der Besetzten auf Widerstand, kein Recht der Besatzer auf Verteidigung

Wie jedes Volk unter rechtswidriger Besatzung haben auch die Palästinenser ein Recht auf Widerstand. Für eine rechtswidrige Besatzung gibt es aber kein Recht auf Verteidigung, sondern nur die Verpflichtung, die Besatzung vollständig aufzuheben. Während der letzten sieben Jahre sind 14 Israelis zumeist durch Raketen vom Gazastreifen getötet worden. In der gleichen Zeit wurden mehr als 5000 Palästinenser mit Waffen getötet, die auch aus den modernsten Arsenalen der US-Armee stammen. Und während keine Raketen vom Westjordanland aus abgeschossen wurden, starben dort allein dieses Jahr 45 Palästinenser von israelischer Hand. Das ist die Realität der Besatzung, in der jede Art von Waffenstillstand nur dann einen Sinn hat, wenn die Besatzung selbst verschwindet.

Auch die EU für den militärischen Exzess verantwortlich

Wer hingegen eine Politik der Strangulierung und Entwürdigung verfolgt, darf sich nicht wundern, wenn aus der Verzweiflung und Ohnmacht der Opfer Terrorakte entstehen, die die israelische Bevölkerung in der Nachbarschaft des Gazastreifens treffen. Hamas hat das Ruhen der Waffen angeboten. Die israelische Führung ist jedoch dazu nicht bereit. Es nutzen daher auch keine abgewogenen Appelle an beide Seiten, die Waffen ruhen zu lassen. Denn der Kern des Konfliktes liegt in der Blockadepolitik, die das Ergebnis der freien und fairen Wahlen von 2006 nicht akzeptieren will. Diese unverantwortliche Politik haben auch die Regierungen der EU und der USA, im Widerspruch zu ihren eigenen Prinzipien, zu vertreten. Es ist eine Schande, dass sie diese Politik immer noch nicht revidiert

haben, sondern die Weigerung Israels zu jeglichem politischen Kontakt mit Hamas auch noch unterstützen. Damit sind auch sie für den militärischen Exzess der vergangenen Tage verantwortlich.

Wir fordern daher:

- Sofortiger Stopp der Luftangriffe auf den Gazastreifen.
- Verhinderung der angekündigten Bodenoffensive.
- Aufgabe der Blockade und Abriegelung des Gazastreifens.
- Sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit Hamas, um den Raketenbeschuss einzustellen.
- Beendigung der israelischen Besatzung.
- Nur eine politische Lösung auf dem Weg der Verhandlungen vermag für beide Seiten die Sicherheit ihrer Existenz und einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

T:I:S, Zwischenüberschriften, 2. Januar 2009

URL dieser Seite:
http://www.steinbergrecherche.com/frpaech.htm#Gaza

Norman Paech: Gaza und Völkerrecht: http://www.norman-paech.de/510.html

HAMBURG TRAUERT

1414 Tote und 5450 Verletzte in Gaza

Trauerfeier und Protestkundgebung

gegen das Massaker in Gaza

Sonnabend, 24. Januar 2009, Rathausmarkt

Palästinenser in Hamburg und alle Menschen und Organisationen, die in den letzten Wochen gegen die Massaker protestiert haben, die sich weiter für die Aufhebung der Blockade von Gaza und das Ende der Besatzung einsetzen wollen und eine gerechte Lösung für die Palästinenser einfordern.

Trauerrede

Liebe Palästinenserinnen und Palästinenser aus Hamburg und Umgebung, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Wir haben uns versammelt, um der über 1400 Toten in Gaza, die Opfer der israelischen Angriffe geworden sind, in Trauer zu gedenken.

Wir gedenken der Familien in Gaza, die von den Trümmern ihrer Häuser erschlagen worden sind.

Wir gedenken der vielen ermordeten Kinder in Gaza. Wir gedenken der Kinder, die in einer UN-Schule Zuflucht gesucht hatten und grausam gestorben sind, getroffen von den völkerrechtlich geächteten Bomben mit weißem Phosphor.

Wir gedenken der Polizeischüler in Gaza, die getötet wurden, als sie ihre Diplome entgegennehmen wollten, um später den Verkehr zu regeln oder Revierdienst in den Wohnvierteln zu leisten.

Wir gedenken der Menschen in Gaza, die an ihren schweren Verletzungen gestorben sind, gestorben, weil die israelische Armee Krankenwagen beschossen hat, gestorben, weil Krankenhäuser von der israelischen Armee abgeriegelt oder bombardiert worden sind, gestorben, weil wegen der Blockade durch die israelische Armee die medizinische Versorgung katastrophal ist.

Wir gedenken der Menschen in Gaza, die wegen der Schließung der Grenzen vor den Bombardierungen der israelischen Armee nirgendwohin fliehen konnten – die den Tod gefunden haben, als die UN-Einrichtungen bombardiert worden sind.

Wir gedenken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen der UNO und von Hilfsorganisationen in Gaza, die getötet wurden, als die israelische Armee deren Gebäude unter Beschuss genommen hat – in flagrantem Bruch völkerrechtlicher Regeln.

Wir gedenken auch der Menschen in Gaza, die einen langsamen und stillen Tod gestorben sind, gestorben an Hunger, mangelnder Hygiene, mangelnder medizinischer Versorgung – das alles Folge der seit 18 Monaten andauernden Blockade durch die israelische Armee.

Wir gedenken der Menschen in der Westbank, die von der israelischen Armee erschossen worden sind, als sie gegen die Angriffe auf Gaza protestierten.

Wir gedenken auch der Menschen in Israel, die gestorben sind, weil die israelische Regierung bewusst mit ihrem Leben spielt: Die Spirale der Gewalt beginnt nicht bei den Palästinensern, sondern hat ihren Ursprung in der aggressiven Politik Israels mit Besatzung, Vertreibung, Enteignung, Demütigung, Mord und der Politik der verbrannten Erde – und das seit über 60 Jahren!

Die israelische Regierung hat alle Friedensangebote der Palästinenser abgelehnt, sogar Friedensangebote, die weitreichende Kompromisse enthielten. Die israelische Regierung ist nicht auf die Friedensangebote der arabischen Liga von 2002 eingegangen. Stattdessen hat sie ihre Besatzung der Westbank verstärkt, insbesondere durch den Bau der illegalen Siedlungen und der Mauer und sie hat aus Gaza ein riesiges Gefängnis gemacht. Wir drücken allen Familienmitgliedern und Freunden der ermordeten Menschen in Gaza unser Mitgefühl aus.

Wir rufen: Ihr, die schwer verletzt, verbrannt, verstümmelt die israelischen Angriffe überlebt habt, wir sind in Gedanken mit euch! Wir setzen uns dafür ein, dass ihr die nötige medizinische Versorgung erhaltet!

Wir erklären: Wir lassen uns nicht instrumentalisieren von denjenigen, die in religiösen Konflikten die Ursache für das Elend in Palästina sehen wollen!

Wir sind solidarisch mit den Palästinensern, die die Umsetzung der UN-Resolutionen durch Israel fordern; wir sind solidarisch mit den wenigen, aber aufrechten Israelis und mit den Juden in aller Welt, die gegen diesen Krieg protestieren. Wir sind solidarisch mit denjenigen Israelis, die den Kriegsdienst verweigern.

Wir klagen die Komplizen der israelischen Regierung an, die Politiker der USA und der EU und ganz besonders Deutschlands! Statt Druck auf Israel auszuüben, wurde und wird Israel auch durch Waffenlieferungen unterstützt! Wir rufen: Nicht in unserem Namen! Wir werden alles tun, um dem ein Ende zu setzen!

Wir erklären: Israel und seine Komplizen haben die Macht der Waffen. Wir haben die Macht des Gewissens und der menschlichen Solidarität – eine Weltmacht, die nicht schweigen wird, bis die Waffen schweigen und bis die gequälten Palästinenser ihre legitimen Rechte bekommen. Nur dann wird es Frieden in Palästina und im Nahen Osten geben!

Attac Veröffentlichungen:

- Weitere Artikel über Palästina /Israel in Sand im Getriebe 27, 33, 39, 45, 49, 52, 53, 54, 55, 61, 63, 65, 67.
- „Palästina und die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung“, Beschluss von ATTAC Frankreich (die Vorlage wurde von Alain Gresh ausgearbeitet) in der Reihe „Bibliothek“ Nr.1, http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/sand-im-getriebe-bibliothek/
- Reader über Palästina/Israel: www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/laender/palaestina/
- Stellungnahme der AG Globalisierung und Krieg von attac Deutschland: http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/laender/israel/attac/attac_ag_guk-2009_01_01/




Auf dem Weltsozialforum in Belem



In Berlin

Pedram Shahyar

Kolonialer Rassismus

Für Israels Sicherheit wird arabisches Leben entwertet. Wenn Linke sich nicht positionieren, verlieren sie das moralische Zentrum ihre Politik: auf Seiten der Unterdrückten zu stehen

Wo sind die Linken in Deutschland? Während in London, Madrid, Paris, Athen und Oslo zusammen bis zu einer Million Menschen gegen den verbrecherischen Krieg in Gaza demonstrierten, blieben hierzulande die palästinensischen und anderen migrantischen Gemeinden unter sich, als sie in den vergangenen Wochen ihre Wut und Verzweiflung auf die Straße trugen. Am 11. Januar kam es noch dicker: Während die israelische Luftwaffe Krankenhäuser und UN-Quartiere bombardierte, sprach der Berliner Landesvorsitzende der Linkspartei, Klaus Lederer, eingebettet in einer Allparteienkoalition, auf einer proisraelischen Kundgebung.

Gaza ist ein Signum für eine neue Qualität imperialer Barbarei. Es ist nicht allein die Zahl der über 1300 Getöteten und 5000 Verletzten, die das Erschreckende dieses Krieges ausmacht – es ist die Art, wie dieser Feldzug seitens des israelischen Staates durchgeführt wurde, es ist die Abrieglung eines Kriegsgebietes. Dies hat nicht nur die humanitäre Katastrophe massiv verschärft, sondern den Menschen jede Möglichkeit geraubt, vor diesem Krieg zu fliehen. Vor einem Krieg, bei dem es keine Flüchtlinge gibt. Gaza gleicht bis heute einem Lager, aus dem niemand raus kommt. Faktisch alle 1,5 Millionen Palästinenser sind Kriegsziel.

Die Operation »Gegossenes Blei« sei eine »Verteidigungsaktion«, lautet mantragleich die Rechtfertigung der israelischen Seite, die vom gesamten westlichen Block übernommen wird. Doch auch wenn die Kassam-Raketen der Hamas sicher ein Problem waren, der Grund für diesen Krieg lässt sich darin nicht finden. Der israelische Friedensaktivist Uri Avnery sieht den Feldzug im Kontext der anstehenden Wahlen in seinem Land. Die aktuell erschreckende antihumane Brutalität in der israelischen Gesellschaft findet ihren Ausdruck darin, dass die Regierungsparteien laut Umfragen den rechts stehenden Likud überflügelt haben. Nimmt man die Argumentation der israelischen Seite ernst und denkt sie konsequent zu Ende, dann sind die unzähligen unschuldigen Opfer auf der palästinensischen Seite der Preis, der für die israelische Sicherheit nun einmal bezahlt werden muss. Hier wird offen arabisches Leben gegenüber israelischem entwertet – das ist nichts anderes als kolonialer Rassismus. In den Migranten-Gemeinden Westeuropas ist dies genau wahrgenommen worden, was die enorme Mobilisierung in den vergangenen Wochen erklärt.

In dieser Gemengelage hat man eine klare Stellungnahme, geschweige denn eine entschlossene Praxis der deutschen Linken vermisst. Sicher, es gibt das reale Problem, dass im Zuge von Konflikten, an denen Israel beteiligt ist, der Antisemitismus in Lauerstellung liegt. Die Linken hierzulande haben in dieser Frage eine historisch bedingte hohe Sensibilität. Dass diese auch notwendig ist, zeigt die Zunahme der antijüdischen Übergriffe während des Krieges z.B. in Frankreich. Es besteht die Gefahr, dass wegen der Verbrechen des jüdischen Staates ein Klima entsteht, in dem reaktionäre Kräfte wachsen und emanzipatorische Kräfte an Relevanz verlieren. Natürlich dürfen die Linken sich nicht »für« Hamas positionieren, sie müssen aber »gegen« das imperiale Projekt des Westens kämpfen.

Bei aller Komplexität gibt es eine einfache Tatsache: Es ist der Westen, der den Nahen Osten seit Dekaden mit Krieg und Besatzung überzieht. Es ist der Westen, der überall Militärbasen und Marionettenregierungen installiert hat. In diesen westlichen Block und in dessen imperiale Politik ist das Handeln des israelischen Staates eingebettet. Solange diese Fremdherrschaft und Dominanz nicht aufhört, wird es keinen Frieden geben. Wenn Linke sich nicht eindeutig gegen das imperiale Projekt stellen, verlieren sie neben dem Analytischen auch das moralische Zentrum ihrer Politik: auf der Seite der Unterdrückten zu stehen.

In den migrantischen Gemeinden ist die Wut groß, und sie ist legitim angesichts des Leides in Gaza. Das Verhalten der westlichen Politiker, ihre Positionierung auf Seiten Israels und ihre rassistisch konnotierten Doppelstandards haben den Unmut verstärkt und radikalisiert.

Die Linke ist dringend aufgefordert, ihre Blockade zu lösen. Sie muss die Kraft sein, die den Konflikt im Nahen Osten zu säkularisieren hilft – weg von religiösen und ethnischen Merkmalen – hin zu einer politischen Auseinandersetzung um Fragen der Klasse, imperialen Herrschaft und Macht. Gelingt es, ein progressives anti-imperiales Lager mächtig und sichtbar zu machen, wird das nicht nur in den migrantischen Gemeinden Widerhall finden, sondern auch den emanzipatorischen Kräften im Nahen Osten einen Rückenwind zu geben, den diese so dringend brauchen.

Der Autor ist Mitglied des Koordinationskreises von Attac Deutschland
http://www.jungewelt.de/2009/01-22/051.php?sstr=gaza



Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost Berlin – EJJP Germany

Wer glaubt, dass Antisemitismus mit pro-israelischer Propaganda zu bekämpfen ist, irrt.

Ansprache auf der Demonstration am Samstag 17. Januar 2009 in Berlin

(…) Im Namen der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost rufe ich der Bevölkerung in Gaza und im übrigen besetzten Palästina zu: **Ihr seid nicht allein!** Zehntausende Juden und Jüdinnen in aller Welt stehen auf gegen den Staat Israel und erklären: Nicht in unserem Namen! Millionen Menschen in aller Welt sind mit Euch und werden keine Ruhe geben, bis Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung für Palästina hergestellt sein werden.

Im Namen der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost rufe ich der Bevölkerung in Sderoth, Beer Sheba und Ashkelon zu: Lasst Euch nicht als Geisel missbrauchen. Die Kriegstreiber und Waffenhändler in Tel Aviv benutzen Euch für verwerfliche Machtinteressen. Steht auf! Rebelliert gegen sie. Sie spielen bewusst mit Eurem Leben.

Im Namen der jüdischen Stimme für gerechten Frieden sage ich allen Vertretern der öffentlichen Hand und – nicht zuletzt auch an die Adresse des Zentralrats und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin: Die Gleichsetzung von Palästinensern und Terroristen muss endlich aufhören! Sie schadet dem friedlichen Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft hier in Berlin und anderswo!

Wer glaubt, dass Antisemitismus mit pro-israelischer Propaganda zu bekämpfen ist, irrt.

Wer glaubt, dass Solidarität mit Gaza Antisemitismus verbreitet, irrt ebenso.

Und wer schließlich unseren gemeinsamen Protest gegen die israelische Besatzung zu antisemitischer Propaganda gegen Juden nutzt, irrt nicht weniger.

Nur wer konsequent gegen Unterdrückung und Ausgrenzung vorgeht und Apartheid und Rassismus, gegen Antisemitismus und Antiislamismus zurückdrängt, eröffnet eine Perspektive, die eine Zukunft hat.

Zwischen Christen, Juden und Moslems steht nicht die Religion! Es sind Machtinteressen, die uns entzweien! Denen die daraus Nutzen ziehen, müssen wir Einhalt gebieten.

(…() Es ist doch offenkundig und alle Welt kann es sehen: Es muss nicht die Bevölkerung Israels vor dem *Hamas*terror, es muss umgekehrt die Bevölkerung Gazas vor dem israelischen Terror geschützt werden!

(..) Die UNO muss jetzt die eigenen Beschlüsse auch endlich durchsetzen. Die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung muss gestoppt, die Durchsetzung einseitiger Machtinteressen der USA, der EU und Israels, die gesamte Politik der doppelten Standards muss endlich beendet werden! Um die militärischen Angriffe, die Blockaden und die Besatzung insgesamt zu beenden, ist es nötig, konkret und gezielt politischen, juristischen und wirtschaftlichen Druck auf Israel auszuüben.

Die Bundesrepublik Deutschland ist verpflichtet, sich mit allen politischen Mitteln – auch mit Sanktionen - für die Einhaltung des Internationalen Rechts einzusetzen. Die kürzlich im Rahmen des Assoziationsabkommens der EU mit den südlichen Mittelmeerstaaten erneuerten und aufgewerteten Vereinbarungen über Beziehungen zwischen der EU und Israel in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie müssen ausgesetzt werden, bis Israel das Internationale Recht und die Genfer Konventionen einhält.

In Solidarität mit allen zivilen Opfern der vergangenen Wochen fordern wir:

Das sofortige und bedingungslose Ende der Waffengewalt auf beiden Seiten.

Die Beurteilung der Waffengewalt seit dem 27. Dezember 2008 durch das internationale Strafgericht.

Die sofortige und vollständige Aufhebung der Belagerung des Gaza-Streifens

Den Rückzug Israels aus allen besetzten palästinensischen Gebieten

Ein konsequentes und wirksames Engagement für die Einhaltung des Internationalen Rechts.

Die Beendigung der militärischen Kooperation und des gesamten Rüstungshandels mit Israel und allen übrigen Staaten des Nahen Ostens.

Die Abberufung des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland aus Israel.

Die internationale Völkergemeinschaft muss davon abkommen, das Recht des Stärkeren zu stützen! Die Stärke des Rechts muss wiederhergestellt werden!

Fanny-Michaela Reisin, http://www.juedische-stimme.de/aktiv/090117-fanny.pdf

IPPNW: Wir fordern eine andere Nahostpolitik!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, dieser gemeinsame Appell der Kooperation für den Frieden in Zusammenarbeit mit der pax christi-Nahostkommission wird zu einem späteren Zeitpunkt der Bundeskanzlerin und dem Außenminister überreicht. Bitte zeichnen Sie ihn mit Ihrem Namen! Herzlichen Dank, Ihre Geschäftsstelle der IPPNW

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, sehr geehrter Herr Minister Steinmeier,

der Gaza-Krieg hat den jahrzehntelangen ungelösten Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern in eine noch ausweglosere Lage gebracht.

Frieden rückt in weite Ferne. Denn ohne gleichrangige Berücksichtigung der Rechte der Palästinenser und Palästinenserinnen wird es niemals Frieden für Israel geben.

Sie verhindern durch Ihre uneingeschränkte Unterstützung der israelischen Politik, dass Deutschland und Europa ihre Mitverantwortung für eine Lösung dieses Konflikts wahrnehmen.

Wir fordern deshalb eine andere deutsche Nahostpolitik, die sich am Völkerrecht orientiert und sich ernsthaft um einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Völkern bemüht.

Insbesondere fordern wir die Bundesregierung auf,

- die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und das Ende der Besetzung des Westjordanlandes, Ostjerusalems und Gazas zu einem vordringlichen Ziel der deutschen Nahostpolitik zu machen,
- den Abbau der völkerrechtswidrigen Sperranlagen, Siedlungen und Checkpoints auf palästinensischem Gebiet im Westjordanland zu verlangen,
- bei der Beurteilung des Konflikte für beide Seiten gleiche Maßstäbe anzulegen: gleiche Sicherheit, gleiche Selbstbestimmung, gleiche Freizügigkeit,
- die gewählten Vertreter des palästinensischen Volkes anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln, auch wenn ihre politischen Vorstellungen nicht geteilt werden,
- sich für die Freilassung der politischen Gefangenen, darunter gewählte Parlamentarier, einzusetzen.
- keine Waffen in die Konfliktregion zu liefern.

http://www.ippnw.de/aktiv_werden/kampagnen/nahostpolitik/index.html

ATTAC Argentinien, ATTAC Marokko, ATTAC Togo, ATTAC Tunesien

Solidarität mit den Palästinensern

gegen die Grausamkeiten der israelischen Armee

Dieser von Israel geführte Krieg dient weder der Verteidigung noch zum Schutz der Bevölkerung. Israel verübt ein Massaker in Gaza:

- Bombardierung der am dichtesten bevölkerten Zone der Welt (wo die Hälfte der Bewohner Kinder sind) mit illegalen Waffen wie weißem Phosphor, abgereichertem Uran, Streubomben oder Bomben, die das neue "Dense Inert Metal Explosive" (DIME) verwenden;
- Auslöschen ganzer Familien, beim lebendigen Leib verbrannt und im Schutt ihrer Häuser vergraben. Die Häuser wurden durch illegale Bomben zerstört, dieF-16 Kampfflugzeuge und US-amerikanische Apache Helikopter abgeworfen haben;
- Bombardieren von Schulen, Krankenhäusern, Moscheen, Gefängnissen, zivilen Infrastrukturen (Straßen, Brücken, Universitäten, Wohngebiete);
- Auferlegen von Nahrungs- und Energie-Embargos mitten im Winter gegen eineinhalb Millionen Menschen, die wie Ratten in einer gigantischen Falle gefangen sind;
- Schießen auf UN und Rotkreuz Konvois und Ambulanzen, und sogar Töten von Ärzten und medizinischem Personal.

Es handelt sich hier um ein Schlachten, ein Massaker, mit Hamas als offizieller Zielscheibe... aber wie kann irgendjemand noch sagen wer hier wer ist? Unter diesen Bedingungen ist jeder Palästinenser ein potentielles Angriffsziel.
Vor fünf Jahren bezeichnete die israelische Regierung den ganzen Gazastreifen, auch Frauen und Kinder, als "feindliche Einheit", deren Auslöschung legitim wäre. Das gegenwärtige Blutbad zeigt, dass sie nicht in Metaphern gesprochen haben – es war eine geplante Aktion.

Von einem Krieg zu sprechen würde heißen, dass die Palästinenser in Gaza wenigstens eine minimale Kapazität zum Gegenangriff hätten. Aber alles, was sie zur Verfügung haben, sind primitive Waffen mit begrenzter Wirkung. Es ist also lächerlich, die Bombardierung von Gaza mit den Raketen, die von ein paar militanten Gruppen gefeuert wurden, zu vergleichen. In Israel gab es fünf Opfer, die von Raketen getötet wurden, während beim Luftangriff in Gaza am Samstag, dem 27. Dezember allein über 200 Menschen zum Opfer fielen. Es gibt keine militärische Symmetrie zwischen Palästina und Israel, und was noch wichtiger ist, es gibt auch keine moralische Symmetrie.

Das heutige Gaza ist zugleich das Guernica des spanischen Bürgerkrieges und das Warschauer Ghetto. Während Journalisten der Zugang verweigert und deren Berichterstattung verhindert wird, steigert Israel die Anzahl massiver Verletzungen von menschlichen, zivilen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rechten. Bitte warten Sie draußen, wir sind gerade am Morden.
Israel missachtet die Genfer Konvention und begeht in der Tat Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, mit der aktiven Unterstützung oder dem wissenden Schweigen der Regierungen der Großmächte:

- Die Europäische Union hat auf Initiative von Nicolas Sarkozy und Bernard Kouchner kürzlich sein Abkommen zur Kooperation mit Israel bestärkt, trotz der Tatsache, dass das Europaparlament gebeten hatte, es zu suspendieren.
- Washington gibt weiterhin aktive und kriminelle Unterstützung (gleichermaßen ausgedrückt von George Bush als auch Barack Obama).

Hiermit prangern wir die Ungebührlichkeit und moralische Heuchelei an, das Abfeuern von primitiven Raketen von Hamas oder anderen Organisationen auf gleiche Ebene zu setzen mit der Flut von Bomben, die in diesem Moment auf Palästina hinab stürzen.
Wie oft muss es noch gesagt werden: Diese Raketen wurden nicht, wie manche europäische Diplomaten uns glaubhaft machen wollen, als "unerklärliche Provokation" abgefeuert, sondern als eine Reaktion, zugegebenermaßen eine eher mickrige, auf das grausame, von Israel auferlegte schon achtzehn Monate dauernde Blockade gegen die eineinhalb Millionen große Bevölkerung des Gazastreifen, darunter auch Frauen, Kinder und Greise, mit der kriminellen Kollaboration nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch Europas. Wie schon der Angriff im Jahr 2006 gegen Libanon ist diese israelische Aggression ein Teil des fortwährenden, globalen Präventivkrieges, der von den neokonservativen Strategen, die in Tel Aviv an der Macht sind, geführt wird.
Wir unterstützen den palästinensischen Widerstand angesichts der systematischen Aggression, dem sie durch die israelische Regierung und Armee ausgesetzt sind. Wir unterstützen das Recht des palästinensischen Volkes auf einen Staat, der es ihm erlaubt, in Frieden auf ihrem Gebiet zu leben.

Ein Krieg, um die natürlichen Ressourcen Palästinas zu erobern

Zusätzlich zum Horror des Verbrechens ist die Niederträchtigkeit der unmittelbaren Beweggründe: In weniger als zwei Monaten werden in Israel Wahlen stattfinden und die palästinensischen Todesopfer sind gleich viele Argumente in der Wahl. Die Opfer der israelischen Angriffe auf Gaza zählen im Medien-Wettstreit zwischen Ehud Barak, Tzipi Livni und Ehud Olmert, wo derjenige gewinnt, der sich zur größten Brutalität fähig zeigt. Der Kriegsverbrecher welcher die Labour Partei führt, oder eher was davon übrig ist, rühmt sich mit vier Extrapunkten in Meinungsumfragen. Über die Wahlbeweggründe hinaus gibt es auch wirtschaftliche Motive.

Entlang der ganzen Länge der Küste von Gaza, nicht weit vom der Küste entfernt, innerhalb der Grenzen von international anerkannten staatlichen Hoheitsgewässern, gibt es ein immenses Naturgas-Vorkommen. Während Jahren war es der Gegenstand von Verhandlungen zwischen British Gas, Israel und der palästinensischen Verwaltung, trotz der Tatsache dass sie dem palästinensischen Volk gehören. Die potentiellen Gewinne dessen Ausbeutung wurden auf über vier Milliarden Dollars geschätzt. Es könnte auch über zehn Prozent von Israels Energiebedürfnissen liefern, zu sehr niedrigen Kosten, da nicht nur die Lager nicht weit entfernt sind, sondern auch der Preis unter dem Marktwert verhandelt würde.

Natürlich sind diese Verhandlungen momentan zum Stillstand gekommen. In den Gewässern über diesen Naturgaslagern, die dazu beitragen könnten, das soziale und wirtschaftliche Wohlsein der Palästinenser ein bisschen wiederherzustellen, sieht man keine Anzeichen für Plattformen, um die Naturgasvorkommnisse zu untersuchen oder zu gewinnen, oder für das Bauen von Pipelines. Zu sehen ist nur die israelische Flotte, die unaufhörlich die palästinensische Zivilbevölkerung bombardiert.

Frieden und Gerechtigkeit zuerst

Wir prangern schon seit Langem die Verbrechen an, die vom Staat Israel gegen Palästina und Libanon begangen wurden. Mehr denn je nehmen wir Teil am weltweiten Aufruf, der ein sofortiges Ende der kriminellen Aggression von Tsahal gegen das palästinensische Volk verlangt, sowie den Rückzug der Truppen, die jegliche

menschliche Moral verloren haben, die sofortige Aufhebung der Blockade gegen eineinhalb Millionen Menschen, und Bewegungsfreiheit an der ägyptischen Grenze.

Sobald diese ersten fundamentalen Schritte gemacht worden sind, wollen wir ein totales und absolutes Embargo auf Waffenverkäufen an den israelischen Staat verlangen, und einen internationalen kulturellen und wirtschaftlichen Boykott wie den, welcher die Vereinten Nationen in den sechziger Jahren gegen den rassistischen Staat von Südafrika beschlossen haben.

Dem Beispiel von Venezuela folgend, wollen wir alle Nationen, die sich selbst zivilisiert nennen, auffordern, alle israelischen Diplomaten aus zuweisen, die sich auf ihrem Gebiet befinden. Wir fordern auch die Europäische Union auf, alle wirtschaftlichen Abkommen mit Israel sofort aufzuheben.

Wir fordern die sofortige Bildung einer internationalen Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen, die auf palästinensischem Gebiet begangen wurden, verlangen. Wir verlangen, dass diese vom Aufmarsch einer Truppe begleitet wird, welche über die Mittel verfügt, militärische und politische Führer und auch andere, die für diese Taten verantwortlich sein könnten und angeklagt werden, festzunehmen und in Untersuchungshaft zu bringen, mit dem Ziel, dass der Internationale Gerichtshof oder der internationale Strafgerichtshof (ICC) oder ein ad hoc internationales Tribunal (da Israel die Kompetenz des internationalen Strafgerichtshofes nicht anerkennt) einen Urteil fällt.

Für einen dauerhaften Frieden wollen wir alles dafür tun, dass Israel gezwungen wird, alle seine Siedlungen in der West Bank sowie die „Mauer der Schande" abzubauen, alle den Palästinensern gestohlenen Gebiete zurückzugeben und sie für die Hunderttausende gefällten Oliven und Obstbäume, die Tausende von zerstörten Farmen und Brunnen, und für die Zerstörung der Natur zu entschädigen.

Das palästinensische Volk schuldet nichts

Wir müssen unsere Erfahrung und Fähigkeit zum Analysieren gebrauchen, die wirtschaftlichen Verbrechen, die am palästinensischen Volk während Jahrzehnten begangen wurden, zu untersuchen und anzuklagen. Wir müssen dazu beitragen, dass die Schulden, für welche es illegal wäre, Rückzahlungen zu fordern, die aber gewisse Kreditgeber trotzdem zurückfordern möchten, korrekt und zutreffend als illegitime Schulden oder Kriegsschulden, Umweltschulden, historische Schulden oder Kolonialschulden, definiert werden. Wir wollen sicherstellen, dass Palästina nicht einen Cent zahlen muss in Form von Schuldenrückzahlung wenn es nicht absolut gerechtfertigt ist.

Das palästinensische Volk ist ein reiner Gläubiger

Wir wollen auch sicherstellen dass der Staat Israel als der Schuldner der Geldsummen behandelt wird, die nötig sind um den immensen Kriegsschaden, der dem palästinensischen Volk auferlegt wurde wieder gut zu machen, sowie den Wiederaufbau von Palästina zu bezahlen, durch einen Fonds der vom israelischen Finanzministerium bereitgestellt wird, genau so wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte Wiedergutmachung an Israel zahlte.

Wir wollen laut und deutlich verlangen dass die Vereinigten Staaten sich daran beteiligen, diesen Fonds zu finanzieren, in Anbetracht ihrer militärischen und kriminellen Verbundenheit zu Israel. Mehr als neunzig Prozent der Ausrüstung der israelischen Armee wurde entweder in den USA hergestellt oder verwendet deren Technologie. Als Teil des Wiedergutmachungspakets sollte es einen Anteil geben, der die Rückkehr von Flüchtlingen und deren Kompensation deckt. Der Fonds sollte gänzlich durch und für das palästinensische Volk verwaltet werden.

Aber die dringendste Angelegenheit heute ist es, das Blutbad zu stoppen.

Wir fordern alle Gewerkschaften, politischen Parteien, lokale und territoriale Verwaltungen, Firmen und Bürger der Welt auf, die kriminellen Aktivitäten der viert mächtigsten Armee der Welt gegen ein ganzes Volk anzuklagen, und sich zu verpflichten, das palästinensische Volk zu unterstützen.

Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben.
Wir sind alle Palästinenser.

Vorläufige Liste von Unterzeichnenden:
CADTM Belgien, CADTM Frankreich, Reseau National Dette et Developpement (Niger(; VAK Indien; CADTM Pakistan, Cercle d'auto Promotion pour le Developpement Durable (CADD/Bénin), ATTAC Togo, CADTM Schweiz, FNDP (Elfenbeinküste), RAOD (Reseau Ouest Africain pour le Developpement); ATTAC/CADTM Marokko, CERIDA, Plateforme haitienne de Plaidozer poour un Developpement Alternatif (PAPDA) Haiti; Solidaires-Pointe-Noire (Congo Brazzaville), CADTM Lubumbashi (AMSEL-RDC), RAID ATTAC Tunesien, CADTM Tunesien; Coalition des Alternatives Africaines Dette et Developpement (CAD-Mali), APASH Brazzaville (Congo Brazzaville), Red venezolana Contre la deuda (Venezuela), ATTAC Argentinien.
http://www.cadtm.org/spip.php?article4063
Übersetzung Gabriela Greif, coorditrad /SiG

medico international: Waffenruhe in Gaza: Mehr als humanitäre Hilfe ist nötig

Die vorläufige Waffenruhe im Gaza-Streifen sei ein erster Schritt, um weitere humanitäre Hilfe für die Opfer der 22-tägigen Angriffe zu leisten, so die Frankfurter Hilfsorganisation medico international. Die Organisation, die seit vielen Jahren sozialmedizinische Projekte in Israel und Palästina unterstützt, warnte jedoch vor den nicht abzusehenden politischen Folgen der Angriffe. *"Nötig ist ein ungehinderter Zugang zum Gaza-Streifen nicht nur für humanitäre Hilfe und Wiederaufbaubemühungen sondern auch zur Herstellung von Transparenz über die Zerstörungen und möglichen Verletzungen des humanitären Völkerrechts"*, erklärte Tsafrir Cohen, medico-Vertreter in Ost-Jerusalem.
Gemeinsam mit seinen palästinensischen und israelischen Partnern fordert die Frankfurter Hilfsorganisationen deshalb, die Einsetzung einer unabhängigen Fact-Finding-Mission aus Juristen und Medizinern. Die Ergebnisse einer solchen Untersuchung, so Cohen, müssten auch Folgen für die Verantwortlichen haben.

Der medico-Vertreter forderte die EU auf, die Höhersetzung des israelischen Status' bei der Europäischen Union, die während des Krieges ausgesetzt wurde, weiterhin auf Eis zu legen, und die Ergebnisse der Untersuchung abzuwarten.
Eine weitere Eskalation der Gewalt sei nicht aufzuhalten, wenn es nicht gelinge, eine dauerhafte politische Lösung für den Nahen Osten zu entwickeln, dessen Perspektiven für die Palästinenser rasch sichtbar sein müssen. *"Eine umgehende Aufhebung der seit anderthalb Jahren andauernden Blockade des Gaza-Streifens wäre ein solches sichtbares Zeichen. Der Schlüssel für die Lösung liegt jedoch in der Westbank und in der Rücknahme der Siedlungspolitik"*, erklärte Tsafrir Cohen.

medico international hat bislang sozialmedizinische und psychosoziale Hilfe in Höhe von 150.000 Euro im Gaza-Streifen ermöglicht. Medico bittet dringend um Spenden zum Wiederaufbau der zerstörten Gesundheitsinfrastruktur und für psychosoziale Maßnahmen zur Betreuung kriegs-traumatisierter Menschen im Gaza-Streifen.
Weitere Informationen unter:
www.medico.de/nothilfe-gaza
Spendenkonto: 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ: **500 502 01**) Stichwort: "Palästina"

Ilan Pappe

Israels selbstgerechte Wut und ihre Opfer in Gaza

(2. Januar 2009) – Mein letzter Besuch zuhause in Galiläa fiel mit dem völkermordähnlichen israelischen Angriff auf Gaza zusammen. Über die Medien und mit Hilfe der akademischen Welt trat der Staat mit einer einzigen Stimme auf, die sogar noch lauter war als im Sommer 2006 während des kriminellen Angriffs gegen Libanon. Israel wird wieder einmal von einer selbstgerechten Wut übermannt, die sich in einer zerstörerischen Politik im Gaza-Streifen entlädt. Diese entsetzliche Selbstrechtfertigung der Unmenschlichkeit und Straflosigkeit ist nicht nur ärgerlich, sondern ein Thema, das es wert ist, sich damit zu befassen, wenn man die internationale Immunität für dieses Massaker verstehen will, das in Gaza tobt.

Sie basiert zunächst auf schieren Lügen, gesendet in einem Neusprech, das an die dunklen Tage des Europas der 1930er Jahre erinnert. In einem halbstündlichen Nachrichtenbulletin werden im Radio und im Fernsehen die Opfer in Gaza als Terroristen und ihre reihenweise Tötung durch Israel als ein Akt der Selbstverteidigung beschrieben. Israel präsentiert sich der eigenen Bevölkerung als das rechtschaffene Opfer, das sich gegen ein großes Übel verteidigt. Die akademische Welt wird bemüht, um zu erklären, wie dämonisch und monströs der palästinensische Kampf ist, wenn er von Hamas geführt wird. Es sind dies dieselben Gelehrten, die in einer vergangenen Ära den verstorbenen Palästinenserführer Yassir Arafat dämonisierten und während der zweiten palästinensischen Intifada seine Fatah-Bewegung delegitimierten.

Aber die Lügen und verzerrten Darstellungen sind nicht das Schlimmste. Was am meisten wütend macht, ist der direkte Angriff auf die letzten Reste von Menschlichkeit und Würde des palästinensischen Volkes. Die Palästinenser in Israel haben ihre Solidarität mit den Menschen von Gaza gezeigt und werden nun als eine fünfte Kolonne im jüdischen Staat gebrandmarkt, ihr Bleiberecht in ihrem Heimatland, angesichts der fehlenden Unterstützung für die israelische Aggression, angezweifelt. Diejenigen unter ihnen, die einem Auftritt in den lokalen Medien zustimmen – fälschlicherweise, meiner Meinung nach –, werden regelrecht verhört, nicht interviewt, als ob sie Insassen des Shin Bet-Gefängnisses [israelischer Geheimdienst] sind. Ihr Erscheinen wird von einem erniedrigenden rassistischen Vor- und Nachwort begleitet und sie werden beschuldigt, die fünfte Kolonne zu sein, ein irrationales, fanatisches Volk. Und das ist noch nicht die infamste Methode. Es gibt ein paar palästinensische Kinder aus den besetzten Gebieten, die wegen Krebs in israelischen Krankenhäusern behandelt werden. Gott allein weiß, welchen Preis ihre Familien dafür gezahlt haben, dass sie dort aufgenommen wurden. Das israelische Radio geht jeden Tag ins Krankenhaus und verlangt, dass die armen Eltern den israelischen Zuhörern sagen, wie Recht Israel mit seinen Angriffen hat und wie böse Hamas mit seiner Verteidigung ist.

Es gibt keine Grenzen für die Heuchelei, die eine selbstgerechte Wut hervorbringt. Der Diskurs der Generäle und Politiker bewegt sich erratisch zwischen einerseits den Komplimenten, die sie sich selbst machen hinsichtlich der Menschlichkeit, die die Armee bei ihren „chirurgischen“ Operationen an den Tag legt, und andererseits dem Bedürfnis, Gaza ein für alle Mal zu zerstören, auf humane Art und Weise, natürlich.

Diese selbstgerechte Wut ist ein ständiges Phänomen bei der israelischen, und davor zionistischen Enteignung von Palästina. Jeder Akt, sei es ethnische Säuberung, Besetzung, Massaker oder Zerstörung, wurde immer als moralisch gerechtfertigt dargestellt und als reiner Akt der Selbstverteidigung, der von Israel in seinem Krieg gegen die schlimmste Art Mensch nur widerwillig begangen wird. In seinem Buch „The Return of Zionism: Myths, Politics and Scholarship in Israel“ erforscht Gabi Piterberg die ideologischen Ursprünge und die historische Fortentwicklung dieser selbstgerechten Wut. Von der Linken bis hin zur Rechten, von Likud bis hin zu Kadima, von der akademischen Welt bis hin zu den Medien kann man in Israel heute diese selbstgerechte Wut eines Staates hören, der mehr als jeder andere Staat in der Welt damit beschäftigt ist, eine einheimische Bevölkerung zu zerstören und zu enteignen.

Es ist unabdinglich, die ideologischen Ursprünge dieser Haltung zu untersuchen und die notwendigen politischen Schlussfolgerungen aus ihrer weiten Verbreitung zu ziehen. Diese selbstgerechte Wut schützt die Gesellschaft und Politiker in Israel vor jedem Tadel und jeder Kritik von außen. Aber weit schlimmer noch, sie wird immer in zerstörerische Politik gegen die Palästinenser umgesetzt. Ohne einen Mechanismus für Kritik von innen und ohne Druck von außen werden alle Palästinenser zu potentiellen Zielen dieser Wut. Angesichts der Feuerkraft des jüdischen Staates kann das unweigerlich nur in noch mehr massiven Tötungen, Massakern und ethnischer Säuberung enden.
Die Selbstgerechtigkeit ist ein machtvoller Akt der Selbstverleugnung und Rechtfertigung. Sie erklärt, warum sich die israelische jüdische Gesellschaft weder durch weise Reden, noch durch logische Überredung oder diplomatische Dialoge erschüttern lässt. Und wenn man nicht Gewalt als Gegenmittel anwenden will, gibt es nur einen Weg vorwärts: diese Selbstgerechtigkeit direkt herauszufordern als eine üble Ideologie, die dazu bestimmt ist, menschliche Gräueltaten zu überdecken. Ein anderes Wort für diese Ideologie ist Zionismus und ein internationaler Tadel für den Zionismus, nicht nur für die spezielle Politik Israels, ist der einzige Weg, dieser Selbstgerechtigkeit entgegenzutreten. Wir müssen versuchen, nicht nur der Welt, sondern den Israelis selbst zu erklären, dass Zionismus eine Ideologie ist, die ethnische Säuberung, Besetzung und nun riesige Massaker billigt. Jetzt ist nicht nur eine Verdammung des gegenwärtigen Massakers nötig, sondern auch eine Delegitimierung der Ideologie, die diese Politik produziert hat und sie moralisch und politisch rechtfertigt. Hoffen wir, dass gewichtige Stimmen in der Welt dem jüdischen Staat sagen werden, dass diese Ideologie und das allgemeine Auftreten des Staates unerträglich und nicht akzeptabel sind und dass Israel, solange es so auftritt, boykottiert und sanktioniert werden wird.

Aber ich bin nicht naiv. Ich weiß, dass selbst das Töten hunderter unschuldiger Palästinenser nicht ausreicht, eine Änderung in der westlichen öffentlichen Meinung hervorzurufen. Und es ist noch viel unwahrscheinlicher, dass die in Gazta begangenen Verbrechen die europäischen Regierungen dazu bewegen werden, ihre Politik Palästina gegenüber zu ändern.

Und doch können wir es nicht zulassen, dass 2009 einfach ein weiteres Jahr wird, weniger wichtig als 2008, das Gedenkjahr der Nabka (http://de.wikipedia.org/wiki/Al-Nakba; Anm. d. Ü.), das die großen Hoffnungen nicht erfüllte, die wir alle in Bezug auf sein Potential hatten, die Haltung der westlichen Welt Palästina und den Palästinensern gegenüber entscheidend zu ändern.

Anscheinend werden selbst die schrecklichsten Verbrechen, wie der Genozid in Gaza, als diskrete Ereignisse behandelt, die keine Beziehung zur Vergangenheit haben und weder mit einer Ideologie noch mit einem System assoziiert werden. In diesem

neuen Jahr müssen wir versuchen, die öffentliche Meinung auf die Geschichte Palästinas und die Übel des Zionismus zu lenken, da dies das beste Mittel ist, um die völkermordähnlichen Operationen wie die gegenwärtige in Gaza zu erklären und so Schlimmeres zu verhüten.

Auf akademischer Ebene wurde dies bereits getan. Unsere größte Herausforderung ist, eine effiziente Art und Weise zu finden, um die Verbindung zwischen der zionistischen Ideologie und vergangenen Politik der Zerstörung und der gegenwärtigen Krise zu erklären. Das ist vielleicht einfacher, während, unter den schrecklichsten Umständen, die Aufmerksamkeit der Welt wieder einmal auf Palästina gerichtet ist. Es wäre viel schwieriger zu Zeiten, wenn die Situation scheinbar „ruhiger“ und weniger dramatisch ist. In solch „entspannten“ Momenten würde die Aufmerksamkeitsspanne der westlichen Medien die palästinensische Tragödie einmal mehr marginalisieren und nicht beachten, entweder zugunsten des entsetzlichen Völkermords in Afrika oder der Wirtschaftskrise und ökologischen Endzeitszenarien im Rest der Welt. Während die westlichen Medien wahrscheinlich nicht an historischen Entwicklungen interessiert sind, kann das Ausmaß der Verbrechen, die während der vergangenen 60 Jahre gegen die Palästinenser begangen wurden, nur durch eine Evaluierung der Geschichte offen gelegt werden. Deshalb ist es die Aufgabe einer aktiven akademischen Welt und alternativer Medien, auf diesen historischen Kontext zu bestehen. Diese Vermittler sollten sich nicht zu gut sein, zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen und vielleicht sogar die Politiker mit etwas mehr Gewissen dahingehend zu beeinflussen, die Ereignisse aus einer etwas breiteren historischen Perspektive zu betrachten.

So könnten wir auch entdecken, wie man auf allgemein verständliche Art, im Unterschied zur intellektuellen akademischen, erklärt, dass Israels Politik – in den vergangenen 60 Jahre – von einer hegemonialen rassistischen Ideologie genannt Zionismus stammt, geschützt von einer unendlich dicken Lage selbstgerechten Zorns. Trotz der vorhersehbaren Beschuldigung des Antisemitismus und vielem mehr ist es an der Zeit, im öffentlichen Bewusstsein die zionistische Ideologie mit den in der Zwischenzeit allgemein bekannten historischen Eckpunkten des Landes zu verbinden: der ethnischen Säuberung von 1948, der Unterdrückung der Palästinenser in Israel während der Tage der Militärherrschaft, der brutalen Besetzung des Westufers und nun dem Massaker in Gaza. So, wie die Ideologie der Apartheid die unterdrückerische Politik der südafrikanischen Regierung erklärte, erlaubte diese Ideologie [des Zionismus] – in seiner mehrheitlichsten und simpelsten Variante – allen vergangenen und gegenwärtigen israelischen Regierungen, die Palästinenser wo auch immer zu erniedrigen und danach zu streben, sie zu zerstören. Von Zeit zu Zeit und von Ort zu Ort änderten sich die Mittel, so wie sich der Text zur Verdeckung dieser Gräueltaten veränderte. Aber es gibt ein klares Muster, das nicht nur in den akademischen Elfenbeintürmen diskutiert werden kann, sondern Teil des politischen Diskurses über die gegenwärtige Realität im Palästina von Heute sein muss.

Einige von uns, die sich für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina engagieren, vermeiden unwillkürlich diese Debatte, wenn sie sich, verständlicherweise, auf die besetzten palästinensischen Gebiete (OTP) – das Westufer und den Gaza-Streifen – konzentrieren. Der Kampf gegen die kriminelle Politik dort ist eine dringende Aufgabe. Aber diese sollte nicht die Botschaft vermitteln, dass Palästina nur aus dem Westufer und dem Gaza-Streifen besteht und dass die Palästinenser nur die Leute sind, die dort wohnen, eine Botschaft, die die da oben im Westen auf ein Stichwort von Israel hin gerne übernehmen. Wir sollten die Darstellung von Palästina geographisch und demographisch erweitern, indem wir die historischen Fakten der Ereignisse von 1948 und von allem seither erzählen und gleiche Menschen- und Bürgerrechte für alle Menschen fordern, die auf dem Gebiet leben, und lebten, das heute Israel und die OPT umfasst.

Indem wir die Verbindung zwischen der zionistischen Ideologie und der Politik der Vergangenheit und den gegenwärtigen Gräueltaten herstellen, können wir eine klare und logische Erklärung für die Kampagne *Boycott, Divestment and Sanctions* liefern. Es ist ein gerechtes und moralisches Anliegen, einen selbstgerechten ideologischen Staat, der es sich selbst erlaubt, unterstützt von einer stummen Welt, die einheimische Bevölkerung Palästinas zu enteignen und zu zerstören, mit gewaltfreien Mitteln herauszufordern. Das ist auch eine effektive Art und Weise, die öffentliche Meinung nicht nur gegen die derzeitige völkermordähnliche Politik im Gaza-Streifen zu aktivieren, sondern hoffentlich auch, um zukünftige Gräueltaten zu verhindern. Aber wichtiger als alles andere ist, dass sie den Ballon der selbstgerechten Wut zum Platzen bringt, der die Palästinenser jedes Mal, wenn er sich aufbläst, erstickt. Es wird helfen, die westliche Immunität gegenüber der Straflosigkeit von Israel zu beenden. Ohne diese Straflosigkeit werden hoffentlich immer mehr Leute in Israel die wirkliche Natur der Verbrechen, die in ihrem Namen begangen werden, sehen und ihre Wut wird sich gegen die wenden, die sie und die Palästinenser in diesem unnötigen Kreislauf von Blutvergießen und Gewalt gefangen halten.



Ilan Pappé ist ein israelischer Historiker. Er war Professor an der Universität Haifa und lehrt nun an der Universität Exeter in England. Pappé gehört zur Gruppe der Neuen israelischen Historiker.
Ilan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas, im Verlag 2001 erschienen

Originalartikel:
Israel's righteous fury and its victims
http://electronicintifada.net/v2/article10100.shtml
Übersetzt von: Eva-Maria Bach
http://zmag.de/artikel/israels-selbstgerechte-wut-und-ihre-opfer-in-gaza.

Israels Kriegsverbrechen: *Etwa 300 NGOs und Vereinigungen bitten den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, eine Untersuchung der von Israel begangenen Kriegsverbrechen in Gaza zu beginnen. Unsere Unterstützung ist unbedingt notwendig.*
http://www.petitiononline.com/EAFORD09/petition.html

Israels Phosphorgranaten im Gaza-Krieg: "Mama, sie werfen Feuer auf uns"
http://www.taz.de/1/politik/nahost/artikel/1/%5Cmama-sie-werfen-feuer-auf-uns%5C/

Helga Baumgarten: Was will die Hamas? http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Gaza/hamas.html

Weitere Internetadressen:

www.gaza.falastin.de www.ism-germany.net www.palaestina.org www.juedische-stimme.de
www.steinbergrecherche.com www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/free_gaza_palaestina.htm
www.zmag.de http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Gaza/Welcome.html

Alain Gresh

Die EU kapituliert vor Israel

10. Dezember 2008

Die Außenminister der Europäischen Union haben am 8. und 9. Dezember einen Text angenommen mit folgendem Titel: «Council Conclusions Strengthening of the EU bilateral relations with its Mediterranean partners - upgrade with Israel » (1). Auf Anregung der französischen Präsidentschaft wurde das Prinzip akzeptiert, die Beziehungen zwischen Israel und der EU auszubauen. Bereits vor dem Mittelmeergipfel hatte Paris versucht, diesen Schritt vorzunehmen, musste aber wegen der Proteste einiger arabischen Regimes, vor allem wegen Ägypten, zurückkrebsen. (siehe « Enquête sur le virage de la diplomatie française », *Le Monde diplomatique*, Juni 2008 (2)).
Dieser Text wurde nach langen Diskussionen verabschiedet. Die erste, von Frankreich vorgelegte Version berücksichtigte vor allem Israel und löste bei einigen Mitgliedstaaten Vorbehalte aus – u.a. bei Großbritannien und Belgien – die einen «Ausgleich» des Textes verlangten. Unglaublich, wenn man bedenkt, dass noch vor wenigen Jahren Frankreich beschuldigt wurde, pro-arabisch zu sein. Bemerkenswert ist auch, dass dieser Text am gleichen Tag gutgeheißen wurde, als ein UNO-Menschenrechtsexperte für die palästinensischen Gebiete, Richard Falk, die Umsetzung des anerkannten Grundsatzes verlangte, *«die «Schutzverantwortung» von Politikern gegenüber einer Zivilbevölkerung, die kollektiv bestraft wird, was einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleicht.»* Im gleichen Sinne, fügte er an, *«es scheint, dass es die Aufgabe des Internationalen Strafgerichtshofs ist, zu ermitteln und zu bestimmen, ob die politischen Führer Israels und die militärischen Verantwortlichen der Blockade von Gaza wegen Verletzung des Internationalen Strafrechts angeklagt und verfolgt werden müssen.*“
Schließlich enthält der von der EU angenommene Text Verweise auf die nachbarschaftliche europäische Politik gegenüber Marokko, Tunesien und fast allen arabischen Staaten, rein formelle Verweise, die es erlauben den Hauptpunkt durchzuwinken : Den Punkt 9, der den Entschluss des Rats bestätigt, die Beziehungen zu Israel auszubauen. Es wird immerhin unterstrichen, dass diese Erweiterung im Rahmen « *unserer gemeinsamen Interessen* » stattfinden soll, die die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Basis der Zwei-Staaten-Lösung umfassen.

Ein langer Anhang enthält die Leitlinien, um die Struktur des politischen Dialogs mit Israel zu verstärken.

- Zuerst das Abhalten von regelmäßigen Zusammenkünften der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Ein Privileg, das bis jetzt nur wenigen großen Staaten gewährt wird wie China, Russland, Indien, etc. Die erste Zusammenkunft wird unter der tschechischen Präsidentschaft stattfinden, ein Land, das laut einem hohen Brüsseler Funktionär « nicht die Politik der israelischen Regierung verteidigt, sondern diejenige des Likud. »
- Dann das regelmäßige Abhalten, mindestens drei mal pro Jahr, von Zusammenkünften der Außenminister (was nicht neu ist und de facto bereits existierte). Solche Zusammenkünfte werden neben dem außenpolitischen auf weitere Sektoren ausgedehnt.
- Die regelmäßige Einladung der Verantwortlichen des israelischen Außenministeriums bei der EU-Kommission für Sicherheitspolitik. Auch systematischeres Einladen der israelischen Experten in die Komitees, die namentlich zum Friedensprozess arbeiten, zu den Menschenrechten, zum Kampf gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität, etc.
- Das Organisieren von weiter gefassten, informellen Konsultationen zu den strategischen Problemen.
- Das Intensivieren des Austausches über klar umrissene Punkte, insbesondere über die Menschenrechte und den Antisemitismus.
- Israel zu ermuntern, sich den außen- und sicherheitspolitischen Linien der EU anzuschließen.
- Die Zusammenarbeit vor Ort im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu ermöglichen. So können israelische Experten an Missionen außerhalb der Europäischen Union teilnehmen, sei das in Afrika oder anderswo.
- Sofern Israel bei den Vereinten Nationen nicht in der Gruppe Asien teilnehmen kann, wird die EU versuchen, es in die Gruppe Western European and other groups (WEOG) zu integrieren, eine alte Forderung dieses Staates (3) die es ihm ermöglichen würde, in die verschiedenen Instanzen gewählt zu werden, so auch in den Sicherheitsrat.
- Den Dialog zwischen dem europäischen und dem israelischen Parlament zu intensivieren.

Diese Entscheidungen der Europäischen Union wurde von der palästinensischen Autonomiebehörde und Ägypten heftig kritisiert.

In einem Artikel von Haaretz vom 9. Dezember (4) berichtet Barak Ravid, dass in der vorangegangenen Woche *« die israelische Außenministerin Tzipi Livni sich nach Brüssel begeben hat, um ihr eigenes Lobbying unter den Außenministern zu betreiben, in erster Linie bei Bernard Kouchner. Im laufe der Begegnung hat sie gefordert, ihn von Angesicht zu Angesicht zu sprechen und dass die anderen den Saal verlassen sollten. Während diesem Gespräch haben sich die beiden geeinigt, dass es keinen « Zusammenhang » (linkage) (zwischen dem Ausbauen der Beziehungen EU-Israel und den Friedensverhandlungen) geben würde, sondern dass die EU eine separate Erklärung veröffentlichen würde, die an die Weiterführung der Friedensgespräche appellieren werde.»*
Auch wenn der Artikel Livni etwas glorifiziert und « Fortschritte » erwähnt, die keine sind – die regelmäßigen Treffen der Außenminister gab es bereits – zeigt der Text den israelischen Sieg. Umso mehr als Livni auch die Annahme eines strategischen Aktionstextes verhinderte, der an die Position der EU zum Konflikt im Nahen Osten erinnerte. Dieser Text, den Frankreich vorbereitet hatte, wurde «zurückgezogen».

Man kann feststellen, dass die ganze französische (und europäische) Strategie einer Annäherung an Israel damit gerechtfertigt wird, dass die Verbesserung der Beziehungen der Europäischen Union und Frankreich erlauben wird, auf die israelische Politik Einfluss zu nehmen. Es reicht, zu sehen, was sich in Gaza abspielt, die Ausbreitung der Kolonien, die anti-arabischen Pogrome, um den Erfolg dieser Strategie zu messen.

Im Gegenzug hat Israel im Europäischen Parlament eine wichtige Niederlage erlitten (5). Diese Rückweisung des Europäischen Parlaments wird konkrete Auswirkungen auf eine gewisse Anzahl von Kooperationsprojekten haben. Nehmen wir als Anekdote zur Kenntnis, dass das negative Ergebnis sowohl durch das Lobbying gewisser arabischer Staaten als auch durch die Arroganz und den Druck aus Israel zustande kam, weil sie das Fass bei manchen europäischen Abgeordneten zum Überlaufen brachten. (…)

(1) http://www.delisr.ec.europa.eu/English/whatsnew.asp?id=1049
(2) http://www.monde-diplomatique.fr/2008/07/GRESH/16104
(3) http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/UN/weog.html
(4) EU votes to upgrade Israel relations despite Arab lobbying, http://www.haaretz.com/hasen/spages/1044840.html
(5) siehe «Israel wird warten müssen», La valise diplomatique, 5. Dezember 2008 http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2008-12-05-Israel-UE

http://blog.mondediplo.net/2008-12-10-L-Union-europeenne-capitule-devant-Israel

Zur EU-Politik gegenüber Israel:
Alain Gresh „Palästina, allein gelassen“, Januar 2006 in SiG 49
http://sandimgetriebe.attac.at/2675.html



Nein zum Krieg - Nein zur NATO

Aus Anlass des 60. Geburtstages des NATO-Militärbündnisses rufen wir alle Menschen auf, im April 2009 nach Straßburg und Kehl zu kommen, um gegen die aggressive Militär- und Nuklearpolitik der NATO zu demonstrieren und unsere Vision einer gerechten Welt ohne Krieg zu beteuern.



Die NATO ist ein wachsendes Hindernis für den Frieden in der Welt. Seit dem Ende des Kalten Kriegs hat sich die NATO als Mittel für militärische Aktionen der „internationalen Gemeinschaft“ neu erfunden, einschließlich der Forcierung des sogenannten „Kriegs gegen den Terror“. In Wirklichkeit ist sie ein Vehikel für den Einsatz von Gewalt unter Führung der USA mit ihren Militärstützpunkten auf allen Kontinenten; handelt an den Vereinten Nationen und am Völkerrechtssystem vorbei; sie beschleunigt die Militarisierung und sie erhöht die Rüstungsausgaben. Die NATO-Staaten sind für 75 Prozent der globalen Militärausgaben verantwortlich. Seit 1991 betreibt die NATO diese expansionistische Politik mit dem Ziel, ihre strategischen und Ressourceninteressen zu vertreten. Die NATO hat auf dem Balkan unter dem Deckmantel der sog. „humanitären Intervention“ Krieg geführt und sie führt seit 7 Jahren einen brutalen Krieg in Afghanistan, wo die tragische Situation eskaliert und der Krieg sich nach Pakistan ausgebreitet hat.

In Europa verschärft die NATO Spannungen und befeuert den Rüstungswettlauf mit der sog. Raketenabwehr“, einem massiven Atomwaffenarsenal und einer atomaren Erstschlagstrategie. Die Politik der EU wird immer enger an die NATO angebunden. Die andauernde und potentielle Erweiterung der NATO nach Osteuropa und darüber hinaus und ihre „out-of-area“-Einsätze machen die Welt unsicherer. Der Konflikt im Kaukasus ist ein klarer Hinweis auf die Gefahren. Mit jeder Erweiterung der NATO-Grenzen wächst die Möglichkeit eines Krieges – einschließlich des Einsatzes von Atomwaffen.

Um unsere Vision einer friedlichen Welt zu erreichen, lehnen wir militärische Antworten auf globale und regionale Krisen ab – sie sind Teil des Problems und nicht der Lösung. Wir weigern uns, unter dem Terror von Atomwaffen zu leben, und widersetzen uns einem neuen Rüstungswettlauf. Wir müssen die Militärausgaben reduzieren und die dadurch frei werdenden Ressourcen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einsetzen. Alle ausländischen Militärstützpunkte sind zu schließen. Wir lehnen alle militärischen Strukturen ab, die für Militärinterventionen genutzt werden. Wir müssen die Beziehungen zwischen den Völkern demokratisieren und demilitarisieren und neue Formen der friedlichen Zusammenarbeit einrichten, um eine sicherere und gerechtere Welt zu schaffen.

Wir bitten Sie/euch, diesen Aufruf in Ihren/euren Gemeinden und Bewegungen zu verbreiten und nach Straßburg und Kehl zu kommen, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Wir glauben daran, dass eine friedliche Welt möglich ist.

Nein zum Krieg - Nein zur NATO

Die Protestaktivitäten anlässlich des NATO-Gipfels 2009 bestehen aus

einer **Demonstration (Samstag, 4. April 2009),**
einer internationalen Konferenz (Donnerstag, 2. April, bis Sonntag, 5. April),
einem internationalen Widerstands-Camp (Mittwoch, 1. April, bis Sonntag, 5. April)
sowie Aktionen des zivilen Ungehorsams.

Beschlossen in Stuttgart am 5. Oktober 2008

Aufrufende Organisationen: http://notonato.wordpress.com/appell/

AUFRUF DES AKTIONSBÜNDNISSES GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ 2009

Kein Frieden mit der NATO - Kriegspolitik! Demonstration am 7.2.

http://sicherheitskonferenz.de/Aufruf-2009-Gegen-die-SIKO
http://www.friedenskonferenz.info/